

Standpunkte

Online-Magazin 12.2018/1.2019

MÜNCHNER
FORUM e.V.
1968 – 2018



FOTO © KLAUS BÄUMLER

Franz Schiermeier und Michaela Schier

Liebe Leserin, lieber Leser,
ein letztes Mal – versprochen – wollen wir uns dem Geburtstag des Münchner Forums widmen, der sich 2018 zum 50sten Male jährte. Mit einem Veranstaltungsreigen haben wir das Jubiläum Anfang November begangen. Ort der Ausstellung und der Debattenveranstaltungen war vom 6. bis 11. November der Saal des Stadtmuseums. Einige der thematisch geführten Stadtpaziergänge und Stadttouren fanden bereits vor und auch nach der Jubiläumswoche statt. Zwei Filmabende kurz vor Weihnachten setzten mit Dokumentationen über Stadtfragen den Schlusspunkt unserer Selbstbefeuerung. Sie sind zugleich der Versuch, in Kooperation mit dem Münchner Filmmuseum eine Filmreihe zu kreieren, die ein breites Spektrum von Fragen und Antworten zur Stadtentwicklung filmisch offeriert. Der Versuch ermutigt zum Weitermachen. Die Ausstellung möchten wir als Wanderausstellung durch die Münchner Stadtteile schicken. Bereits aktuell im Januar können ausgewählte Schautafeln in der U-Bahn-Galerie ‚Universität‘ gesehen werden. Wir berichten in diesem Heft, was alles anlässlich des Jubiläums stattgefunden hat.

In diesem Heft nimmt das Hauptbahnhofsprojekt der Deutschen Bahn einen breiteren Raum ein. Die Kritik am Neubauvorhaben wird erneuert und präzisiert; die Einwendungen des Münchner Forums zum Bebauungsplanverfahren „Starnberger Bahnhof“ werden dokumentiert. Auch eine Wiedervorlage: Die Kritik am geplanten Bau für das Museum BIOTOPIA, das als Nachfolgeeinrichtung für das Museum „Mensch und Natur“ im nördlichen Seitenflügel des Nymphenburger Schlosses das Ensemble der Schlossanlage erheblich zu beschädigen droht.

Die Fertigstellung dieses Doppelheftes der STANDPUNKTE hat sich leider verzögert, wofür wir uns insbesondere bei denjenigen Leser/innen entschuldigen, die es schon lange erwartet haben. Wie immer hoffen wir auf kritische und anregende Reaktionen.

Wir wünschen allen ein gutes neues Jahr 2019.

Detlev Sträter

1. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums

50 Jahre Münchner Forum: Rückblick auf das Jubiläum

GEORG KRONAWITTER Wir alle sind München! Und wie.	2
DETLEV STRÄTER Gestaltungskraft Bürgerbeteiligung?	6
MICHAELA SCHIER Jugend braucht FreiRaum	9
DETLEV STRÄTER „Wir sollten frecher werden“	15
KLAUS BÄUMLER Ein bunter Abend zum Schluss	19
DETLEV STRÄTER Für weitere 50 Jahre	21
PLEUSER, GREILINGER, FELSCH, SCHIERMEIER München zu Fuß	24
O-Töne unserer Gäste	29
<hr/>	
DETLEV STRÄTER, KLAUS BÄUMLER B-Plan 2002a: Stellungnahme Starnberger Flügelbahnhof	31
WOLFGANG HESSE Der programmierte Totalschaden	35
HERBERT LUY Wie generiert man Gewinne	36
KLAUS BÄUMLER Maxwerk: Maximal gescheitert	39
KLAUS BÄUMLER Golfplatz Hinterbrühl: Noch nicht eingelocht	41
MICHAEL STEPHAN Franz von Poggi und öffentliche Pissoirs	43
Mit spitzer Feder und spitzen Worten	44
KLAUS BÄUMLER Beleuchtung des Pettenkofer-Denkmal	45
ELKE WENDRICH Biotope: Verstoß gegen Nachhaltigkeitsprinzip	47
ANNE PLEUSER, CORNELIA JACOBSEN Wieviel Auto braucht die Stadt?	50
KLAUS BÄUMLER „Bellevue di Monaco“: Müllerstraße 2-6	51
Veranstaltungshinweise	54/55

Arbeitskreise im Januar/Februar

Radio Lora

Impressum

Wir alle sind München! Und wie.

GEORG KRONAWITTER

Wer kennt sie nicht, die „gemischten Gefühle“, wenn man zu einem Festakt eilt, noch dazu, wenn ein 50. Geburtstag ansteht, etwas Gesetztes halt. Irgendwie ist ja doch alles erwartbar, oder? Begrüßung, artige Grußworte, ein bisschen Musik und anschließend zwangloses Beisammensein. Für jemanden wie den Verfasser, der seit einigen Jahren am Online-Magazin *STANDPUNKTE* mitarbeiten darf und ein paar Textbeiträge zum Jubiläum des Münchner Forums beisteuerte, kommt noch etwas hinzu: Wie groß ist die Resonanz des MüFo-Jubiläums bei den Repräsentanten der Stadtgesellschaft? Schließlich hatten die Akteure großen Wert auf Außenwirkung gelegt.

Alle diese gemischten Gefühle waren wie weggeblasen, wenn man in den Großen Saal des Stadtmuseums trat: WOW! Das Orgateam um Michaela Schier, Caroline Klotz und Franz Schiermeier hatte es geschafft, den Saal zu einer MüFo-Domäne werden zu lassen. Wäre nicht alles so geordnet und in perfektem Layout gewesen, hätte man sich in die Zeit der Studentenbewegung mit ihren Plakaten in den Mensa-Fluren erinnern können: große Banner erinnerten von der Decke herab an bildmäÙig ergiebige Meilensteine aus der Müfo-Geschichte, die Stuhlreihen säumten links und rechts Themenbanner aus 50 Jahren Stadtgeschichte. Davon wird ja noch anderer Stelle in den Standpunkten zu lesen sein.

Also – ein rundum gelungenes Ambiente, auf das man als MüFo-Mitglied schon stolz sein durfte.

Den Reigen der Ansprachen eröffnete der 1. Vorsitzende, Fritz Wickenhäuser: mit gewinnendstem Lächeln begrüÙte er die Gäste, die so zahlreich er-

schiene waren, dass etliche spät Gekommene trotz aller Improvisationsbemühungen des Orgateams keinen Sitzplatz fanden.

Ausgehend vom Motto „Wir alle sind München!“ fasste er seine Kernbotschaft so zusammen: „Nach 50 Jahren Begleitung, Mitgestaltung, aber auch – falls nötig – Anamnese der Stadtentwicklung in München hat das Münchner Forum einen großen konstruktiven Erfahrungsschatz zur Wiederbelebung, Aktivierung oder Bündelung des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern. Hier ist das Münchner Forum heute auch als Netzwerk gefordert!“

Diese Kernaussage fand sich auch bei allen folgenden Rednerinnen und Rednern des Abends wieder. Die Chefin des Stadtmuseums und somit die Gastgeberin für die Jubiläumsausstellung, Isabella Fehle, begrüÙte ausdrücklich, dass sich das Münchner Forum auf der Suche nach einer geeigneten location an sie gewandt habe. Sie empfand die symbioti-



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Prof. Fritz Wickenhäuser, 1. Vorsitzender des Münchner Forums



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums

schen Wirkungen zwischen dem Stadtmuseum und dem Münchner Forum als ausgesprochen anregend. Lobend hob sie hervor, wie die Gestaltung von Franz Schiermeier auf den Saal abgestimmt sei, dass aber die Ausstellung ohne weiteres auf Wanderschaft durch München gehe könne. Fehle betonte, dass sich das Stadtmuseum auch programmatisch am MüFo-Jubiläum beteilige, mit zwei Filmabenden. Und: Man solle unbedingt auch in Zukunft gemeinsame Projekte angehen.

Eine kluge Abendregie hatte dafür gesorgt, dass nach zwei Ansprachen Musik kam. Zwei junge Männer betraten mit ihren nur leicht verstärkten akustischen Gitarren die Bühne. „Zwoa Bier“ bewiesen mit ihren songs in bestem münchenerisch, dass Dialekt auch im Herzen einer weitgehend dialektfreien Metropole sehr cool sein kann. Sie hatten das Publikum sofort auf ihrer Seite.

Die Stadträtin Heide Rieke (SPD) eröffnet den Reigen der Grußworte aus der Landeshauptstadt. Sie schlug den Bogen zum zeitgleichen Jubiläum „100 Jahre erste deutsche Republik“ und konnte von der „res publica“ direkt zum Kern des Münchner Forums kommen. Sie erinnerte an die entscheidende, weitsichtige Rolle von OB Vogel bei der Gründung und machte deutliche Parallelen zwischen den Herausforderungen heute und zur Gründungszeit des Münchner Forums aus: ein großes Bevölkerungswachstum (dreißigtausend neue Bewohner pro Jahr) und die Suche nach einer stadtverträglichen Lösung für die Mobilitätsbedürfnisse. Sie stellte aber auch die Unterschiede zu früher heraus: geringere Flächenreserven, immense Bodenwertsteigerungen bei einem deutlich größeren Flächenanspruch pro Bewohner, dies nicht zuletzt eine Folge des Anstiegs an Single-Haushalten. Aber auch die viel kleineren Klassenstärken und die hohe Inanspruchnahme von



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Zwoa Bier, zwei bairische Liedermacher

Kita-Plätzen stellen für München höhere Anforderungen als 1968. Insgesamt haben viele Münchner das Gefühl, dass es ungemütlicher werde. Gleichwohl müsse man immer das Gemeinwohl im Blick halten. Hier bilde das Münchner Forum eine weiterhin wichtige Plattform, auch wenn in den letzten Jahrzehnten weitere Beteiligungsformate entwickelt worden sind.

Mit Spannung wurde das Grußwort der Stadtbaurätin Elisabeth Merk erwartet. Mit Spannung deshalb, weil prima vista das Münchner Forum häufig im Konflikt mit der Stadtplanung zu liegen scheint. Und in der MüFo-Frühgeschichte waren die seinerzeitigen Stadtplaner wohl wirklich die geradezu natürlichen Gegner. Aber die Zeiten haben sich auch hier geändert. Wenn man nämlich die „Frontlinie“ beim Thema „Alte Akademie“ genau betrachtet, dann ist das Planungsreferat gar nicht so weit weg vom Münchner Forum.

So betrachtet, ist es im Nachhinein gar nicht so



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Heide Rieke, Stadträtin SPD



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Prof. Dr. Elisabeth Merk, Stadtbaurätin

verwunderlich, wie gelöst Elisabeth Merk an diesem Abend auftrat: Geschickt erinnerte sie dankbar daran, dass der Münchner Stadtrat seit der Gründung das Münchner Forum finanziell unterstützt und damit sein Überleben erst ermöglicht hat. Dass das selbst auferlegte Arbeitsprogramm des (kleinen) MüFos quasi deckungsgleich mit der Aufgabenstellung des (großen) Planungsreferates sei, war schon ein sattes Kompliment. Aber nicht unberechtigt: „In gewisser Form ist das Münchner Forum die außerparlamentarische Kontrolle meines Hauses.“ Auch sie betonte, dass sie das Münchner Forum als dem Gemeinwohl verpflichtete Institution wahrnehme. Entwicklung könne nur passieren, wenn Grenzen überschritten würden. Hier sprach sicherlich auch die Hochschullehrerin Merk. Sie schlug einen Bogen von den antiken Denkern Platon und Aristoteles zur aktuellen Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels Aleida Assmann bei der immer noch gültigen Fragestellung, wie durch Austausch und Wissen Gemeinsamkeit gestiftet werden könne. Sie attestierte dem Münchner Forum angesichts der Ausstellungsbanner ein enormes Erfahrungsgedächtnis und dankte ihm ausdrücklich für sein gemeinwohlorientiertes Engagement. Spontanen Beifall gab es, als die Stadtbaurätin einen „Wachstumsvertrag“ für München forderte, der für die nächsten 50 Jahre gelten und an dessen Entstehungsprozess sich das Münchner Forum beteiligen sollte. Am besten wäre es dabei, wenn jedes anwesende Mitglied einen jungen Menschen mitbringen würde.

Nach der Stadtbaurätin sorgten „Zwoa Bier“ mit dem erfrischenden Song „Mit dem Radl an d' Isar“ dafür, dass im Kopf wieder Platz wurde für den Festvortrag „Partizipation zwischen Chance und Risiko“ von Gerhard Matzig (Süddeutsche Zeitung).

Waren alle bisherigen Wortbeiträge durchaus innerhalb eines Erwartungskorridors geblieben, war wohl jeder gespannt, wie sich Gerhard Matzig hier in der Höhle des Löwen schlagen würde. Wie das? Nun, im Hochhausstreit 2004 hatte er sich dezidiert für Hochhäuser ausgesprochen, während ja das erfolgreiche Bürgerbegehren um Alt-OB Georg Kronawitter (1928 – 2016) massiv von führenden Mitgliedern des Münchner Forums unterstützt worden war.

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Matzig schlug sich bravourös, was nicht zuletzt seinem trockenem Humor, der jedem englischen Oberklasse-Sprössling zur Ehre gereicht hätte, geschuldet war. Um bei der „Hochhausfrage“ zu bleiben: nonchalant schilderte er, wie führende Re-



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Gerhard Matzig, Redakteur und Architekturkritiker der SZ

dakteure seiner SZ ihm am Tage nach dem Hochhausentscheid eröffnet hätten, sie seien ja eigentlich immer für Hochhäuser gewesen, aber – leider – hätten sie nach Lektüre seines flammenden Pro-Plädoyers in der SZ doch lieber *dagegen* gestimmt. Man ahnt es, der Mann hat einen Sinn für Selbstironie. So etwas kommt immer gut an. Gleich anfangs kokettierte er damit, dass sich die Spur seiner Vorfahren in Transsylvanien verliere. Das sei dort, wo jetzt das Haus der SZ sei. Das verzeihe er der Stadt nie, dass sie diesen „Umzug vom Viktualienmarkt an die A94 zugelassen“ habe. Großer Beifall.

Matzig stützte sich bei seinem Vortrag auf wohl-dosiertes Bildmaterial zur Veranschaulichung seiner Thesen. So zeigte er anhand von Beispielen auf, dass Partizipation nicht immer das Gemeinwohl im Sinn haben muss, dass manche echte Fortschritte gegen lautstarkes Bürgerinteresse realisiert werden



FOTO © BMW AG - BMW GROUP ARCHIV, SIGRID NEUBERT

Modernes Bauen in München: das BMW-Hochhaus mit Museum

mussten, in München z. B. die Ludwigstraße, die König Ludwig I. gegen die grummelnden Münchner durchsetzte. Ein Beispiel, das Matzig nicht brachte, aber wunderbar hierher passen würde, ist der Pariser Eiffelturm: 1887 wandte sich die Crème de la Crème französischer Künstler und Intellektueller vehement gegen seinen Bau. Als der Turm als eigentlich temporär gedachtes Bauwerk nach 20 Jahren zurückgebaut werden sollte, erhob sich – natürlich – ebenfalls ein Proteststurm. Und so steht er noch heute ...

In den Kern stellte er seine Auseinandersetzung mit dem „Wutbürgertum“ in seinen mannigfachen Ausprägungen. Das Münchner Forum nahm er vorsorglich (natürlich) ausdrücklich hiervon aus. Matzig deklinierte das Thema anhand von Großprojekten, wie dem Berliner Großflughafen, der Nachnutzung des Tempelhofer Flughafenareals und der Hamburger Elbphilharmonie. Dieses Projekt sei bis kurz vor der Eröffnung geradezu gehasst worden, heute seien dieselben Hamburger stolz auf ihr neues Stadtsymbol. (Kommt einem irgendwie bekannt vor, siehe Eiffelturm...). Matzig machte ein von tiefem Misstrauen gegenüber Politik und Projektbetreibern geprägte Grundhaltung der Wutbürger aus, die eigentlich alles so lassen wollen, wie es ist. Auch am Scheitern der Olympiabewerbungen von München und Hamburg identifizierte er den Wandel in der gesellschaftlichen Einordnung.

Ein Grummeln ging allerdings durch den Saal, als sich Matzig uneingeschränkt hinter das Projekt eines 2. S-Bahnstammstreckentunnels und Unverständnis

für die Gegnerschaft äußerte. Das dürfte sicher noch manchen eMail-Austausch zwischen ihm und einigen MüFo-Akteuren befeuern.

Der studierte Architekt Matzig ging auch etwas mit dem unausgesprochenen Größenwahnsinn mancher Architekten ins Gericht, die sich im Gefolge der „Moderne“ im Sinne von Claude-Nicolas Ledoux als „Titanen der Erde“ sahen und sehen.

Die Ambivalenz ist es, die uns alle umtreibt und beschäftigt. Auch das geniale Olympiastadion mit anschließendem Park sei nicht auf demokratischem Mehrheitsentscheid gegründet, geschweige auf breite Partizipation, sondern dem mutigen Entwurf „junger Wilder“ und der beherzten Unterstützung von Hans-Jochen Vogel und Franz Josef Strauß geschuldet.

Abschließend plädierte er leidenschaftlich dafür, dass sich München immer weiterentwickelt und Lust auf die Zukunft hat. Wichtig sei es, nicht nur „Nein“ zu sagen, sondern positiv mitzugestalten. Und hier komme dem Münchner Forum weiterhin eine wichtige Rolle zu. Großer Beifall.

Fazit

Natürlich gibt auch dieser Bericht viele subjektive Eindrücke und Schwerpunkt wieder. Gleichwohl war es ein großer Abend, nicht nur für das Forum, sondern auch für die Stadt.

Dr. Georg Kronawitter ist Elektroingenieur, war Stadtrat von 2008 bis 2014 und ist Mitglied im Münchner Forum.



Teilnehmende der Eröffnungsveranstaltung

FOTO © MÜNCHNER FORUM

Gestaltungskraft Bürgerbeteiligung? **Politik und Bürgerschaft müssen gemeinsam lernen**

DETLEV STRÄTER

Die Diskussionsveranstaltung mit einführendem Impulsvortrag fand am Mittwoch, dem 7. November 2018 im Saal des Münchner Stadtmuseums statt. Ihr Initialgedanke war, dass der Aufbruch des bürgerschaftlichen Engagements vor 50 Jahren der Auseinandersetzung um die planerische und stadtgestalterische Deutungshoheit entsprang: Welches Leitbild bestimmt die Stadt? Was dient dem Gemeinwohl? Damals stand die hoheitliche Planung unter dem Zeichen der „autogerechten Stadt“ gegen den erklärten Willen der Bürgerinnen und Bürger. Sie leisteten Widerstand und konnten damit Stadtgeschichte mitbestimmen. Und heute? Gibt es noch eine übergeordnete Idee, gibt es ein Leitbild der Stadt, das konsensfähig ist? Oder bestimmen Einzelinteressen die öffentliche Auseinandersetzung? Woran entzündet sich der Widerstand heute? Wird er vermarktet oder manipuliert? Wo ist die Idee des Gemeinwohls noch lebendig? Entlang dieser Fragen sollte sich die Diskussion entfalten.

Auf dem Podium saßen als Diskutanten *Hannes Rockenbauch*, Aktivist der Initiative gegen das Projekt „Stuttgart 21“, ferner *Silvia Gonzales* von GreenCity e.V. München, *Maximilian Heisler* vom Bündnis Bezahlbares Wohnen e.V. München, *Bernhard Taubenberger* von der Münchner Immobilienfirma Bayerische Hausbau der Schörghuber Gruppe und *Detlev Sträter* vom Münchner Forum. Die Gesprächsleitung hatte *Markus Weinkopf*, Architekt, Moderator und Mitglied im Münchner Forum.

Hannes Rockenbauch war gebeten worden, mit einem Impulsvortrag ins Thema der Veranstaltung einzuleiten. Er legte diesen Vortrag in zwei Teilen an. Zunächst gab er auf der Grundlage seiner profunden Erfahrungen als langjähriger führender bürgerschaftlicher Aktivist gegen das Großprojekt „Stuttgart 21“ und als Mitglied des Gemeinderats der Stadt Stuttgart mit inzwischen mehrjähriger kommunalpolitischer Erfahrung einen ausführlichen und zugleich konzentrierten, systematischen Überblick über die Genese des umstrittenen Bahnprojekts „Stuttgart 21“ aus persönlicher und bürgerschaftlicher Sicht. Im zweiten Teil seines Vortrags modifizierte er die Blickrichtung und entwickelte auf Grundlage seiner architektur- und stadtplanerischen sowie sozialwissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen demokratiethoretische und planungspraktische Schlussfolgerungen aus diesem Projekt. Seine Schlussthese: *„Wir brauchen eine andere Art von Politik. Die Politik sollte ein gemeinsamer Lernprozess mit den Bürger/innen sein und nicht ein Verwaltungshandeln von oben. Wenn ich provisorisch sage, meine ich, wir müssten mehr in der Politik vorausschauend, vorsorgend und – was der spannendste Punkt für mich ist – reversibel sein: Projekte überlegen, die erweiterbar sind, die adaptierbar sind, die fehlerfreundlich*

sind. (...) Es braucht ein Zugeständnis von Planung und Politikern an die Bürger: Wir müssen unserer eigene Fehlbarkeit eigentlich schon immer mit einplanen, wir müssen anerkennen, dass die Bürger Dinge anders sehen, dass fast alle Bürger alles anders sehen, und dass wir Prozessabläufe benötigen, um uns zu verständigen. Es braucht Aushandlungsprozesse mit den Bürgern: Was ist die Stadt der Zukunft? Das macht nicht der Experte. Und wir müssen damit einhergehen, dass niemand die Zukunft kennt. Deswegen braucht es diese offenen, provisorischen, fehlerfreundlichen Lernprozesse, in denen der Bürger seine Rolle hat, der Planer und der Politiker. Sie können auch mal getrennt arbeiten, aber wenn sie sich nicht regelmäßig treffen, dann geht es in die Hose.“

In der ersten Fragerunde sollte es um die Inhaltklärung von Bürgerbeteiligung gehen, wie sie von den verschiedenen Organisationen, die auf dem Podium vertreten waren, verstanden wird. *Silvia Gonzales* (GreenCity) hob hervor, dass es ihnen darum gehe, bürgerschaftlichen Widerspruch, auch Wut, in aktives Handeln umzusetzen, z. B. in Form von Patenschaften für öffentliches Grün, etwa Straßenbegleitgrün vor den Wohnhäusern. Bürgerbeteiligung wird als Aktivierung der Bürger für ihre Stadt und die Übernahme der Verantwortung für den öffentlichen Raum verstanden – *„er gehört uns allen und deshalb wollen wir ihn auch mitgestalten“*. *Max Heisler* (Bündnis Bezahlbares Wohnen) versteht die Arbeit seines Vereins als ein „An-die-Hand-Nehmen“ von Bürger/innen, von Mietergemeinschaften, die von Mietpreissteigerungen und Wohnungskündigungen betroffen sind, als „Hilfe zur Selbsthilfe“ zum Aufbau kollektiven Widerspruchs und Widerstands, darüber hinaus aber auch als ein

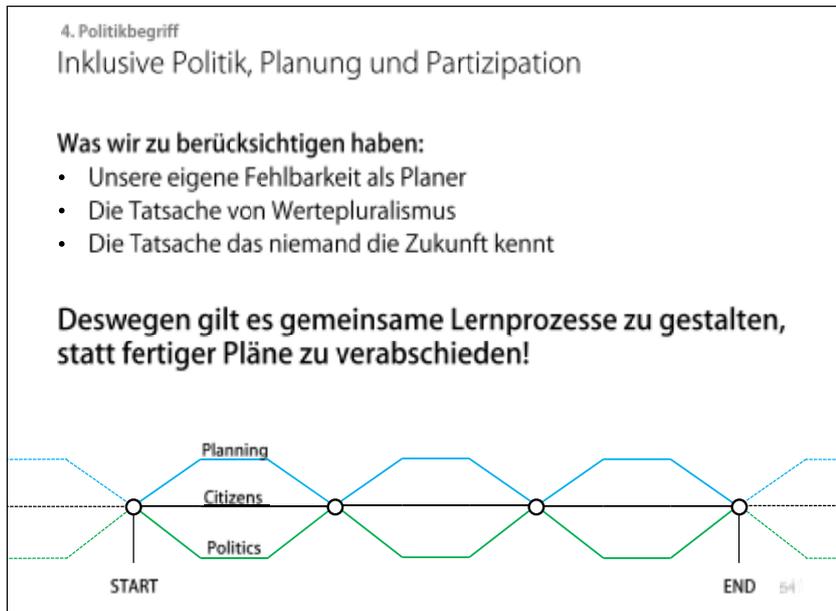


Abb. 1: Vortragsfolie von Hannes Rockenbauch

Einmischen in die politische Debatte um die richtige Wohnungspolitik in dieser Stadt, durch Hinterfragen ihrer konkreten wohnungspolitischen Maßnahmen. *Bernhard Taubenberger* (Bayerische Hausbau) hob die große Lernbereitschaft und die großen Lerneffekte ihrer Unternehmensorganisation hervor, die sie aus Bürgerbeteiligungsprozessen in den großen Investitions- und Bauprojekten ihrer Firma der jüngsten Zeit in München (Paulanergelände) und Hamburg (Paloma-Areal) erfahren haben, betonte aber auch den latenten Widerspruch zwischen Investitionsnotwendigkeiten hier und extensiver Bürgerbeteiligung dort. Die von Herrn Taubenberger aufgeworfene Frage, inwiefern Ergebnisse aus Projektworkshops mit rund 80 teilnehmenden Bürger/innen verbindlich für Investments sein können, die Wohnbauareale für am Ende 25.000 Bewohner kreieren, leitete zur Frage der Repräsentativität von bürgerschaftlichen Stellungnahmen über. *Hannes Rockenbauch* verwies darauf, dass bürgerschaftliche Gremien so wenig repräsentativ für die Stadtgesellschaft seien wie kommunale Parlamente, diese aber durch eine Methode – nämlich eine Wahl – legitimiert sind, Macht zu haben und Verantwortung zu erhalten, um verbindliche Entscheidungen zu treffen. Politik sei auch in der Verantwortung, mehr Elemente der direkten Demokratie zuzulassen und den Bürger/innen damit mehr direkten Einfluss auf das Geschehen in der Stadt einzuräumen. *Detlev Sträter* legt dar, dass sich in den letzten fünf Jahrzehnten seit Gründung des Münchner Forums, nicht zuletzt durch die Aktivitäten des Forums, sich das damalige Verhältnis von fach- und selbstbewusster planender Verwaltung, vollziehender Politik und einer weitgehend im Unklaren gelassenen Bürgerschaft inzwischen doch erheblich verändert habe; man bewege sich

heute mehr aufeinander zu und begegne sich eher auf Augenhöhe. Viele der Themen, die seinerzeit durch einige Stadtteilinitiativen und das Münchner Forum in die Öffentlichkeit gebracht worden seien, werden heute von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen gemeinsam mit Politik und Verwaltung öffentlich diskutiert.

Anknüpfend an das im Impulsreferat von Hannes Rockenbauch angesprochene Informationsgefälle zwischen Investoren, Politik, Verwaltung und Bürger/innen sowie innerhalb der Bürgerschaft zeigt *Max Heisler* auf, wie ihre Arbeit als Aktive des Bündnisses

Bezahlbares Wohnen die betroffene Mieter und Mietergemeinschaften in ihrer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiedlichkeit Informationen vermittelt und sie auf einen gewissen einheitlichen Stand von Informationsklarheit bringt, das sie zum wirkungsvollen und angemessenen Eigenhandeln befähigt. Auch GreenCity praktiziert, wie *Silvia Gonzales* beschreibt, unmittelbare Information über das, was Bürger/innen wissen müssen und benötigen, wenn sie innerhalb ihres Stadtviertels aktiv werden wollen, etwa Hilfestellung bei der Formulierung von Anträgen auf Bürgerversammlungen bzw. an den Bezirksausschuss oder bei der Vermittlung der richtigen Ansprechpartner in der Stadtverwaltung. *Bernhard Taubenberger* unterstreicht die Bedeutung der Informationsvermittlung in Planungs- und Gestaltungsprozessen. Er verdeutlicht dies an ihren Hamburger Erfahrungen, wo zum einen die Stadt städtebauliche Verträge, die in München meist unter Verschluss gehalten werden, in einem Transparenz-Portal öffentlich gemacht werden, und verweist zum anderen auf die Notwendigkeit, Angebote zur Beteiligung zu machen, wie sie es als Bayerische Hausbau etwa mittels einer Vorgezogenen Bürgerbeteiligung im Paloma-Projekt gemacht haben, wofür das Konzept der „Planbude“ steht, die eine Fülle von Vorschlägen aus der Bürgerschaft erbracht habe.

Wie frühzeitig ist Bürgerbeteiligung sinnvoll, um Informationsgleichstand herzustellen? *Hannes Rockenbauch* spricht das Dilemma an zwischen einerseits der Notwendigkeit, dass Projekte in der Stadtentwicklung einen gewissen Vorlauf benötigen, damit überhaupt etwas entsteht und vorliegt, worüber debattiert werden kann – viele Bürger benötigen praktische Anschauung in Form von Volumenmodellen oder Abmaßungen im öffentlichen Raum,

um sich Projekte überhaupt halbwegs vorstellen zu können –, und andererseits doch frühzeitig Bürger zu beteiligen, weil schon in frühen Phasen viele Vereinbarungen zwischen Investoren, Politik und planender Verwaltung getroffen und als nicht mehr revidierbar dargestellt werden. Für diese kommt eine spätere Bürgerbeteiligung zu spät. Es gibt eine Bringschuld der Politik: *„Es muss eine Ebene geben, die dem Bürger sagt, es lohnt sich mitzumachen, weil du am Ende mitentscheidest.“* Für viele Menschen seien abstrakte Debatten nicht lohnend, um ihre Alltagsroutinen dafür zu ändern, weil sie ihr Leben nicht verbessern. *„Wenn jemand aber konkret in seinem Viertel mitentscheiden kann, kommt jetzt ein Projekt, in dem die Miete bezahlbar bleibt, wie sieht es mit dem Spielplatz aus – dann ist das plötzlich für ihn relevant.“* Deswegen sollten mehr Elemente der direkten Demokratie in der Stadtentwicklung einfließen.

Detlev Sträter nimmt die Frage des Moderators, ob und inwieweit auch die Ansprüche und die Bereitschaft der Bürger/innen nach Einflussnahme auf die Planung und die Stadtentwicklung sich über die Jahre gewandelt haben, zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass man von „den Bürgern“ und ihren Ansprüchen an und Bereitschaft zur Beteiligung an Planungsprozessen wohl nicht sprechen könne angesichts der sozialen Unterschiede in der Bürgerschaft. Diese seien entscheidende Ursache dafür, dass Menschen unterschiedlich informiert sind und unterschiedliche Zeitressourcen besitzen. Sowohl das Münchner Forum als auch andere Bürgerinitiativen repräsentieren nur einen bestimmten kleinen, eher wohl mittelschichtsgeprägten Ausschnitt aus der Bürgerschaft, der die Voraussetzungen mitbringt, sich mit Belangen des Gemeinwesens auseinanderzusetzen. Zudem stehen die Organisationen und Personen, die bürgerschaftliche, ehrenamtliche Beteiligung in der Regel in ihrer Freizeit und am Wochenende zusätzlich zu ihrer Familien- und Berufstätigkeit praktizieren, einer hochprofessionellen, materiell gut ausgestatteten privatwirtschaftlichen und politisch-administrativen Fachkompetenz gegenüber – ein strukturelles Gefälle, das bürgerschaftliche Beteiligung von vornherein in eine kleine Nebenrolle drängt. Dieses Gefälle sei noch spürbarer geworden, nachdem die Stadtpolitik es in den letzten 10, 20 Jahren verabsäumt habe, klare stadtentwicklungspolitische Ziele zu setzen, sondern es Investoren überlasse, Stadt zu gestalten,

Politik dafür bestenfalls die Rahmenbedingungen sichere.

Der provozierend gemeinten Frage des Moderators, dass mit dem Bündnis Bezahlbares Wohnen und GreenCity zwei bürgerschaftliche Initiativen auf dem Podium sitzen, die sich mit ihren Zielstellungen und Flächenansprüchen eigentlich in die Quere kommen müssten, entgegnete *Silvia Gonzales*, dass Grün- und bezahlbare Wohnflächen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, und verweist auf viele unter- und ungenutzte Gewerbe- und Handelsflächen, die im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt umgestaltet werden sollten. *Max Heisler* macht das Dilemma deutlich, in dem sich die Stadtpolitik, aber auch die Initiativen befinden: auf der einen Seite mehr bezahlbaren Wohnraum zu sichern und zu schaffen, auf der anderen Seite die gesunden Lebensbedingungen dafür auch durch Frei- und Grünflächenerhalt zu verbessern. Es wäre sinnvoll, wenn sich Stadtpolitik, Investoren und Initiativen dazu an einen Tisch setzten. Doch das geschehe nicht. Stattdessen setzten Politik und Politiker sich gerne auf erfolgreiche Initiativprojekte nachträglich obenauf, die sie anfänglich abgelehnt oder gar torpediert haben.

Im letzten Drittel der Veranstaltung wurde das Publikum in die Debatte mit einbezogen, mit Fragen an die Podiumsteilnehmer/in, die in ihren Antworten ihre vorangegangenen Beiträge teils vertiefen konnten, und mit durchaus kontroversen Kurzstellungen aus dem Kreis der Zuhörer. Dies kann und soll an dieser Stelle nicht referiert werden.

Nach fast drei Stunden wurde die Debatte beendet – nicht ohne weitere Hinweise auf die nächsten Veranstaltungen und zum Besuch der Ausstellung.

Dr. Detlev Sträter, Dipl.-Soziologe und Stadt und Regionalplaner (lic.rer.reg.), ist 1. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums.



Abb. 2: Auf dem Podium von links: Rockenbauch, Heisler, Weinkopf, Gonzales, Taubenberg und Sträter

Jugend braucht FreiRaum – München/Stadt mitgestalten! **Die Dinge selbst in die Hand nehmen**

MICHAELA SCHIER

Junge Menschen nutzen urbane öffentliche und halböffentliche Räume – Straßen, Plätze, Brachen und Grünflächen, Einkaufszentren und Passagen – häufig anders, als dies Politik, Stadtplanung, Gewerbe und die Stadtgesellschaft vorsehen. Sie haben eigene Vorstellungen und Präferenzen zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes, die häufig nicht deckungsgleich mit denen von älteren Erwachsenen sind. Sich mit den Ideen und Vorstellungen von Jugendlichen und Kindern auseinanderzusetzen und sie als eigenständige Akteure der Stadtentwicklung ernst zu nehmen, ist deshalb unumgänglich, will man Städte nicht an den Bedürfnissen und Vorstellungen der jungen Generation vorbei entwickeln. Vielmehr muss deren Kreativität und Engagement für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung fruchtbar gemacht werden.

Doch wie können die Vorstellungen, die Kreativität und das Engagement junger Menschen in eine zukunftsfähige Stadtentwicklung eingebunden werden? Was braucht München, damit Jugend sich beteiligt? Welche Erfahrungen und Good Practices gibt es? Diesen Fragen wurde in der Diskussionsveranstaltung des Münchner Forums am 8. November 2018 im Münchner Stadtmuseum mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Jugendverbänden und von Projekten junger Menschen nachgegangen. Der Sozial- und Jugendforscher Prof. Dr. Ulrich Deinert, Forschungsstelle für sozialraumorientierte Praxisforschung und Entwicklung der Hochschule Düsseldorf, *Benedict Lang* vom Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler (<https://haus-der-schueler.de/>) sowie *Mona Madfai* und *Minh Tran* von Young City Movement legten mit ihren Vortragsinputs sowie einem Film die Basis für die nachfolgende spannende Podiumsdiskussion.

Neben den Genannten waren *Judith Greil*, stellvertretende Vorsitzende des Kreisjugendrings München-Stadt, *Jan Weber-Ebnet* von Architektur und Schule e.V. (<http://architektur-und-schule.org>) sowie *Beatrix Burkhardt*, Stadträtin und Leiterin der Spielraumkommission der LH München aufs Podium eingeladen worden. Die Veranstaltung wurde von *Elisabeth Raschke* (h3k Moderation) kompetent moderiert, die sich

selbst in Sachen Jugend- und Kinderpartizipation engagiert. In zwei Runden wurde auch das zahlreich erschienene Publikum in die Diskussion einbezogen.

Zwischen Bolzplatz und Shopping-Mall

In seinem Impulsvortrag zum Thema „Zwischen Bolzplatz und Shopping-Mall: Wie eignen sich Jugendliche die Stadt an? Was können wir für die Entwicklung von städtischen Räumen daraus lernen?“ erläuterte Prof. Dr. *Ulrich Deinert* anhand eigener Studien, eine davon eine Befragung von 850 Jugendlichen der Sekundarstufe I in Duisburg: Wo halten sich Jugendliche gerne auf, wie verbringen sie ihre Freizeit, wie eignen sie sich Orte an und gestalten Räume? Freizeittätigkeiten sind von hoher Bedeutung für Jugendliche: sich mit Freunden treffen, im Internet unterwegs sein, Musik hören, Freizeitsport bzw. Sport im Verein treiben, Fernsehen, shoppen oder ins Kino gehen. Institutionelle Freizeitangebote

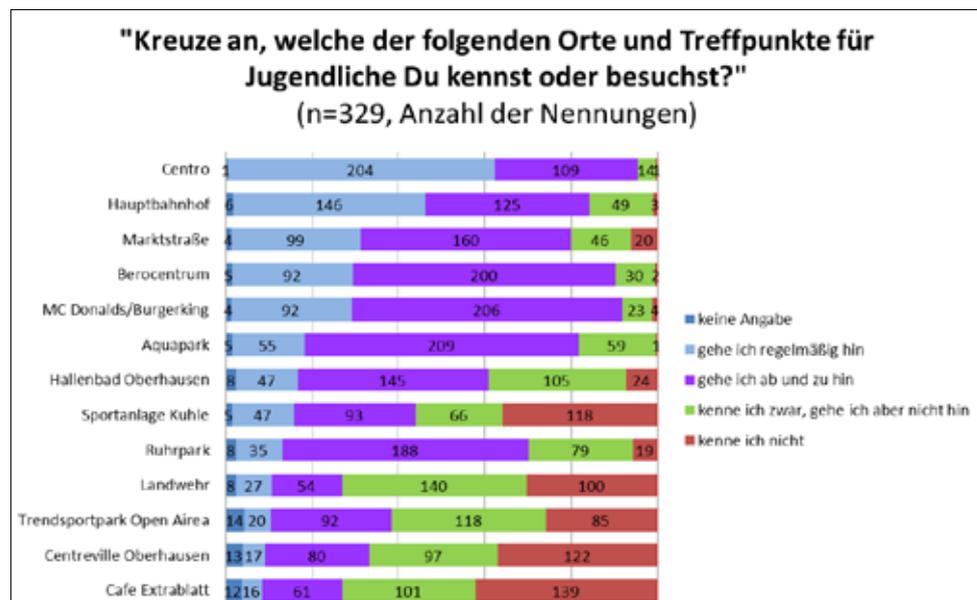


Abb. 1: Ergebnisse der Jugendstudie von Prof. Deinert in Oberhausen

FOTO © PROF. DR. ULRICH DEINERT

in Jugendhäusern, Jugendräumen und in Jugendzentren, wie sie im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, haben demgegenüber eine eher untergeordnete Bedeutung (siehe Abb. 2). Hinsichtlich der genutzten Orte und Angebote in Duisburg und Oberhausen zeigen Deinet's Studien: Jugendliche nutzen insbesondere das Kino, Hallen- und Freibad, Eishalle, Sportvereine, Büchereien und Stadtbibliotheken, McDonalds und Shoppingmalls. Es sind kommerzialisierte (halb)öffentliche Räume wie Shoppingmalls und Bahnhöfe, Einkaufsstraßen oder Cafés und Fast-Food Restaurants, die in vielen Kommunen besonders häufig genutzt werden.

Schaut man genauer hin, was Jugendliche an diesen Orten – v.a. den Shopping Malls – so tun und wie sie sie erleben, wird erkennbar, dass Shoppen (im Sinne von Stöbern, an- und ausprobieren, rumgucken) zwar der wichtigste Grund für ihren Aufenthalt dort ist, fast genauso oft gehen Jugendliche jedoch dorthin, weil es etwas umsonst gibt (u.a. freier WLAN-Zugang, kostenloses Wasser, Zugang zu Toiletten) bzw. sie u.a. Imbisse nutzen, um Freund*innen ungestört von Erwachsenen zu treffen oder einfach zu „chillen“. Jugendliche schätzen demzufolge die spezifischen Ressourcen und

Möglichkeitsstrukturen, die ihnen diese Orte bieten. Sie (be)leben und eignen sich diese urbanen Räume kreativ an, d.h. sie machen diese zu ihren je spezifisch genutzten Räumen, verändern sie, widmen sie im eigenen Interesse um (siehe Abb. 1 und 3).

Revitalisierung des öffentlichen Raums für Kinder und Jugendliche

Jugend hält sich heute woanders auf als früher, betonte Deinet. Kommerzielle Räume prägen unsere Innenstädte und haben großen Einfluss auf Kindheit und Jugend. Nicht die klassischen öffentlichen Räume sind die Räume der Jugendlichen, sondern Ganztagschulen als neue „Lebensorte“, Cafés, Imbisse, Fast-Food-Restaurants und Shopping Malls als soziale Treffpunkte und Orte des Ausprobierens sowie die mobilen Transiträume wie ÖPNV, virtuelle Räume und soziale Netzwerke. Wir müssen demnach unsere Vorstellungen von öffentlichen Räumen und Jugendlichen erweitern. Jugendliche schaffen ihre eigenen Räume, erleben deshalb jedoch gerade in unseren Innenstädten auch Ausgrenzungen!

Wichtig ist es, vor diesem Hintergrund eine Revitalisierung der öffentlichen Räume für Jugendliche voranzutreiben. Prof. Deinet warf die Frage auf, ob herkömmliche Projekte der Partizipation von Jugendlichen im öffentlichen Raum als eher pädagogische

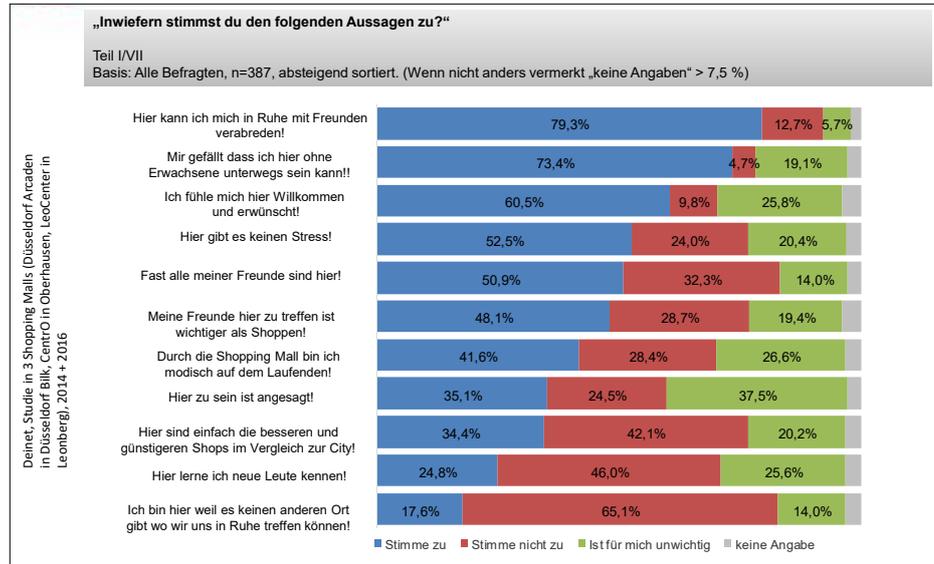


Abb. 3: Ergebnisse der Jugendstudie (2014, 2016) von Prof. Deinet in 3 Shopping Malls (Düsseldorf Arcaden in Düsseldorf Bilk, CentrO in Oberhausen, LeoCenter in Leonberg)

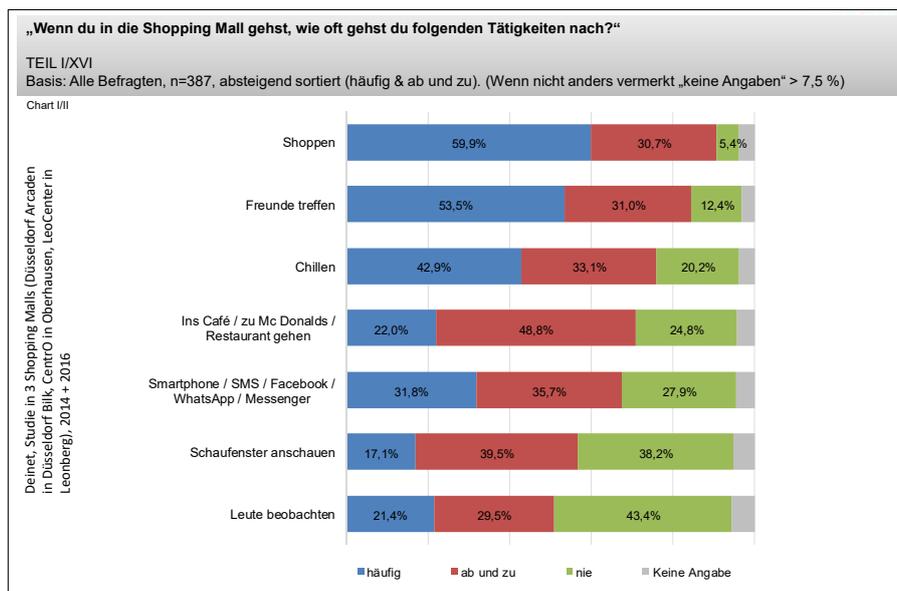


Abb. 2: Tätigkeiten Jugendlicher in Shopping Malls; Ergebnisse der Jugendstudie (2014, 2016) von Prof. Deinet in 3 Shopping Malls (Düsseldorf Arcaden in Düsseldorf Bilk, CentrO in Oberhausen, LeoCenter in Leonberg)

Inszenierungen ausreichend sind. Lohnender seien z.B. Kinderstädte wie Mini München, die als temporäre Räume der Kinder und Jugendlichen seiner Meinung nach eine sehr gute Form der Revitalisierung öffentlicher Räume sind. Seinen Vortrag abschließend betonte Deinet: Die Revitalisierung des öffentlichen Raums für Kinder und Jugendliche ist eine komplexe kommunalpolitische aber auch, planerische, zivilgesellschaftliche, sozialpädagogische und rechtliche Aufgabe (u.a. Schutz vor Privatisierung und Ökonomisierung, Recht auf öffentlichen Raum). Dabei bedeutet eine Revitalisierung öffentlicher Räume für Jugendliche mehr als das bloße „Bereitstellen“ oder „zur Verfügung stellen“ von Räumen. Vielmehr gehe es um echte Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die Anregung von Aneignungs- und Bildungsformen mit vielfältigen Methoden und Medien, die Herstellung von Öffentlichkeit, eine einmischende generationenübergreifende Jugendpolitik.

Jugendlichen bisher kein eigener Raum außerhalb der Schule zur Verfügung, um ihr ehrenamtliches Engagement zu planen und durchzuführen. Selbstorganisiertes Engagement braucht jedoch Freiraum und freie Räume! Das Haus der Schülerinnen und Schüler soll deshalb als zentraler Ort für all diejenigen eingerichtet werden, deren Engagement mit dem Lebensraum Schule zusammenhängt: als Ort, an dem Ressourcen vorhanden sind, als Treffpunkt, als Raum für Seminare, für Austausch, Arbeitskreise und selbstbestimmtes Handeln. Dieses Haus soll selbstorganisierte Aktivitäten von Jugendlichen bündeln und sie in demokratischem Handeln bestärken, indem sie selbst Verantwortung übernehmen, Fehler machen, daraus lernen und Kompetenzen entwickeln dürfen sowie eigenständig ihre Dinge und Projekte mit anderen Jugendlichen vorantreiben können.

Das Projekt hat politisch viel Zuspruch erhalten. Der Bildungsausschuss des Münchner Stadtrats hat mit Beschluss vom 8.7.2015 das Referat für Bildung

und Sport beauftragt, die Initiative der Schülerinnen und Schüler, geeignete Räumlichkeiten für das Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler zu finden, weiter zu unterstützen. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten gestaltet sich jedoch für das Jugendprojekt aufgrund des angespannten Immobilienmarkts in München als sehr schwierig. Benedikt Lang warf in diesem Zusammenhang auch die Frage der Verteilung von Raum in der Stadt auf: Wem wird er zu welchen Konditionen zugestanden? Außerdem verwies Lang mit der Tatsache, dass

er inzwischen selbst kein Schüler mehr sei und das Projekt immer noch nach Räumlichkeiten sucht, auf ein strukturelles Problem der Partizipation von Jugendlichen hin: die Langfristigkeit politischer und planerischer Prozesse, die nur schwer mit Jugendlichkeit kompatibel sind.

(Download des Konzepts für das Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler unter: https://www.kjr-m.de/fileadmin/KJR_Daten/PDF/haus_der_schueler_innen_final.pdf)

Young City Movement: Im Skatepark werde Licht!

Im Anschluss stellten *Mona Madfai* und *Minh Tran* von Young City Movement ihr Projekt zur Beleuch-

FOTO © KULTUR & SPIELRAUM E.V.



Abb. 4: Mini-München: Umzug im Olympiapark – Kultur und Spielraum

Mehr Raum für selbstorganisiertes Engagement: Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler!

Benedict Lang stellte im Anschluss das Projekt „Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler“ vor, das er 2013 während seines Engagements bei der Stadtschüler*innenvertretung sowie im Münchner Schülerbüro mit initiiert hat. Mit dem Projekt werden folgende Probleme adressiert: Jugendliche, die sich selbst engagieren wollen, haben in München ein massives Raumproblem. An den Schulen werden Räume in der Regel kurze Zeit nach dem Nachmittagsunterricht geschlossen, selbst wenn SMV-Zimmer vorhanden sind, sind sie meist zu diesen Uhrzeiten nicht mehr nutzbar. In München steht

tung einer Skateanlage im Gefilde des Münchner Südostens vor. Anhand einer kurzen Videosequenz erläutern die jungen Erwachsenen das Projekt. Die Idee zum Projekt entstand im Rahmen der Initiative „Freiraum 2030“ der LH München. Für das Netzwerk Jugendbeteiligung im Stadtbezirk 16 haben Mona Madfai und Minh Tran im Jahre 2014 Ideen von Jugendlichen gesammelt, wie diese ihre Stadt bzw. ihren Stadtteil gerne gestalten würden. Dabei stellte sich als ein wichtiges Thema unter vielen der Wunsch nach Beleuchtung von Sportorten, u.a. Skateparks heraus, um sie auch nach Einbruch der Dunkelheit nutzen zu können, v.a. in den Herbst- und Wintermonaten. (<https://de-de.facebook.com/Young-CityMovement/> )

Young City Movement hatte sich daher im Jahr 2015 das Ziel gesetzt, „Sprachrohr der Jugend“ zu sein und an dem konkreten Beispiel die Beleuchtung eines Skateparks umzusetzen. Jugendliche machen häufig die Erfahrung, dass Ideen und Forderungen, die in Beteiligungsworkshops geäußert werden, im Sand verlaufen und nur selten umgesetzt werden. Dem wollten sie etwas entgegensetzen.

Madfai und Tran schilderten anschaulich, wie schwierig dieser Weg war: die richtigen Ansprechpartner*innen zu finden, formale Hürden zu nehmen, sich von abgelehnten Anträgen im Bezirksausschuss nicht entmutigen zu lassen. Es brauchte viel Kreativität, aber auch Glück, viel war Zufall. Besonders hilfreich war, dass es kompetente und erfahrene Erwachsene gab, die sie bei den oft komplizierten, bürokratischen Schritten der Realisierung ihres Projektes unterstützt haben. Auch die finanzielle Unterstützung ihrer Ideen durch den Bezirksausschuss war wichtig. Eine Herausforderung war es, die richtigen Formate zu finden, um Jugendliche zusammenzubringen, für die Sache zu begeistern. Bewährt hat sich dabei, das Format der „Sportsnights“, mit der Jugendliche bei einer ihrer Lieblingsaktivitäten an dem Ort, an dem sie sich gerne treffen, erreicht wurden.

Mit viel Engagement und langem Atem hat Young City Movement es schließlich geschafft. Es veranstaltete zusammen mit dem Netzwerk Jugendbeteiligung im Stadtbezirk 16 eine „Light at Sportsnight“. Mit Scheinwerfern des Technischen Hilfswerks wurde die Sportanlage an mehreren Abenden probe-weise ausgeleuchtet. Die sehr erfolgreiche Veranstaltung zeigte, dass die Beleuchtung die Nutzbarkeit der Skateanlage deutlich erhöht und von vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dauerhaft gewünscht wird. Young City Movement hatte im Anschluss die Möglichkeit, ihr Projekt in der Spielraumkommission den Stadträt*innen und Vertreter*innen der Stadtverwaltung vorzustellen. Schließlich überreich-

ten sie im April 2017 insgesamt 580 Unterschriften aus einer Online-Petition an Oberbürgermeister Dieter Reiter. Ihre Bemühungen waren schließlich erfolgreich. Im Juli 2017 beauftragte der Stadtrat das Baureferat mit der Installation einer dauerhaften Beleuchtungsanlage. Am 19. Oktober 2018 konnten sie gemeinsam mit OB Reiter die Anlage endlich eröffnen, die zunächst als Pilotprojekt läuft.

„Jugendliche machen den öffentlichen Raum zu ihrem Raum, aber diesen Raum muss man ihnen erst mal geben.“ Mona Madfai

Die Moderatorin Elisabeth Raschke (h3k Moderation) leitete mit der Frage: Was haben wir in München an Beteiligungsformaten und -orten und was braucht es damit München da weiterkommt? zur Podiumsdiskussion über.

Judith Greil vom Kreisjugendring (KJR)-Stadt würdigte, dass in München von Seiten des Stadtrats durchaus Interesse für Kinder- und Jugendpartizipation bestehe, u.a. wurde schon mehrmals eine Jugendbefragung beauftragt. Wichtig wären jedoch mehr echte Beteiligungsprozesse, denen ein direktes Zugehen der Stadtverwaltung und der stadtpolitischen Funktionsträger*innen, der Initiatoren*innen von partizipativen Prozessen auf Jugendliche vorausgehen muss, und zwar dort, wo diese leben und sich bewegen und ihre Anliegen verortet sind. Das verlangt ein Einlassen auf Formate, die den Jugendlichen und ihren Anliegen entsprechen und sie erreichen: oder sie ganz einfach willkommen heißen, wie *Marcheline Wolf*, ebenfalls vom Haus der Schülerinnen und Schüler, es in der Publikumsrunde formulierte.

Die generelle Raumknappheit in München wurde als eine Barriere für eine jugendgerechte Stadtentwicklung angesprochen. Stadträtin *Beatrix Burkhardt* verwies in diesem Zusammenhang auf das Konzept „Spielen in München“ sowie auf die Kriterien für ein „Kinder- und jugendgerechtes Planen“, die die Spielraumkommission 1999 ausgearbeitet hat. Die Kommission hat es damit geschafft, Spielraum in Baugebieten festzuschreiben. Dies bedeutet, dass sich Architekt*innen inzwischen damit auseinandersetzen und entsprechende Freiräume einplanen müssen. Im letzten Jahr hat sich die Kommission mit gendgerechten Spielräumen beschäftigt. Der Architekt *Jan Weber-Ebnet* hob hervor, dass Jugendliche gerade freien, auch undefinierten Raum brauchen. Insofern gilt es, die schwierige Frage zu lösen, wie in einer Stadt, in der es keinen Raum gibt, Raum für jugendliche Nutzungen geschaffen werden kann. Als einen denkbaren Lösungsansatz schlägt Weber-Ebnet die Einführung eines „mobilen Raummanagements“ bzw. einen „Zwischennutzungsmonitor“ vor, mit dem Räume, die zwischen Planungen und bei Nut-

zungswechseln wertvolle Freiräume darstellen, auch kurzfristig und unkompliziert für temporäre Projekte und Nutzungen freigegeben werden. Freiräume sieht er dabei als Möglichkeitsräume, die man überall finden kann, auch z.B. in Schulen und Parkhäusern, die abends leer stehen. Von der Politik wünscht er sich hier mehr Unterstützung und Mut, Zwischennutzungen zu fördern. Aus dem Publikum ergänzte *Sebastian Ring* vom Medienzentrum München seine guten Erfahrungen mit der Teilung eines Zwischennutzungs-Raums zwischen verschiedenen sozialen

umgesetzt werden. Einen ersten positiven Ansatz sieht sie darin, dass bei den Kinder- und Jugendforen Stadträt*innen und Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung den Auftrag erhalten, sich als „Pat*innen“ um die Umsetzung der entwickelten Ideen zu kümmern. Darüber hinaus können Kinder- und Jugendliche sich mit ihren Anliegen an die Kinder- und Jugendbeauftragten der Bezirksausschüsse wenden.

Des Weiteren wurde von Mona Madfei und Minh Tran angeregt, Schülerinnen und Schüler stärker in kommunaler Partizipation zu schulen. Welche Mög-

lichkeiten man als junger Mensch hat, das eigene Lebensumfeld zu gestalten, ist bislang selten ein Unterrichtsthema, obwohl Demokratie und Partizipation in den Lehrplänen enthalten sind. Der Verein Architektur und Schule e.V. setzt gerade bei dieser Leerstelle an, erläuterte Jan Weber-Ebnet. Er bietet Fortbildungen für Lehrkräfte in Sachen Baukultur und Architektur an, initiiert unter dem Motto „Jugend macht Stadt“ Stadtlabore, in denen Räume zwischengenutzt, mögliche künftige Nutzungen ausprobiert oder Diskussionen

mit Bürgerinnen und Bürgern angestoßen werden. Architektur, der Umgang mit Stadt und Raum wird von Weber-Ebnet und seinem Verein an interessierten Schulen auch über Workshops in verschiedene Unterrichtsfächer eingebaut, denn diese Kompetenzen müssen an realen Projekten erst erlernt werden.

Darüber hinaus braucht es eine professionelle Begleitung der Aktivitäten von Jugendlichen, wie mehrere Diskussionsteilnehmende anmerken. Bewährt haben sich kontinuierliche Beratungsangebote im Sinne eines Coachings durch Vertrauenspersonen. Jugendliche wollen selbstbestimmt handeln, das bedeutet jedoch nicht, dass sie mit allen Entscheidungsprozessen und Problemstellungen allein gelassen werden möchten. Solche Vertrauenspersonen können auch als Multiplikator*innen wirken, indem sie junge Menschen motivieren, sich ebenfalls einzubringen und zu engagieren, ihnen Mut zusprechen, Dinge anzugehen. Weber-Ebnet hob hervor, dass es bei der Suche nach Wegen des gemeinsamen Planens und Entwickelns gerade auch Initiativen aus dem Bereich Architektur und Planung, wie dem Münchner Forum, braucht, die mit Jugendlichen neue Formate und Methoden ausprobieren, eventuell auch als



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Abb. 5: Auf dem Podium die Diskussionsteilnehmenden von links: Deinet, Tran, Madfai, Weber, Raschke, Burckhardt, Greil, Lang

Gruppen am Beispiel des „Pixels“ im Gasteig. Prof. *Deinet* forderte auf, mutiger zu sein und durchaus auch an Flächen zu denken, die bislang dem autorisierten Individualverkehr gewidmet sind. Auch *Martin Fürstenberg* und *Detlev Sträter* vom Münchner Forum verwiesen auf bislang ungenutzte Freiraum-Potentiale, beispielsweise durch eine bessere Nutzung bestehender Freiflächen im Kunstareal, durch neue Raumkonzepte bei Umbauten von Kulturbauten oder durch die Verhinderung von Wohnungsleerstand durch Gentrifizierung von Flächen.

Die Teilnehmenden der Diskussion waren sich einig, dass es zur besseren Einbindung von Jugendlichen in Stadtentwicklungsprozesse bei Planungen ein anderes Verhältnis zu Zeit sowie eine höhere Verbindlichkeit in der Umsetzung von entwickelten Vorschlägen geben muss. Nötig sind mehr temporäre Projekte bzw. „kleine“ Lösungen, die die Realisierung von Ideen erlebbar machen und somit mit Erfahrungen der Selbstwirksamkeit einhergehen. Frau Burkhardt bestätigte, dass in der Regel das Problem bestehe, dass die erarbeiteten Vorschläge von Kindern und Jugendlichen in Planungs-Wettbewerben oft nicht ernst genommen und nur selten

Moderatoren solcher Prozesse an der Seite stehen, jemanden, der den langen Atem hat, die professionelle Erfahrung, der Türöffner ist. Ferner bedarf es für partizipative Prozesse genügend finanzieller Ressourcen. Frau Burkhardt sieht diesbezüglich z.B. im Kinderbudget des Bezirksausschusses Neuaußing einen guten Ansatz, bei dem Kinder entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird.

Das Publikum einbeziehend, in dem u.a. zahlreiche Vertreter*innen von Initiativen und Organisationen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation anwesend waren, wurden weitere relevante Themen angesprochen: Ansätze des Umgangs mit Konflikten zwischen Nachbarschaften und Jugendlichen, in denen diese sich Räume selbst aneignen; die Rolle des virtuellen Raums als Raum der Vernetzung und Partizipation; Möglichkeiten des Erhalts umgestalteter, frei bespielbarer Freiräume sowie der Erhöhung der Nutzungsqualitäten der bestehenden Freiräume für Jugendliche; die Integration von Jugendlichen in politische Gremien.

Mit über 60 Gästen war die Veranstaltung gut besucht und erhielt in einer Online-Umfrage unter den Besucher*innen ein sehr gutes Feedback. Kritisch angemerkt wurde als einziger Punkt, dass relativ wenige Jugendliche bei der Veranstaltung im Publikum anwesend waren. Dies war aufgrund des Veranstaltungsformates auch nicht anders zu erwarten, obwohl die Veranstaltung gezielt auch über Jugendverbände und Jugendgruppen beworben wurde.

Das Münchner Forum hat Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen der Veranstaltung eine weitere Zusammenarbeit angeboten mit dem Ziel, die Anliegen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Kanäle, Medien und Netzwerke des Münchner Forum e.V. stärker zu unterstützen und ihnen eine breitere Öffentlichkeit zu ermöglichen. Darüber hinaus sind weitere Aktivitäten, Projekte und Veranstaltungen zur Thematik in Kooperation mit dem Kreisjugendring München-Stadt e.V., mit Architektur und Schule e.V., mit Kultur- und Spielraum e.V. sowie anderen Initiativen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation wünschenswert.

Das Münchner Forum e.V. dankt allen Beteiligten für die Mitwirkung sowie der Stiftung Aktion Mensch sowie der Doris Wuppermann Stiftung für die finanzielle Förderung der Veranstaltung.

Dr. Michaela Schier, Dipl. Geographin, ist seit Oktober 2017 Geschäftsführerin des Münchner Forums.

Wissenswertes und zum Weiterlesen:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.)(2016): *Jugend.Stadt.Labor – Wie junge Menschen Stadt gestalten*. Bonn. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2016/jugend-stadt-labor-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3 ↗

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)(Hrsg.)(2013): *Kompass Jugendliche und Stadtentwicklung*. Berlin https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2013/DL_Jugendkompass.pdf?__blob=publicationFile&v=2 ↗

Deinet, Ulrich (Hrsg.) (2018): *Jugendliche und die „Räume“ der Shopping Malls. Aneignungsformen, Nutzungen und Herausforderungen für die pädagogische Arbeit*. (Reihe: Soziale Arbeit und Sozialer Raum, Band 4), Opladen, Toronto:Verlag Barbara Budrich

Deinet, Ulrich / Thomas, Sophie (2016): *Chillen in der Shopping Mall – neue Aneignungsformen von Jugendlichen in halböffentlichen, kommerziell definierten Räumen*. In: *sozialraum.de* (8) Ausgabe 1/2016. URL: <https://www.sozialraum.de/chillen-in-der-shopping-mall—neue-aneignungsformen-von-jugendlichen-in-halboeffentlichen,-kommerziell-definierten-raeumen.php> ↗, Datum des Zugriffs: 28.12.2018

Die Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“ ist ein digitales Angebot, mit dem Jugendliche, Fachkräfte der Jugendhilfe sowie Politik und Verwaltung ganz konkrete Unterstützung erhalten, wenn sie sich vor Ort dafür einsetzen wollen, dass ihre Kommune jugendgerechter wird. Online unter: <http://werkzeugbox.jugendgerecht.de/> ↗

Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft (Hrsg.)(2018): *16 Wege zu mehr Jugendgerechtigkeit - Gelingensbedingungen für jugendgerechte Kommunen*. Berlin. https://www.jugendgerecht.de/downloads/screen_broschuere_16wege_einzeln.pdf ↗

Kreisjugendring München-Stadt (Hrsg.)(2014): *Platz da! WohnRaumLebensRaumSpielRaumFreiRaumfürjunge-MenscheninMünchen. Jugendpolitische Forderungen 2014*. München. https://www.kjr-m.de/fileadmin/KJR_Daten/PDF/Publikationen/kjr_jugendpolitische_forderungen2014.pdf ↗

Themenheft der Zeitschrift Informationen zur Raumentwicklung (IzR), Nr. 2, 2018 (Hrsg. BBSR): „Stadt(t)räume von Kindern. Kinderorientierte Stadtentwicklung“, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2018/2/Inhalt/inhalt.html?nn=42_2466 ↗, darin u.a. Haury, Stephanie/Willinger, Stephan: *Young Energies. Stadtforschung mit jungen Stadtmachern*. S. 12-19

Bürgerengagement und Stadtentwicklung: Erfahrungen aus anderen Städten – „Wir sollten frecher werden“

DETLEV STRÄTER

Ein neues bürgerschaftliches Selbstbewusstsein entwickelt sich. Bürgerinnen und Bürger überlassen die Zukunft ihrer Städte und Gemeinden nicht länger allein Investoren, Planung und Politik. Zum Beispiel in Stuttgart, Dresden, Wien und Passau mischen sich Bürgerinnen und Bürger intensiv bei Stadtplanung und Städtebau ein. Wie laufen in diesen Städten die Beteiligungsprozesse ab? Wie dringen die Bürger mit ihren Ideen durch? Wie ernst werden sie genommen? Wie gelingt die Sollbruchstelle Umsetzung? Wie gewinnt man verlorenes Vertrauen der Bevölkerung zurück? Wie gelingen allseits zufriedenstellende Lösungen im Spagat zwischen widerstrebenden Interessen? Was können Bürger hier leisten?

Das waren die rahmensetzenden Leitfragen, unter denen das Erfahrungsgespräch konzipiert worden war. Unter der Moderation von *Ursula Ammermann*, bis Herbst 2017 Geschäftsführerin des Münchner Forums, debattierten Gesprächspartner aus vier Städten:

- *Friedrich Brunner*, ehem. Gymnasiallehrer und Bildender Künstler, für das Forum Passau e.V. Er wurde zweimal mit der Bayerischen Denkmalchutzmedaille ausgezeichnet.
- *Dr. Ditmar Hunger*, Studium der Architektur und Bauwesen, Stadt- und Verkehrsplaner, ehem. Leiter der Verkehrsplanung der Stadt Dresden, für das Entwicklungsforum Dresden e.V.
- *Lisa Purker*, Studium der Raumplanung (DI), Moderatorin in Planungsprozessen; sie ist eine der Geschäftsführer/innen der PlanSinn GmbH, Wien.
- *Sebastian Sage*, Dipl. Ing. arch., freier Architekt, für das Stadtplanungsforum Stuttgart e.V., also von Vertreter/innen von Organisationen, die vergleichbar dem Münchner Forum in ihren Städten ebenfalls bürgergesellschaftliche Aufgaben erfüllen. Als Format für das Gespräch am Samstagnachmittag, dem 10. November 2018, wurde die Fishbowl-Methode gewählt, benannt nach dem Goldfischglas, das den engeren, inneren Kreis der Diskutanten symbolhaft umschließt. Er kann temporär erweitert werden um Mitdiskutanten aus dem Außenkreis, dem Publikum, die für ihren Gesprächsbeitrag hinzukommen und danach den inneren Kreis wieder verlassen. Dazu werden von vornherein ein oder zwei Stühle im Fishbowl reserviert.

Den Gesprächsteilnehmern wurde zu Beginn die Frage nach den aktuellsten Problemen gestellt, mit denen sich ihre Städte und sie sich in ihren Städten auseinandersetzen. *Ditmar Hunger* führte die aktuellen Schwierigkeiten des Entwicklungsforums

Dresden an, Zugang zum Kreis der Entscheider in der Dresdner Stadtplanung zu finden. Er schilderte anschaulich den Beginn der Arbeit der Stadtplanung in Dresden und der des Entwicklungsforums in den ersten vier Jahren nach seiner Gründung im Wendejahr 1990. Die ersten Zielstellungen waren stark ökologisch geprägt, vor allem durch die Bürgerbewegung, aber bald setzten sich Investoren in der Stadt fest, fanden Zugang zu den Entscheidern der Stadtplanung, aber auch zu den politischen Größen in Sachsen. Ein Großteil der Bevölkerung war damals davon überzeugt, dass der Zusammenbruch der DDR nicht von ungefähr geschehen und der Erfolg der kapitalistischen Wirtschaftsweise augenscheinlich war. Insofern wähte man dessen Prinzipien des Größer, Schneller, Höher, Breiter, Teurer auch in der Stadtplanung als sinnführend. Die Warnungen des Entwicklungsforums etwa vor der Privatisierung des kommunalen Dresdner Wohnungsbestands oder vor dem Bau der Waldschlösschenbrücke über die Elbe als mehrspuriges Einfallstor in die Innenstadt für den Individualverkehr (was der Elbauenlandschaft den Verlust des Prädikats Weltkulturerbe einbrachte) wurden damals in den Wind geschlagen. Erst als die vielen negativen Folgen der damaligen Planungen und überstürzten Umsetzungen in der Bevölkerung langsam bewusst wurden, fanden auch die Haltung und die Positionen des Entwicklungsforums Dresden zunehmend Zustimmung.

Friedrich Brunner berichtete über ihren Kampf gegen bestimmte Ausformungen des Hochwasserschutzes in Passau. Das letzte Hochwasser war dramatisch und für die davon betroffenen Hausbesitzer immer mit Belastungen verbunden, andererseits gehört Hochwasser in der Drei-Flüsse-Stadt Passau schon immer fast zum Alltag – seit dem vorletzten großen Hochwasser 1954 wurde die Innenstadt 63

Mal überflutet –, und die spezielle Bauweise der Donau- und Innanrainer-Gebäude hält die Schäden halbwegs erträglich. Nun will aber der Freistaat demonstrativ ca. 8 Mio. EUR für den Hochwasserschutz ausgeben, an einer Stelle, die von den letzten Hochwassern relativ wenig betroffen war. Dort soll entlang einer historischen Kastanienallee eine vier Meter hohe Mauer errichtet werden, die diese zentralen städtebauliche Stelle erheblich beeinträchtigen oder gar zerstören würde. Hiergegen kämpft das Forum Passau und erfährt dabei große Resonanz aus der Bevölkerung.

Erschwingliche Wohnungen, Stadt am Fluss und der Verkehr sind, wie anderswo, auch in Stuttgart die brennenden Themen, wie *Sebastian Sage* vom dortigen Stadtplanungsforum unterstrich. Zwei Besonderheiten aber prägten das Diskussionsklima in Stuttgart: zum einen habe der Kampf für und gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ zu tiefgreifenden Verletzungen der Debattenkultur in der Stadtgesellschaft geführt, dies habe ein Klima des Misstrauens geschürt und auch die Debatten etwa um den richtigen Wohnungsbau belastet. Und zum anderen spiele die Angst (um den Arbeitsplatz) eine wichtige Rolle in der Verkehrsdebatte, wenn es um Dieselfahrverbot zur Luftreinhaltung und andere verkehrsmindernde Maßnahmen geht: ein Großteil der Stuttgarter Wirtschaft wird geprägt von Automobilfirmen, von Automobilzulieferern und von Maschinenbauunternehmen für den Automobilbau. Davon hängen nicht nur die unmittelbar dort Beschäftigten ab, sondern auch ein Großteil der Stuttgarter Dienstleister.

Angst und Verletzungen, konzedierte *Lisa Purker*, seien auch relevant für die öffentliche Debatte in Wien. So könnte ein großes Investitionsprojekt am Wiener Heumarkt an Stelle des alten Hotels Intercontinental – sollte es in geplanter Weise ausgeführt werden – dazu führen, dass Wien den von der UNESCO verliehenen Weltkulturerbestatus aberkannt bekäme – ein Projekt, das vielleicht zu ähnlichen Verletzungen in der lokalen Debatte geführt habe wie Stuttgart 21. An Stelle der offensichtlichen Themen der Wiener Stadtentwicklung machte Lisa Purker auf ein weniger offensichtliches Thema aufmerksam: der Klimawandel zeitige bereits erhebliche

Folgen, die aber noch nicht ins allgemeine Bewusstsein gedrungen seien. Ein Klimaforscher habe nachgerechnet, dass im Extremsommer 2003 es 700 bis 800 Klimatote in Wien gegeben habe; das wäre die größte Katastrophe der letzten Jahrhunderte in Wien. Diese Toten werden aber nicht als Klimaopfer ausgegeben, sondern unter den Opfern der klassisch diagnostizierten Todesursachen wie Herzinfarkt etc. geführt. – Auch in Wien mache das Wachstum der Stadt und der Metropolregion zu schaffen: Mietwohnungsprobleme werden massiv spürbar. Wien hat derzeit 1,8 Mio. Einwohner und die höchste Steigerungsrate in Europa. Bis 2030 könnte die Zahl von 2 Mio. Einwohnern erreicht sein, diese wird voraussichtlich aber früher erreicht, eine Zahl, die Wien vor ca. hundert Jahren schon einmal auswies. Diese Wachstumsbeschleunigung verlange neuen bezahlbaren Wohnungsbau, aber auch den Erhalt und die Ausweisung zusätzlicher öffentlicher Räume. Dies alles löse ein Klima der Angst und des Drucks



Abb. 1: Auf dem Podium die Diskussionsteilnehmenden von rechts: Brunner, Purker, Sage, Ammermann, Hunger und Gast

FOTO © MÜNCHNER FORUM

aus: Veränderungen werden nicht als Verbesserungen, sondern als Verschlechterungen empfunden – verständlich, wenn die meisten Folgen in Richtung Überlastungen weisen.

Zu der von der Moderatorin eingebrachten Frage der Bürgerbeteiligung führte *Ditmar Hunger* an, dass in jüngster Zeit immer mehr Einzelinitiativen aufkämen und er darin ein Problem erkannte. In den 1990er Jahren habe das Entwicklungsforum versucht, Initiativen zu bündeln und eine gemeinsame Stoßrichtung zu finden. Heute hängen sich diese Initiativen an Einzelthemen auf, die häufig doch sehr speziell seien – was zu einer Konkurrenz der Initiativen untereinander führe. Dies mache es Politik und Wirtschaft leicht, nach dem Prinzip Teilen und Herrschen Bürgerinteressen zu segmentieren! – Viele

Menschen haben nur eine geringere Bereitschaft, konstruktiv mitzuwirken – vielfach eine Folge erlebter Enttäuschungen. Ein weiteres Grundproblem bestünde darin, dass junge Leute nur schwer für Stadtentwicklungsfragen zu gewinnen seien – auch dies ein Grund, der es „denen da oben“ leichter mache, bürgerschaftliche Interessen zu spalten. Hoffnung für mehr Bürgerbeteiligung sähe er, wenn es gelänge, an der Aufbruchsstimmung der Nachwendezeit anzuknüpfen. – Aufgabe der Stadtplanung sollte es eigentlich auch sein, nicht nur den Städte- und Wohnungsbau zu planen; eigentlich sollten die Produktivkräfte geplant werden: Die Jagd der Politik nach immer neuen Investoren führe etwa dazu, dass München aus den Nähten platzt. Reziprog haben viele Städte im Osten und z.B. in Nordrhein-Westfalen massenhaft Arbeitsplatzmangel, dort stehen Wohnungen leer.

Sebastian Sage ergänzte aus Stuttgarter Sicht, dass die gewerbliche Planung in der Stadt in den Worten der städtischen Planer und den Standortentwicklern in den Unternehmen zwar ähnlich klinge, diese aber doch Unterschiedliches meinten: Während die städtischen Planer dem „romantischen Bild“ der engen räumlichen Verbindung von Wohnen und Arbeitsplätzen nachgingen, hätten die Unternehmen knallharte Anforderungen an ihre Standorte: reichlich Erweiterungsmöglichkeiten, Luft nach oben und zur Seite, Ellenbogenfreiheit – um mögliche Interventionen etwa aufgrund von Emissionen von vornherein zu vermeiden.

In Passau bestehe nach den Worten von *Friedrich Brugger* die erfreuliche Lage, dass es ihnen gelungen sei, auch jüngere Leute für das Stadtforum zu gewinnen. Dazu trage wohl auch die Wahl der Formate bei, etwa die aktivierende Methode der Menschenkette, die sie entlang der geplanten Hochwassermauer aufgestellt hatten. Die beiden Bürgerentscheide, die in Passau in jüngerer Zeit durchgeführt worden sind, gingen indes verloren, wenn auch nur erfreulich knapp: der Bürgerentscheid zugunsten eines Radltunnels ausschließlich für Fußgänger und Radfahrer und der Bürgerentscheid gegen ein Einkaufszentrum in der Innenstadt, für das vor allem die Randgemeinden votiert hätten.

Ein Fishbowl-Teilnehmer aus München beklagte die mangelnde Verknüpfung der Münchner Stadtplanung mit dem Umland sowie mit der Landes- und Bundesebene und fragte nach den Möglichkeiten, dieses zu verbessern.

Am Beispiel Wien zeigte *Lisa Purker* auf, dass die Zuständigkeitsverteilung dort noch komplexer sei als im Falle Münchens. Wien ist nicht nur – wie die kreisfreie Stadt München – von kleineren Gemeinden seines Umlands umgeben, sondern Wien ist

zugleich Stadt und Bundesland, das vom Bundesland Niederösterreich umgeben ist. Stadtgrenzenüberschreitend treffen hier Gemeinde-, Regional- und Landesplanung aufeinander, was die Koordinationsarbeit schwierig mache. Dass Wien und Niederösterreich von konkurrierenden Parteien regiert werden, mache die Sache nicht einfacher. „*Wir haben hier auch große Schwierigkeiten, wir kämpfen auch seit vielen Jahrzehnten mit dem gleichen Thema. ... Auch da haben wir noch keine wirklich gute Lösung gefunden, wie wir damit umgehen können. Und gleichzeitig ist es eines der wichtigsten Planungsfelder überhaupt für die Zukunft der Metropolregion Wien.*“ Dieser Übergang zwischen Stadt und Land sei der „*Battleground der Zukunft*“ – „*der Ort, wo Menschen zugezogen sind, die alle Vorteile der Stadt wahrnehmen wollten, ohne die Nachteile mit in Kauf zu nehmen. Jetzt holt sie die Stadt ein – die böse Stadt kommt dorthin, wo sie seit 50, 60 Jahren ihre Wohnungen haben.*“ Hier werden die Bewohner mit riesigen Veränderungen konfrontiert. In Beteiligungsprozessen gingen die Wogen deshalb sehr hoch.

Für die Räume Stuttgart und Dresden stellten *Sebastian Sage* und *Ditmar Hunger* ähnlich disperse, in ihren Zuständigkeiten gesplittete Planungszuständigkeiten fest. Ditmar Hunger verwies zudem auf die kommunal-, finanz-, steuer- und planungsrechtlichen Unwuchten und die Dominanz von Privateigentum und Investorenverhalten auf das Planungsgeschehen hin, was einer sinnvollen vertikalen und horizontalen Integration von Planungsebenen und Planungszielen entgegenstehe – er beschrieb es als „Kannibalismus durch das Planungsrecht“ zwischen Städten und Gemeinden. Es mangle an einer übergeordneten Planungsleitkultur. Das Klimathema könnte dazu zwingen, wieder übergreifender zu denken und zu handeln.

Ob Bürgerengagement zu Überforderungen oder Resignation führe? *Friedrich Brunner* legte dar, dass Überforderungen eintreten, wenn kleine Initiativen zu viele Themen aufgreifen. Erfolge ließen sich bei Konzentration auf einzelne Projekte erzielen, selbst wenn diese regionale Dimensionen haben. Oder man schließt sich aktiv größeren Initiativen an wie etwa dem „Bürgerbegehren gegen den Flächenfraß“ in Bayern – ein nur allzu berechtigtes Anliegen, wofür er Beispiele anführte. Das (juristische) Scheitern des Bürgerbegehrens habe bei vielen zu Resignation geführt, aber bei vielen auch, eine politische Umorientierung anzustoßen. Dies habe sich, seiner Beobachtung nach, auch im Ergebnis der Landtagswahl niedergeschlagen: Er wisse von CSU-Wählern, die aus Protest diesmal „grün“ gewählt hätten.

Der aufgeworfenen Frage, wer denn „die Macht“

in der repräsentativen Demokratie habe, wurde einerseits mit dem Besitz von „Geld“, von Kapital beantwortet, von dem Politik oft glaube, dass es in den Gemeinden schon gute Wirkungen entfalte, wenn man ihm nur den roten Teppich ausbreite (*Hunger*). Zum anderen wurde darauf verwiesen, dass bürgerschaftliches Engagement sich häufig selber im Wege stehe, weil es keine klaren Ziele entwickle oder sich Bürgerengagierte über Ziele streiten (*Sage, Brunner*).

Das führte die Moderatorin zu der Frage: Können deshalb Politik und Verwaltung mit den Bürgern „Schlitten fahren“?

Ja. Aus Dresden konnte *Ditmar Hunger* berichten, dass das geltende Planungsrecht in Deutschland per Stadtratsentscheidung so interpretiert wurde und werde, dass Bürgerbeteiligung erst *nach* Stadtratsbeschluss stattfinden dürfe, schließlich sei der Stadtrat ja das gewählte und deshalb einzig legitimierte Gremium für stadtrelevante Entscheidungen – was bedeute, dass Bürgerbeteiligung eigentlich nur noch kosmetische Wirkungen erzielen könne. Dazu komme, dass Planungsgrundlagen für Entscheidungen immer umfangreicher, komplizierter und die Pläne immer weniger selbsterklärend dargestellt werden, was ihre Lesbarkeit für ungeübte Bürger/innen immer schwieriger mache, andererseits aber mit Visualisierungen von Projekten den Bürger/innen – aber vielfach auch den überforderten Stadträten in ihren Gremien – vorgegaukelt werde, wie toll und schön diese doch würden.

Für Stuttgart relativierte *Sebastian Sage* diese Feststellung, indem er auf die Möglichkeit der vorgezogenen Bürgerinformation nach Baugesetzbuch hinwies. Sie werde auch praktiziert. Sie hätten als Stadtplanungsforum gute Kontakte in alle Parteien hinein, was ihnen frühe Informationen sichere. Er möchte dazu auffordern, „frecher zu sein“. Bestehende Instrumente, auch die der digitalen Visualisierungsmöglichkeiten, sollten im Interesse bürgerschaftlicher Informationsvermittlung genutzt werden.

Als weiterer Fishbowl-Teilnehmer aus dem Publikum kritisierte *Andreas Dorsch* vom Bündnis Gartenstadt/ Münchner Forum die mangelnde Bereitschaft der Münchner Planungsverwaltung und -politik, Gestaltungssatzungen als Instrument der Stadtplanung überhaupt zu nutzen und anzuwenden.

Die Frage, ob Politik und Verwaltung „mit den Bürgern Schlitten fahren“, bestätigte *Lisa Purker* insofern, dass viele Bürger/innen in Wien diesen Eindruck hätten, wobei sie relativierte, dass es vielfach nicht böser Wille sei, sondern dass in der Stadt, bei Politik und Verwaltung, das Selbstverständnis vorherrsche: „Wir wissen doch, wie es wirklich geht, nur Ihr, die Bürger/innen, versteht das nicht.“ Aber in Wien habe sich vor allem im letzten Jahr-

zehnt einiges in Richtung Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung getan. Wien hat seit einem Jahr eine im Internet veröffentlichte Vorhaben-Liste, die man sich als Beteiligungsinstrument an Heidelberg abgeschaut habe; zudem liegt seit 2012 ein städtisches Partizipations-Handbuch vor mit Regeln im Sinne des „good governance“, wie Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll; es gebe einen „Masterplan Partizipation“ mit Kriterien, bei welchen Planungen auf jeden Fall Bürgerbeteiligung stattzufinden habe; und kürzlich wurde eine Koordinations-Stabsstelle eingerichtet, die sich stadtweit mit Partizipation beschäftige. In Wien versuche man, so ihr Eindruck, bei strategischen Planungen zunehmend Bürgerbeteiligung durchzuführen und Menschen unmittelbar mit einzubeziehen – möglicherweise intensiver, als dies in München derzeit geschehe. Für die Weiterentwicklung von Stadtquartieren zu neuen Stadt(teil)zentren wurden sog. „Bürger*innen-Reden“ durchgeführt.

Solche Beteiligungsverfahren, darauf weist die Moderatorin hin, sind in München als „Bürgergutachten“ bekannt, wurden auch schon durchgeführt. Aber bei ihrer Umsetzung hapere es. Von solchen Umsetzungsproblemen wurde auch aus Passau, Dresden und Stuttgart berichtet.

Als weiterer Publikums-Teilnehmer in der Fishbowl-Arena brachte Stadtrat *Paul Bickelbacher* das Bürgergutachten zur Sprache, das jüngst für die Region München erstellt worden ist. Das wesentliche Ergebnis: die Bürger wollen in die Höhe bauen, um Flächen zu schonen, und weniger Autoverkehr in der Region. Woran es mangelt? Es fehle der Link zur Umsetzung. Die Politik will sich nicht erinnern, dass Vorschläge vorliegen, die Verwaltung sieht sich davon nicht beauftragt. Einen der Gründe des fehlenden Links benennt Sebastian Sage. Das große Problem sowohl in den politischen Auseinandersetzungen als auch in der Bürgerbeteiligung sei, dass die Planungsschritte zu groß, die Netzmaschen zu weit seien. Es fehlten die kleinen Zwischenschritte. Deswegen könne sich kein Gefühl der Kontinuität bei Planung und Umsetzung einstellen.

In der Schlussrunde, in der das unterschiedliche Selbstverständnis der drei Foren in Dresden, Passau und Stuttgart nochmals herausgestellt wurde, erhielt *Lisa Purker* das Schlusswort. Auf die Frage, ob auch Wien ein solches Forum benötige, verwies sie darauf, dass Gruppen aus dem Agenda-Prozess und Gebietsbetreuungen, vergleichbar dem Quartiersmanagement, zum Teil ähnliche Funktionen wahrnehmen, aber: „Foren, die wie die hier vertretenen die gesamte Stadt und sogar das Umland mit in den Blick nehmen – ja, das täte auch Wien sehr gut.“

Die Moderatorin beendete die Runde mit dem

Hinweis, dass es auch in Deutschland nur gut ein Dutzend solcher Stadtforen gibt, dass diese, wie man sieht, aber wichtige Arbeit leisteten – und, so ihr selbstbewusster Schlusspunkt, Bürgerforen eigentlich unverzichtbar seien.

Die Fishbowl-Diskussion fand in Kooperation mit dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung statt.

Dr. Detlev Sträter ist 1. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums.

Auf weitere 50 Jahre – Ein bunter Abend zum Abschluss

Klaus Bäumler

FOTO © RAINER WERTBÖCK



Abb. 1: Aktion der Schüler des Städtischen Berufsbildungszentrums 2015 auf dem Königsplatz.

Ich begrüße Sie auch im Namen meines Kollegen im Vorstand des Programmausschusses, Dr. Detlev Sträter, sehr herzlich, vor allem auch die Gäste, die heute angereist sind und an der Fishbowl-Diskussion teilgenommen haben.

Heute wollen wir gemeinsam das Geburtstagsfest „50 Jahre Münchner Forum“ unter dem Motto „Auf weitere 50 Jahre“ feiern, und dieses Fest ist zugleich ein „Bunter Abend“.

Was erwarten Sie von einem „Bunten Abend“? *Ein Bunter Abend ist eine Veranstaltung entweder in der Art einer Revue ohne Mitwirkung des Publikums oder in der Art eines geselligen Beisammenseins mit Gesellschaftstanz oder Gesellschaftsspielen. Gesellige Bunte Abende erfordern die Mitwirkung und Vorbereitung aller Beteiligten. Beliebt sind Beiträge wie Scharaden, Sketche, musikalische oder poetische Darbietungen. Eine gewisse Vorbereitung kann hilfreich sein, allerdings können Beiträge auch improvisiert werden.* So die Definition auf Wiki-

pedia. Sie können also gespannt sein, ob heute Abend diese Vorgaben erfüllt werden.

Unabhängig von dieser Definition des Begriffs „Bunter Abend“ liegt es zunächst nahe über den Begriff „Bunt“ und über Farben zu sprechen. Sie kennen alle den Slogan „München ist bunt“. Dieser Slogan ist mit Blick auf die Zukunft aktuell zu ergänzen: „München ist bunt und soll auch bunt bleiben.“

Bezogen auf das Münchner Forum, das Geburtstagskind, gilt der

Wunsch: „Das Münchner Forum war bunt, ist bunt und soll bunt bleiben – und das auch in den nächsten fünfzig Jahren.“

In diesem Zusammenhang ist eine Vision unserer Stadtbaurätin Elisabeth Merk zu erwähnen, mit einem unmittelbaren Bezug zu unserem bunten Thema: 2011 hatte Frau Merk die Vision: „München wird 2040 eine grüne Metropole sein.“ Was meinte sie damit? Es ist eher unwahrscheinlich, dass sich diese Vision mit Blick auf das Stadtgrün, das reale urbane Grün erfüllt, erfüllen wird. Als politische Aussage war diese Vision sicher nicht gewollt. Aber vielleicht ist die Vision „München 2040 eine grüne Metropole“ doch nicht ganz unrealistisch.

Nach diesem Blick auf die politische Färbung Münchens im Jahr 2040 eine Farbanalyse des Münchner Stadtrats der letzten fünfzig Jahre ab 1968:

- Es gab eine rein rote Phase, ohne rot-rot.
- Es gab eine kurze schwarze Phase.

- Es gab eine rot-grüne Phase mit Regenbogenakzenten.
- Und derzeit haben wir eine schwarz-rote oder auch rot-schwarze Phase.

Auf etwaige künftige Konstellationen wie Jamaika „gelb-schwarz-grün“ oder die Ampelfarben „rot-gelb-oranger-grün“, etwa im Jahr 2020, will ich hier nicht eingehen.

Bei einem Bunten Abend im Stadtmuseum ist ein Blick auf die Münchner Stadtfarben unverzichtbar. Die Stadtfarben sind schwarz-gelb bzw. schwarz-gold und dies seit dem 14. Jahrhundert. Es sind die Reichsfarben, die Farben des sog. Alten Reichs, es sind die Farben von Kaiser Ludwig dem Bayern. Die Münchner Stadtfarben erinnern daran, dass München damals Residenzstadt des Kaisers war. Sie erinnern daran, dass der Alte Hof seine traditionsreiche Residenz war.

Wie ist der Freistaat Bayern mit dem Alten Hof umgegangen? Wie hat sich das Münchner Forum vor wenigen Jahren in die Diskussion eingebracht und einen verantwortungsvollen Umgang des Freistaats Bayern mit diesem historischen Kulturerbe eingefordert? Das können Sie hier in der Ausstellung beim Themenbanner „Alter Hof“ nachlesen.

In diesen Tagen ist aus Anlass des Jubiläums „100 Jahre Freistaat Bayern 1918-2018“ und „200 Jahre Bayerische Verfassung 1818-2018“ auch auf die bayerischen Landesfarben einzugehen.

Weiß-Blau war die Landesfarbe des Königreichs Bayern, war die Landesfarbe der Wittelsbacher im

19. Jahrhundert. Weißblau war und ist die Landesfarbe des Freistaats Bayern nach 1918. Nur kurz wehten in Bayern die roten Fahnen im April 1919. In der NS-Zeit zwischen 1933 und 1945 wurden die weißblauen Fahnen nicht mehr aufgezogen.

Seit dem 1. Dezember 1946 sind die bayerischen Landesfarben Weiss-Blau durch Volksentscheid in der Bayerischen Verfassung verankert.

Zurück zum Geburtstagsfest des Münchner Forums. Was wäre ein Geburtstagsfest ohne Geschenke? Es gibt geplante Geschenke, es gibt ungeplante Geschenke.

Zwei ungeplante Geschenke aus Anlass unseres Jubiläums sind hier zu erwähnen.

Ein Jubiläumsgeschenk besonderer Art machte uns der Investor der Alten Akademie mit seinem Anspruch, den öffentlichen Raum der Arkaden um 400 qm zu reduzieren und damit seine Verkaufsfläche um 400 qm zu erweitern.

Dieser dreiste Anspruch verschafft uns Gelegenheit, die Bedeutung des Öffentlichen Raums in dieser Stadt herauszuarbeiten.

Dieser dreiste Anspruch gibt Gelegenheit, die Phalanx zur Verteidigung des Öffentlichen Raums auf breiter bürgerschaftlicher Plattform aufzubauen und die Verantwortung der gewählten Vertreter dieser Stadt einzufordern. Denn:

- „Der Öffentliche Raum der Arkaden der Alten Akademie ist Gemeingut der Bürgerschaft.“
- Der Öffentliche Raum der Alten Akademie ist daher unantastbar.
- Der Öffentliche Raum der Arkaden der Alten Akademie darf nicht verscherbelt werden.“

Ein zweites Jubiläumsgeschenk ist vorzustellen. Es ist ebenfalls in die Kategorie „ungeplante Geschenke“ einzuordnen. Exakt zur Eröffnung der Jubiläumswoche des Münchner Forums, am Dienstag, den 6. November, hat der Bauausschuss des Münchner Stadtrats die Einführung der sog. modifizierten Alternative 5 in der Maxvorstadt im Kunst- und Museumsquartier beschlossen.

Der Arbeitstitel „Modifizierte Alternative 5“ bedeutet im Klartext: „Auflösung des Einbahnstraßenpaars Theresien-/ Gabelsbergerstraße“ in einem Teilbereich ab dem Altstadttring/ Türkenstraße nach Westen. Das Einbahnstraßenpaar Gabelsberger-/ Theresienstraße war vor der Olympiade 1972 als „Provisorium“ geschaffen worden, um den Verkehr des Altstadttringtunnels „flüssig“ durch die Wohnquartiere der Maxvorstadt zu leiten.

Dieser Beschluss des Bauausschusses vom 6. November 2018 ist nicht nur ein Jubiläumsgeschenk an das Münchner Forum, es ist ein besonderes Geschenk der Stadtverwaltung und des Stadtrats an Dich, lieber Karl [Klühspies], als Gründungs-Initia-



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Abb. 2: Klaus Bäumler

tor des Münchner Forums.

Denn Du hast im Jahr 1966, also vor mehr als einem halben Jahrhundert, den „Plan K“ – den Plan Karl Klühspies – öffentlich gemacht. Der Plan K sah vor allem die Auflösung des Einbahnstraßenpaars zur Entlastung der Theresienstraße vor.

Im Jahr 1971, ein Jahr vor der Olympiade, hat der Stadtrat beschlossen, den Plan K nach der Olympiade einzuführen.

Ein Jahr nach der Olympiade beschloß der Stadtrat 1973 die „Nichteinführung des Plan K“.

Vor 38 Jahren, am 21. Mai 1980, hat der Stadtrat die Einführung des Plans K in Form der „Alternative 5“ beschlossen, aber bis heute nicht vollzogen.

Und nun, lieber Karl, soll aufgrund des Beschlusses vom 6. November 2018 Dein „Plan K“ tatsächlich in modifizierter Form realisiert werden.

Die CSU-Fraktion hat im Bauausschuss dagegen gestimmt. Stellt sich die Frage, wann nun mit der Umsetzung des Beschlusses vom 6. November 2018 begonnen wird. Diese Frage weist in die Zukunft über unser Jubiläumsjahr hinaus. Denn die zeitlichen Dimensionen sind, wie Sie gehört haben, großzügig bemessen.

Mit diesem Ausblick ende ich und wiederhole meinen persönlichen Geburtstagswunsch für das Münchner Forum: „Möge das Münchner Forum auch die nächsten 50 Jahre bunt bleiben“.

Und damit übergebe ich an Detlev Sträter zu seinen Worten „Für weitere 50 Jahre“.

Nachbemerkung

Die CSU-Stadtratsfraktion nutzte die Möglichkeiten der Geschäftsordnung des Münchner Stadtrats, den Beschluss des Bauausschusses vom 6. November 2018 doch noch zu Fall zu bringen. Am 12. November – zwei Tage nach dem Bunten Abend am 10. November – stellte die CSU-Fraktion einen sog. Nachprüfungsantrag. Damit kam der Beschluss des Bauausschusses zur Einführung der modifizierten Alternative 5 auf den Prüfstand der Vollversammlung vom 27. November 2018.

Die CSU-Fraktion hatte mit ihrer Initiative keinen Erfolg. Die Vollversammlung bestätigte mehrheitlich den Beschluss des Bauausschusses vom 6. November 2018.

Klaus Bäumler ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums.

Wir ziehen Bilanz: **Für weitere 50 Jahre**

DETLEV STRÄTER



FOTO © ROLF MANTLER

Abb. 1: Gäste der Abschlussfeier

Was sagt man nach so einem Tag, nach so einer Woche?

Erst einmal ein großes Danke. Danke an alle, die zum Gelingen dieser Jubiläumswoche beigetragen haben:

Danke an unsere Kooperationspartner und Förderer: das Münchner Stadtmuseum, die Landeshauptstadt München, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Doris-Wuppermann-Stiftung und weitere Unterstützer.

Danke an unsere heutigen Gäste aus anderen Städten: an Frau Lisa Purker aus Wien und die Mitstreiter Dittmar Hunger aus Dresden, Friedrich Brunner aus Passau, Sebastian Sage aus Stuttgart, die wie das Münchner Forum die Diskussionen um die Entwicklung ihrer Stadt mitprägen, und an unsere Mitdiskutanten.

Danke auch an unsere Gäste für ihr Interesse an den verschiedenen Veranstaltungen. Wir haben vor, die Ausstellung auch in verschiedenen Münchner Stadtbezirken zu zeigen und sie als kleine Broschüre nachlesbar zu machen.

Danke an alle, die unsere Auftaktveranstaltung am Dienstag aktiv mitgestaltet haben.

Ebenso gilt der Dank unseren Mitdiskutanten um das Thema „Gestaltungskraft Bürgerbeteiligung“ am vergangenen Mittwoch. Wir haben u.a. gesprochen über die Asymmetrie im Verhältnis von Investoren und planender Verwaltung auf der einen und den Kräften der Partizipation auf der anderen Seite. Haben darüber gesprochen, dass bürgerschaftliches Engagement in der Regel auf hochprofessionelle Investoren und eine hochprofessionelle planende Verwaltung trifft und wie man dieses Ungleichgewicht zumindest tendenziell abmildert.

Und am Donnerstag drehte es sich um das Thema „Jugend braucht Freiraum – München/ Stadt mitgestalten!“ mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Sie berichteten über gelungene, eigeninitiierte Projekte und die dabei positiv erfahrene Unterstützung. Wir hoffen, dass wir auf das Interesse der jungen Leute am Münchner Forum angemessen antworten werden.

Danke an alle, die die Stadtspaziergänge vorbereitet und durchgeführt haben und in der kommenden Woche noch leiten werden.

Danke schließlich an alle, die diese Woche mit vorbereitet haben im Münchner Forum. Sie alle einzeln anzusprechen, erlaubt die Zeit nicht. Aber ich möchte Frau Michaela Schier und alle Mitarbeiter/innen unserer Geschäftsstelle hervorheben und ihnen danken. Sie haben den Großteil der Vorbereitungsarbeit koordiniert und gestemmt.

50 Jahre Münchner Forum – im Nachhinein wird oftmals erst die Bedeutung erkennbar, die Ereignisse haben. Inzwischen ist weithin anerkannt, dass an der Gründung des Münchner Forums der Beginn der institutionalisierten Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik festgemacht werden kann.

Und dass es 5 Jahrzehnte nach seiner Gründung das Münchner Forum immer noch gibt, ist – so glaube ich – vor allem den Gründern des Münchner Forums, nämlich Karl Klühspies und seinen Mitstreitern aus dem Münchner Bauforum und dem damaligen Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel zu verdanken. Sie haben dafür gesorgt, dass in der organisatorischen Struktur des Forums neben dem Vorstand des Vereins noch ein Programmausschuss installiert wurde. Der Programmausschuss kann relativ unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen der Mitglieder im Verein die inhaltliche Arbeit bestimmen. Denn zu den Mitgliedern des Vereins gehören

auch einflussreiche Akteure der Stadt, u.a. die Landeshauptstadt selbst, die einen großen Teil der Mittel beisteuern, über die sich das Forum finanziert. Und in der Vergangenheit hat es immer wieder Versuche gegeben, das unbotmäßige Forum über das Drehen an der Einnahmenschraube zu disziplinieren oder dieses anzudrohen.



Abb. 2: Karl und Marieluise Klühspies

„Man beißt nicht die Hand, die einen füttert“, so hört man des Öfteren. Das ist aber, so meine ich, nicht das richtige Bild. Das Münchner Forum ist ein Diskussionsforum für Entwicklungsfragen. Das bedeutet aber nicht, dass das Forum ein planungspolitischer Eunuch ist, der keine Meinung zu konkreten Maßnahmen hat. Kritik ist das Lebenselixier des Münchner Forums. Wenn das Forum seine Kritikfähigkeit verliert aus Angst vor finanziellen Einbußen, dann verliert es seine Existenzberechtigung. Das Forum ist nur denkbar als kritische Instanz in allen Fragen der Stadtentwicklung.

Und man muss sich klar machen: bürgerschaftliche Beteiligung, Partizipation, bürgerschaftliches Engagement ist keine Einbahnstraße und keine Selbstverständlichkeit. Selbst wenn es den Anschein hat, dass Bürgerbeteiligung entgegen früheren Jahrzehnten eine mehr oder minder feste Größe in Planungsprozessen geworden ist.

Beteiligung muss immer wieder neu erkämpft werden.

Genau gestern vor hundert Jahren, am 9. November 1918 wurde mit dem Ende des 1. Weltkriegs in der Novemberrevolution die Republik in Deutschland ausgerufen, in Bayern wurde die Räterepublik an Stelle der Monarchie erstritten, das Wittelsbacher-Königshaus wurde vertrieben. Das Dreiklassenwahlrecht wurde abgeschafft und das Frauenwahlrecht eingeführt.

Die junge Demokratie wurde von Anfang an bekämpft. Genau fünf Jahre später, am 9. November im Jahre 1923, fand der Hitler-Ludendorff-Putsch hier in München statt mit dem Marsch vom Bürgerbräu-



Abb. 3: Improvisationstheater „Impro a la turka“

keller zur Feldherrnhalle – nicht weit von diesem Ort. Die Folgen des deutschen Faschismus, der 1933 die Weimarer Demokratie nach 14 Jahren abschaffte, sind bis heute nicht überwunden. Der demokratische Neuanfang nach dem 2. Weltkrieg stabilisierte dann eine zwei bis drei Jahrzehnte andauernde Phase der Sozialstaatlichkeit. Diese wird seither wirtschaftsideologisch vom Neoliberalismus, politisch von einem in vielen Ländern um sich greifenden Autoritarismus seit etwa den 1980er Jahren bekämpft. Die Folgen sind: eine sich vertiefende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich – mit Merkmalen einer egomanen Ellenbogengesellschaft mit all ihren antidemokratischen Verzerrungen.

Will sagen: Wenn wir für mehr Bürgerbeteiligung eintreten, dann müssen wir vor allem darauf achten, dass die demokratischen Kräfte gestärkt und die antidemokratischen, autoritären Kräfte zurückgedrängt

werden. Bürgerbeteiligung in einem autoritären politischen Umfeld ist meines Erachtens nicht denkbar.

Deswegen: Wenn wir wollen, dass das Münchner Forum weitere 50 Jahre überstehen soll und aktiv bleiben kann, müssen wir das sich verändernde wirtschaftliche, politische und soziale Umfeld im Auge haben und dies weit stärker ins Kalkül ziehen, als wir es in der Vergangenheit getan haben. Das bedeutet auch: neue Themen aufgreifen, neue Arbeitsweisen entwickeln, Kooperationen verstärken.

Wenn wir den Termin der 100-Jahr-Feier des Münchner Forums im Jahre 2068 ins Auge

fassen, dann möchte ich mich allerdings schon heute für mein Fehlen entschuldigen. Aber: Auf dem Wege dahin sollten wir, gemeinsam mit allen Kräften und Organisationen, die ebenfalls für ein solidarisches Gemeinwesen Stadt eintreten, uns kritisch mit den Entwicklungen in München, Bayern, Deutschland und der Welt auseinandersetzen.

Aber nicht mehr heute Abend: Ich darf Sie, ich darf Euch und uns alle zu unserem Feier-Abend „Auf weitere 50 Jahre!“ einladen, zum unterhaltsamen Auftritt des Improvisationstheaters „Impro a la turka“, zu freundschaftlichem Beisammensein und guten Gesprächen bei Essen und Trinken.

Willkommen zum Abschluss unseres Jubiläums.

Dr. Detlev Sträter ist 1. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums.



Abb. 4: Die Ausstellung und Gäste des Münchner Forums im Saal des Münchner Stadtmuseums.

München zu Fuß – Informationen im Vorbeigehen. Die Stadtpaziergänge des Münchner Forums und weitere Touren

ANNE PLEUSER UND CHRISTIAN GREILINGER
MIT BEITRÄGEN VON ERNADETTE FELSCH UND FRANZ SCHIERMEIER

Im Rahmen des fünfzigjährigen Bestehens offerierte das Münchner Forum auch Stadttouren, die an Stadtfragen Interessierten Möglichkeiten bot, informatives Hintergrundwissen direkt vor Ort zu erhalten. Insgesamt wurden neun Spaziergänge sowie eine Bus- und eine Radltour angeboten, die angesichts der jahreszeitlich bedingt früh einsetzenden Dämmerung auf den frühen Nachmittag terminiert waren. Wenngleich sie vor allem für Berufstätige dennoch zeitlich relativ ungünstig lagen, waren sie aber dank des hervorragend mitspielenden Wetters und der spannenden Themen gut besucht.

Kunstareal: Verschlungene Wege zur Kunst, Kultur und viel Geld

(28. Oktober 2018): *Martin Fürstenberg* führte beim Spaziergang durch das Kunstareal die Besucher/innen durch den Bereich der Pinakotheken. Wesentlich war dabei das vom Münchner Forum seit langem mitverfolgte Thema, wie das Kunstareal mit dem restlichen Stadtteil und der Altstadt besser zu verbinden sei. Im Jahr 2013 wurde ein Bürgergutachten erarbeitet, das erste sichtbare Änderungen erwirkt hat.

Wer beherrscht die Stadt?

(3. November 2018): Unter diesem Motto führten *Bernadette Felsch, Klaus Bäumler, Detlev Sträter* und *Karl-Hans Pauli* die Teilnehmer/innen zu Orten in der Innenstadt, anhand derer Nutzungskonflikte in der Stadtentwicklung und die ihnen zugrunde liegenden Macht- und Verwertungsinteressen plausibel demonstriert wurden. Über 30 Interessierte erfuhren von *Klaus Bäumler* am Startpunkt, der historisch äußerst bedeutsam *Alten Akademie* in der Neuhauser Straße, dass dieser Renaissance-Gebäudekomplex im 16. Jahrhundert ein Jesuitenkolleg, später die Bayerische Akademie der Wissenschaften und die Akademie der bildenden Künste beheimatete. Im 2. Weltkrieg schwer beschädigt, beherbergte er nach dem Wiederaufbau bis 2006 u.a. das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und das Kaufhaus

Hettlage. 2013 hat der Freistaat Bayern als Eigentümer den genannten Teilkomplex der Alten Akademie auf 65 Jahre in Erbpacht an die Wiener SIGNA vergeben. Nach Vertragsabschluss erhebt die SIGNA Anspruch auf die den ehem. Kaufhauskomplex umlaufenden Arkadenflächen, die planungsrechtlich und vertraglich Teil des öffentlichen Raumes der Fußgängerzone sind, und strebt ihre erhebliche Reduzierung zugunsten der Erweiterung von Verkaufsflächen an. Der Stadtrat hat mehrheitlich diesem Begehrt des Investors zugestimmt und das Planungsreferat mit der Änderung des Bebauungsplans beauftragt. In der Stadtöffentlichkeit erhebt sich Widerstand gegen die Reduzierung des Öffentlichen Raums der Fußgängerzone, den auch das Münchner Forum unterstützt. Eine B-Plan-Änderung verschafft dem Investor über die Laufzeit des Pachtvertrags zusätzliche Gewinne in mehrstelliger Millionenhöhe, hätte eine empfindli-



Abb. 1: Stadtpaziergang „Wer beherrscht die Stadt?“ vorne Mitte Bernadette Felsch

FOTO © MÜNCHNER FORUM

che Einschnürung der Fußgängerzone zur Folge und könnte andere Eigentümer von Arkaden-Immobilien in der Innenstadt dazu anregen, diese Arkaden ebenfalls zu schließen.

Zum nächsten Ort, dem sog. *Sattlerplatz* mit dem Hirmer-Parkhaus führte *Bernadette Felsch*. Dieser kurze Straßenraum erhielt vor kurzem die offizielle Bezeichnung Georg-Kronawitter-Platz, benannt nach dem Münchner Alt-OB. Er stellt die Wegeverbindung zwischen den Einkaufspassagen Kaufinger Tor und Hofstatt her und dient vor allem als Zufahrt zum sog. Hirmer-Parkhaus. Dieses ist auch zu Geschäftszeiten nie ausgelastet und inzwischen in die Jahre gekommen. Grundeigentümerin des Gesamtareals ist die Landeshauptstadt München, die beschlossen hat, das Parkhaus abzureißen und das Gesamtareal neu zu gestalten. In der Bürgerschaft, auch in der Architektenschaft hat es in den vergangenen Jahren immer wieder Stimmen gegeben, dieses letzte freie „Filetstück“ in der Münchner Innenstadt für öffentliche Nutzungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vorzubehalten, was auch vom Münchner Forum unterstützt wird. Zahlreiche Studien und Vorschläge von Architekturstudierenden aus München und Innsbruck zu gemeinwohlorientierten und kulturellen Nachnutzungsmöglichkeiten liegen vor. Eine öffentliche Bürgerbeteiligung zur Frage der Nutzung und Gestaltung des neuen Sattlerplatzes fand nicht statt. Stattdessen aber ein Ausschreibungsverfahren, im Zuge dessen ausschließlich die beiden Nachbareigentümer, die Firmen Inselkammer und die Hirmer-Immobilien-Gesellschaft, zum Zuge kamen. In deren Interesse werden die Flächen nun neu arrondiert, um ihre angrenzenden Immobilien zu erweitern. Sie haben bereits das Büro des britischen Stararchitekten Sir Norman Foster beauftragt, das Gelände im Zusammenhang mit dem Georg-Kronawitter-Platz zu gestalten. Es ist zu befürchten, dass sich hier eine Entwicklung wiederholt, wie sie auf dem angrenzenden ehemaligen Grundstück des Süddeutschen Verlags ablesbar ist: Nach dessen Auszug wurde das Gelände mit hochpreisigen Ladenflächen und Wohnungen umgestaltet und zum Teil neu bebaut. Gemeinwohl ade.

Als ein gelungenes Beispiel der Stadtentwicklung präsentierte *Karl-Hans Pauli* den *Sankt-Jakobs-Platz*, der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Münchner Stadtmuseum und dem Kloster der Armen Schulschwestern gelegen die Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), deren Gemeindezentrum und das (städtische) Jüdische Museum beheimatet. Aufgrund des hohen Sicherheitsbedürfnisses der IKG – berechtigt, wie u.a. Anschlagpläne der Münchner Neonazi-Szene zeigen – war ursprünglich geplant, den Platz hermetisch abzuriegeln. Dank Pol-

lern und unterirdischer Verbindungsgänge zwischen den einzelnen Gebäuden wurde eine Lösung gefunden, mit der der Platz begehb- und mit dem Fahrrad befahrbar blieb. Auch die Architektur der Synagoge, deren Sockel an die Klagemauer in Jerusalem erinnert, findet hohe Anerkennung.

Als besonders ärgerliches Beispiel für Gentrifizierung stellte *Detlev Sträter* das ehemalige Heizkraftwerk an der *Müllerstraße 7* vor, das heute den Namen „The Seven“ trägt. Die Stadtwerke München



Abb. 2: Müllerstraße 7 = The Seven

(SWM) verkauften diesen Gebäudekomplex vor-schnell an einen Investor, der hier sehr hochpreisige Luxuswohnungen mit Concierge-Service errichtete, ohne die Nutzungsansprüche städtischer Verwaltungen und aus der Bürgerschaft mitzuregeln. Die Bitte aus der Bürgerschaft, im obersten Geschoss ein Café einzurichten, damit nicht nur, wie jetzt, die Eigentümer der oberen Wohnungen den Ausblick über München und auf die Alpenkette genießen können, wurde demonstrativ abgelehnt. Die Eigentümerschaft scheint hier inmitten des lebhaften Stadtviertels ein großes Abschottungsbedürfnis zu haben, wie die Einzäunung des Geländes, eine „gated community“, zeigt. Auch die als öffentlicher Spielplatz ausgewiesene Grünfläche vor dem Anwesen war „der Einfachheit halber“ zunächst von der neuen Eigentümergemeinschaft mit eingezäunt und so „privatisiert“ worden, und erst nach Hinweisen aus dem Münchner Forum und auf Intervention der Lokalbau-

kommission wurden die Gartentore geöffnet und die Grünflächen zumindest tagsüber wieder zugänglich. Besonders pikant ist, dass die Stadt München die Flächen für einen dringend benötigten und eigentlich schon lange dort vorgesehenen Kindergarten vom Investor für mehrere Millionen Euro zurückkaufen musste – städtisches Geld, das man hätte einsparen können, wenn die Tochter der Stadt, die SWM, diese Immobilie nicht einfach gewinnmaximierend, ohne Rücksicht auf Planungsbelange der Stadt, „verscherbelt“ hätte.

Zum Schluss der fast dreistündigen Führung besuchte die Gruppe das „*Bellevue di Monaco*“, eine genossenschaftlich organisierte Wohnstätte für geflüchtete Menschen, vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, in einem von der Stadt München



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Abb. 3: „Bellevue di Monaco“

gepachtetes Anwesen an der Müllerstraße. Bellevue-Mitinitiator *Grisi Ganzer* erläuterte: Die Stadt wollte die bestehenden drei Gebäude 2013 eigentlich abreißen und hier Wohnungen neu errichten (mit unmittelbarer Blickbeziehung auf „The Seven“, diesmal für weniger betuchte Menschen). Das geplante Bauvorhaben hätte auch den Bolzplatz der benachbarten Glockenbachwerkstatt tangiert; hieran entzündeten sich erste Proteste. Die Kritik bezog auch rasch den geplanten Abriss der Gebäude mit ein. Aktivisten der Initiative „Goldgrund“ renovierten in einer filmisch dokumentierten Blitzaktion (siehe <https://www.youtube.com/watch?v=tBk2HdyuzB0>) mit Unterstützung von Prominenten wie Dieter Hildebrandt, Luise Kinseher und den Sportfreunden Stiller eine der Wohnungen, um zu zeigen, dass der Abriss nicht, wie behauptet, zwingend erforderlich sei. Die Bürgerproteste zeigten Erfolg: Die Gebäude blieben stehen, wurden an die Initiative „Bellevue di Monaco“ verpachtet und von dieser renoviert. Heute betreibt die als „Sozialgenossenschaft“ geführte Initiative neben mehreren Wohngemeinschaften und Familien-

wohnungen für Geflüchtete hier auch ein Café und Veranstaltungsräume (einen weiteren Beitrag hierzu finden Sie auf S. 51).

Die Beispiele zeigen: Meist beherrscht das große Geld die Stadtentwicklung – die Positivbeispiele zeigen aber auch, dass es anders gehen kann und dass Initiativen im Gemeinwohl durchaus machbar sind.
BERNADETTE-JULIA FELSCH.

Isarlust. Die Wiederentdeckung des innerstädtischen Isarraums

(6. November 2018): Bei strahlendem Sonnenschein beschäftigten sich *Wolfgang Czisch* und *Benjamin David* auf ihrem Spaziergang mit dem Thema der *Isar*. Die Museumsinsel bietet eine perfekte, anschauliche Gegenüberstellung, wie unterschiedlich die *Isar* in München auftritt. Auf der einen Seite bietet der künstliche Isarkanal Schutz vor Hochwasser, auf der anderen Seite stellt die kleine *Isar* noch einen natürlichen Lebensraum dar, in dem sich Fische tummeln und mit etwas Glück noch Biber zu sehen sind. Auch Themen wie das geplante Isarflussbad oder der Kulturstrand beschäftigte die Zuhörenden – und somit die Frage, ob man die *Isar* als einzigartigen Wildfluss kommerzialisieren dürfe.

Maxvorstadt, Münchens erste Tochter

(7. November 2018): Die *Maxvorstadt* ist Münchens erste planmäßige Stadterweiterung, auffallend ist sein rechtwinkliges, schachbrettartiges Straßennmuster. *Oskar Holl* führte die Teilnehmenden auf einem historisch-architektonischen Rundgang zu den Highlights, den Pinakotheken und die Technische Universität, lenkte aber auch das Auge auf Details und zeigte den Teilnehmenden einige versteckt gelegene denkmalgeschützte Gebäude, die im hektischen Alltag oft übersehen werden.

Der Viktualienmarkt. Wie Bürgerinnen und Bürger ihn behutsam erneuern wollen

(8. November 2018): Der *Viktualienmarkt* gehört zu München wie süßer Senf zur Weißwurst. Allerdings sind inzwischen hygienische und technische Mängel aufgetreten, die behoben werden müssen. Gleichzeitig sollen Erneuerungen stattfinden. Deswegen fand 2017 ein Bürgergutachten statt. *Hilmar Sturm*, der für dieses Verfahren wissenschaftlich verantwortliche Leiter, erläuterte beim Spaziergang über den Viktualienmarkt, wie so ein Bürgergutachten abläuft – vom Auswahlverfahren bis hin zur Übergabe der Ergebnisse an den Stadtrat. Der Umbau soll „Behutsam. Sanft. Liebevoll.“ geschehen, der Charakter erhalten bleiben. Die seit 700 Jahren dort bestehende Metzgerzeile bleibt unangetastet, die Markt-Abschnitte I & III gelten als Vorbild. Die größten Änderungen

finden in Abschnitt II statt, wo ein geräumiger Keller gebaut wird. Dadurch wird Platz für Lagerräume und sanitäre Einrichtungen geschaffen, und die provisorischen „Zelt-Anbauten“ der Stände können verschwinden.

München laut und leise

(9. November 2018): Unter der Leitung von *Gunhild Preuß-Bayer* machten sich Interessierte mit Schallpegelmessgeräten „bewaffnet“ auf, um einerseits den städtischen Lärm, andererseits auch Oasen der Ruhe in der Isarvorstadt zu erkunden. Durch den städtischen Lärminderungsplan sind zwar schon Verbesserungen eingetreten, alle Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an den Lärmaktionsplan konnten allerdings noch nicht erfüllt werden.

Volksbad, Isarinseln und Maximiliansanlagen

(11. November 2018): An einem sonnenverwöhnten Herbsttag widmete sich *Dieter Klein* mit seinen Zuhörenden der Gegend rund um das Volksbad und die *Maximiliansanlagen*. Das Gasteig und das im Bau befindliche Sudetendeutsche Museum, beide auf dem Isarhochufer platziert, stehen sinnbildlich für eine verpasste städtebauliche Chance: ihre Lage bietet einen wunderbaren Blick über die Stadt, ein Café im Dachgeschoss könnte ein Gästemagnet sein – stattdessen: fensterlose Architektur und ein Café im Erdgeschoss ohne Ausblick. Auch der seit Jahren wuchernde Wildwuchs am Panoramaweg entlang oberhalb der Isar behindert den Blick auf die Stadt und den Fluss. Spaziert man durch die Parkanlagen unterhalb des Maximilianeums, trifft man auf das Turbinenhaus des alte Maximilianswerks, kurz auch: Maxwerk, einem Laufwasserkraftwerk am Ende des Auer Mühlbachs, „verziert“ mit Graffiti und eingeschlagenen Fenstern (s. Beitrag „Gastronomie im Maxwerk ...“ auf S. 39).

Nahmobilität in der Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt

(11. November 2018): Der Spaziergang, geleitet von *Paul Bickelbacher*, beschäftigte sich mit einem aktuellen Thema – der *Nahmobilität* in der Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt. 2001 wurde ein Nahmobilitätskonzept für das Viertel erstellt, Bürger konnten in eine Karte verbesserungsbedürftige Brennpunkte eintragen. Doch die Sichtung der Materialien und die bürokratischen Hürden nahmen Zeit und personelle Kapazität in Anspruch. Erst 40 Prozent der Maßnahmen sind heute, 17 Jahre später, umgesetzt. Besonders im Vordergrund steht dabei der Konflikt zwischen Fahrrad und Fußgängern sowie Fahrrad und Auto, stets abhängig vom Verlauf des Fahrradweges. Die Route führte unter anderem an einer neuen Mo-

bilitätsstation vorbei, an der diverse Sharing-Angebote vereint sind, sowie an die Wittelsbacherstraße, wo ein möglicher Steg über die Isar das Wohngebiet rund um die Klenzestraße mit den Frühlingsanlagen auf der anderen Isarseite verbinden könnte.

Gärtnerplatz und Glockenbachviertel

(16. November 2018): Zum Abschluss der Stadtspaziergangsreihe des Münchner Forums konnten Interessierte das Gebiet rund um den *Gärtnerplatz* mit *Dieter Klein* erkunden. Der Gärtnerplatz gehört zu den beliebtesten Plätzen in München, was jedoch vor allem abends und an den Wochenenden in der warmen Jahreszeit zu Konflikten mit den Anwohnern führt. Bei einem Gang durch die Straßen des Glockenbachviertels konnten die den eisigen Temperaturen trotzensen Mitspazierenden einiges über die Architektur der Jahrhundertwende lernen. Oft zeigen kleine Unterschiede an, ob es sich noch um die ursprüngliche Bausubstanz handelt – oder ob nachträglich Veränderungen vorgenommen wurden.

Münchner Forum on tour: Orte des bürger-schaftlichen Widerstands in München

(10. November 2018): Die Idee zur Bus-Tour geht zurück auf ein Gespräch mit Martin Fochler im November 2015. Nachdem das Buch von Karl Klühspies „München NICHT wie geplant“, herausgegeben vom Münchner Forum erschienen war, überlegten wir, eine Exkursion zu den Orten zu organisieren, die im Buch eine wesentliche Rolle spielen – mit einem klassischen Touristen-Bus mit Oberdeck. Geworden ist es schließlich ein MVG-Gelenkbus mit stolzen 18 Metern Länge – nicht mehr ganz so praktisch beim Ansteuern der einzelnen Ziele, aber der freundliche MVG-Fahrer hat alle Schwierigkeiten genial gemeistert. „Forum on tour“ wurde Teil des umfangreichen Begleitprogramms zur Ausstellung „Wir alle sind München“ und erhielt eine finanzielle Unterstützung des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung.

Von der MVG-Bushaltestelle vor dem Stadtmuse-



Abb. 4: Im Bus von links: Schiermeier, Bäumler, Klühspies

FOTO © MÜNCHNER FORUM

um ging es entlang des geplanten Altstadtrings Süd am Viktualienmarkt vorbei – hier war eine aufgeständerte, vierspurige Trasse geplant – zum Karl-Scharnagl-Ring. Die kollektive Reiseleitung: *Gerhard Meighörner, Klaus Bäumler, Franz Schiermeier* und der Mitbegründer des Münchner Forums *Karl Klühspies* verwies auf den umstrittenen Bau der Staatskanzlei und die Untertunnelung des Prinz-Carl-Palais‘ für den Altstadtring, einer der maßgeblichen Auslöser für den Beginn des bürgerschaftlichen Widerstands in München gegen die verkehrspolitischen Maßnahmen zu einer autogerechten Stadt und damit auch für die Gründung des Münchner Forums.

Nächstes Ziel: Ifflandstraße und der geplante Bau der Isarparallele – vierspurig entlang der Isar bis hinunter zur Isartalstraße und kreuzungsfrei an allen Brücken, quasi eine komplette Zerstörung des linken Uferbereichs. Der einzige ausgeführte Bauabschnitt an der Ifflandstraße hatte damals selbst den Stadtrat in Erschrecken versetzt und unmittelbar überzeugt – der Rest der Trasse blieb im Planschrank.

Durch den Englischen Garten (nochmal danke an den Fahrer) mit Kurzvortrag von *Klaus Bäumler* zum Thema „Durchquerung des Englischen Gartens“ zur Seidlvilla am Nikolaiplatz. Man muss nicht lange im wunderbaren Garten der Seidlvilla stehen, um zu erkennen, dass man den vielen Bürgerinnen und Bürgern und dem Münchner Forum zu danken hat, die damals gegen einen bestehenden Stadtratsbeschluss auf die Straße gegangen sind und letztlich eine Bebauung des Areals und den Erhalt der Villa erkämpft haben.

Durch die Maxvorstadt (Bürgerinitiative Maxvorstadt und Kunstareal) an der großartigen Inszenierung von Walter Kuhn zur 100jährigen Wiederkehr des Endes des Ersten Weltkriegs vorbei Richtung Hauptbahnhof (Bebauung nördlicher Hauptbahnhof) mit einem kurzen Halt in der Hopfenstraße und einer Besichtigung des vor kurzem hier aufgestellten Bronzemodells des königlichen Verkehrsministeriums vor dessen wenigen verbliebenen baulichen Resten.

Der weitere Weg Richtung Schwanthalerhöhe folgt



FOTO © MÜNCHNER FORUM

Abb. 5: Bronzemodell des königlichen Verkehrsministeriums

weitgehend dem Zug der Revolutionäre um Kurt Eisner vom 7. November 1918, fast genau hundert Jahre früher – wenn auch in umgekehrter Richtung. Ziel ist die Trappentreustraße und der Tunnel darunter, der von den Bewohnerinnen und Bewohnern im Westend erstritten wurde – die alternative Planung hätte das Viertel mit einer aufgeständerten vierspurigen Verkehrsstraße regelrecht durchschnitten. Nach den Sanierungen der 1980er und 1990er Jahre ist das Westend heute mit seinem hohen Anteil an genossenschaftlichen Wohnungen einer der lebenswertesten Stadtteile – wenngleich auch hier die Gentrifizierung droht.

Über die Plinganserstraße durch Untersending mit dem Hinweis auf die Verkehrsplanungen zum erfolgreich verhinderten Sendlinger-Berg-Durchbruch zur Großmarkthalle und zum Schlachthofviertel (Themen des Münchner Forums: Zukunft Großmarkthalle und Zukunft Schlachthof). Und schließlich entlang der Isar am Europäischen Patentamt vorbei. Hier ist das Münchner Forum gescheitert: Das Europäische Patentamt wurde an der Isar gebaut – trotz anderer Standort-Möglichkeiten und trotz der heftigen Proteste der Bürgerinnen und Bürger.

Auch an dieser Stelle noch einmal Danke an die begleitenden „Reiseleiter“ *Karl Klühspies, Gerhard Meighörner* und *Klaus Bäumler*, an den Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung und an die MVG und ihren Fahrer.

FRANZ SCHIERMEIER

Grünes München. Wirklichkeit – verpasste Möglichkeiten – Vernetzungschancen

(18. November 2018): Auch kein Stadtpaziergang, aber eine Radl-Exkursion unter Leitung von *Rolf Mantler* zeigte viele positive Beispiele für Grünareale in München und ihre Vernetzung untereinander auf, verwies aber auch auf weitere Möglichkeiten, die Bedingungen der Grünvernetzung in den Quartieren der Stadt nachhaltig zu verbessern.

Alles in allem waren es spannende drei Wochen, angefüllt mit vielen interessanten Spaziergängen sowie einer Radl- und Bustour rund um die Jubiläumswoche des Münchner Forums, die auf vielfältige positive Resonanz trafen. Dieses Feedback wird das Münchner Forum darin bestärken, das Format „Stadtpaziergang“ und „Stadttour“ zukünftig fester ins Veranstaltungsrepertoire aufzunehmen und weiterzuentwickeln – damit Interessierte weiterhin die schönen, aber auch verbesserungswürdigen Ecken Münchens kennenlernen können.

Anne Pleuser ist Geographin mit dem Abschluss Bachelor, *Christian Greiling* ist Geograph mit dem Abschluss Bachelor. Beide waren bis Ende 2018 für mehrere Monate Praktikanten in der Geschäftsstelle des Münchner Forums.

O-Töne unserer Gäste: zitiert aus dem Gästebuch der Ausstellung, der Feedback-Umfrage sowie aus Interviews mit Besucherinnen und Besuchern.

„Die Ausstellung hat mir sehr gut gefallen, weil sie aufgezeigt hat, wie viel das Münchner Forum in den 50 Jahren sich eingemischt hat und das ist sehr wichtig.“

„Weiter so, nicht lockerlassen, dran bleiben!“

„Die Veranstaltung ist eine großartige Hommage an diese einmalige Institution und ihre ausdauernden Aktivist:innen.“

„Weiter so. Ich war begeistert von der Bustour. Unbedingt wieder anbieten.“

„Der Marktpaziergang mit Herrn Sturm hat alles nochmal aufgefrischt, teilweise auch Neues vermittelt und mit seiner angenehmen Art hat es wirklich Spaß gemacht. Die Führung mit den Kopfhörern war sehr entspannend und die Kaffee-Einladung am Ende eine echt super-nette Überraschung!“

„Die Festveranstaltung war ernsthaft, reflektiert, würdig, mit Empathie und noch dazu voller Witz verbunden mit Sachverstand – eine große Würdigung für das Münchner Forum.“

„Es ist schade, dass eine so großartig und aufwendig erstellte Ausstellung über die verdienstvolle Arbeit des Münchner Forums nur so wenige Tage gezeigt wird.“

„Für die Zukunft wünsche ich dem Forum weiterhin viel Energie und viele engagierte Mitwirkende und insbesondere, dass es gelingt, jüngere Mitstreiter/-innen zu gewinnen.“

„Ich fand es toll, durch die Ausstellung überhaupt erst von der Arbeit des Münchner Forums zu erfahren und war von seinem Einsatz in unserer schönen Stadt sehr beeindruckt – ganz tolle Arbeit, vielen Dank!“

„Die Ausstellung war ein guter Rückblick auf Jahrzehnte neuere Stadtgeschichte und zeigt die Vielfalt der Themen und die Unverzichtbarkeit des Münchner Forums auf.“

„Es wurde einem wieder die Augen geöffnet dahingehend, einmal zu sehen, wie schön unsere Stadt München ist und andererseits, was alles dafür getan werden muss. Großer Respekt!“

„Es war schön, dass bei der Bustour die „Akteure des Widerstands“ dabei waren. Auch fand ich die Unterschiedlichkeit der ausgewählten Orte interessant. Die Tour hat gezeigt und dadurch auch ermutigt, dass bürgerschaftliches Engagement und kritische Begleitung von Bauvorhaben durchaus Erfolg haben kann. Vielen Dank dafür!“

„Ich bin an Orte gekommen, die ich vorher noch nicht kannte. Es war ein unterhaltsamer, schöner Spaziergang bei herrlichem Herbstwetter.“

„Die Konzeption der Bustour mit der Fahrstrecke und den wichtigen Orten und Plätzen war exzellent!“

„Besonders gut fand ich die Vielfalt der aufgezeigten Themen sowie den Tiefgang der Darstellungen. Ich habe viel gelernt.“

„**BITTE** weiter so klar, kritisch, kompromisslos und selbstbewusst für die bürgerschaftlichen Belange und Entwicklungen dieser Stadt einsetzen. **DANK** der zukunftsfähigen, nachhaltigen und fundierten Ideen und Anregungen des Münchner Forums ist's mir um ein lebens- und liebenswertes München nicht so bange. Bleiben Sie widerständig! Die dafür nötige Energie und ein kraftvolles Durchhaltevermögen wünsche ich dem Münchner Forum.“

„Ich finde die Ausstellung sehr informativ und finde es wirklich beachtlich, wie viel politische Arbeit da vom Münchner Forum geleistet wurde.“

„Die Erläuterungen waren interessant und informativ und dennoch lebendig und engagiert vorgetragen und gut verständlich.“

„Mich bewegt einfach, was sich in der Stadt entwickelt und da ist das Münchner Forum die ideale Möglichkeit sich kundig zu machen.“

„Die Einbindung der jungen Menschen bei der Veranstaltung Jugend braucht FreiRaum war sehr gelungen. Insgesamt waren sowohl der Vortrag von Prof. Deinet als auch die Beiträge der Podiumsteilnehmenden äußerst informativ, anregend für weitere Reflektionen und Aktivitäten sowie sehr spannend zu verfolgen. Eine rundum gelungene Veranstaltung, die es in solch einer Form öfter geben sollte. Den Beiträgen aus dem Publikum nach erschien mir, dass hier zusätzlich viel Fachkompetenz anwesend war und so die Veranstaltung zusätzlich bereichert wurde.“

„Vielen Dank für das Engagement und ihre Arbeit.“

„Übersichtlich, klar gegliedert, spannende Themen, tolle Medienstation.“

Denkmalschutz ade? Die Bahn will hoch hinaus – Stellungnahme des Münchner Forums zum Bebauungsplanverfahren Starnberger Bahnhof

**Bebauungsplanverfahren Nr. 2002 a: Projekt Starnberger Bahnhof
Vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB
Einwendungen**

Sehr geehrte Damen und Herren,
in offener Frist (15. November 2018, 24.00 Uhr) wird folgende Äußerung abgegeben:

I. Grundsätzliche Einwendungen in städtebaulicher Hinsicht

Das Münchner Forum hat sich intensiv und kritisch-konstruktiv mit den Planungen für den Münchner Hauptbahnhof und insbesondere für den Starnberger Bahnhof mit der in Aussicht genommenen „städtebaulichen Dominante“ befasst.

Die Ausgabe des digitalen Monatsmagazins STANDPUNKTE vom April 2016 hatte das Schwerpunktthema „Alter und Neuer Bahnhof“.

In dieser Schwerpunktausgabe sind u.a. abgedruckt

- Stellungnahme des damaligen Stadtheimatpflegers Gert F. Goergens vom 20. Oktober 2015, S. 18-19
- Stellungnahme des Landesdenkmalrats vom 27. November 2015, S. 21-22
- Intervention Georg Kronawitter, Alt-Oberbürgermeister, „Stadtbild nicht der Rendite opfern“, S. 23
- Beitrag Wolfgang Czisch, Kontroverse: Hochhaus am Hauptbahnhof, S. 17-20
- Kritik von Heinz A. Musil, Unbehagen am Verfahren und an der Gestaltung, S. 23
- Klaus Bäumler, ... die Genialität der Planungskultur der Deutschen Bahn AG, S. 24-25

Insbesondere auf diese Beiträge wird vollinhaltlich Bezug genommen (s. Anlage 1)

2. Das Fehlen des von OB Dieter Reiter zugesagten Einsatzmodells Hauptbahnhof und Starnberger Bahnhof

Das Münchner Forum hat im Mai 2016 die Herstellung eines Einsatzmodells Hauptbahnhof und Starnberger Bahnhof für das Stadtmodell 2000 gefordert. Zur Begründung wurde im Schreiben vom 11. Mai 2016 an Oberbürgermeister Dieter Reiter u.a. ausgeführt:

„Die Neubebauung des Hauptbahnhofs tief im Zentrum der empfindlichen Stadt ist ein großer Schritt für die Stadtentwicklung mit Chancen der Modernisierung und Erschließung, aber auch eine Gefahr für die identitätsstiftende Bild der Stadt (...).

Zu den Gefahren, die mit der Neubebauung des Areals verbunden sind, gehört die Beeinträchtigung der Altstadt als überkommenes Gesamtkunstwerk München und seine Wahrnehmbarkeit – insbesondere von Westen her.

Nicht nur von den stark befahrenen Brücken (Friedenheimer-, Donnersberger- und Hackerbrücke) sondern auch von den S-Bahn-Stationen an der Friedenheimer-, Donnersberger- und der Hackerbrücke mit dem Bus-terminal ist die Stadtvedute schon von Ferne erlebbar mit der eigenartigen Spannung zwischen der technischen Anmutung des Bahngeländes und den gut wahrnehmbaren Türmen der Altstadt.

Hier ist Aufbruch und Beständigkeit in neuer identitätsstiftender Balance sicht- und erlebbar, nur eingeschränkt durch die Nachkriegsünde des „Deutschen Kaiser“.

Das neu geplante Hochhaus, das mit 75 Metern und erheblicher Breite den „Deutschen Kaiser“ um 15 Meter überragen soll, verengt die Sicht auf die Türme der Altstadt zusätzlich erheblich.

Die Weiterentwicklung der Stadtansicht und des Stadtbildes ist ein hohes Gut, das alle Bürger betrifft. Eine weitere Einschränkung dieses Sichtfeldes sollte also wohl bedacht und mit der Stadtöffentlichkeit beraten werden.

Das Münchner Forum schlägt deshalb vor, vom neuen preisgekrönten Bahnhof und der Bebauung des Sarnberger Bahnhofs ein Einsatzmodell für das Stadtmodell herstellen zu lassen, an dem die Auswirkungen der Maßnahmen für München nachvollzogen werden können.

Oberbürgermeister Dieter Reiter begrüßte die von uns angeregte Erstellung von zusätzlichen Einsatzplatten zur Ergänzung des Münchner Stadtmodells 2000.

Eine Erweiterung sei auch vor dem Hintergrund der Berücksichtigung des südlichen Bahnhofsviertels sinnvoll. Der Modellwerkstatt solle aber im Interesse eines qualitativ hochwertigen Modells die erforderliche Fertigungszeit eingeräumt werden.

Wörtlich führt OB Dieter Reiter aus:

„(...) kann das Referat für Stadtplanung und Bauordnung die von Ihnen angeregte Erweiterung des Altstadtmodells veranlassen, das künftig sicher bestens geeignet sein wird, das Stadtbild mit einem neuen Hauptbahnhof und Sarnberger Flügelbahnhof abzubilden.“ (OB-Schreiben vom 15.07.2016 Nr. BOB-SE-6130-2-0035)

Eine aktuelle Nachfrage bei der Modellbauwerkstätte der Stadt München hat ergeben, dass entsprechend dem OB-Auftrag die zusätzlichen Einsatzplatten weitgehend erstellt sind, aber ohne das Areal des Hauptbahnhofs und des Sarnberger Bahnhofs.

Die hierfür erforderlichen wesentlichen Angaben wurden von den Dienststellen der Bahn, trotz mehrfacher Aufforderung, nicht mitgeteilt.

Für die Fertigstellung sind die Höhenkoten des Bahnhofs, insbesondere des Sarnberger Bahnhofs, wesentliche Voraussetzung. Da diese von der DB und ihren Dienststellen bislang nicht übermittelt sind, ist die von OB Dieter Reiter zugesagte Ergänzung des Stadtmodells durch die Modellbauwerkstätte derzeit nicht absehbar.

Angesichts des Einflusses des Projekts auf die Stadtsilhouette fordert das Münchner Forum nachdrücklich die Fertigstellung der Einsatzplatten, damit die Auswirkungen auf das besonders schützenswerte Ensemble Altstadt offensichtlich werden.

3. Fehlende Unterlagen zum Denkmalschutz, insbesondere zum Schutz der Altstadt-Silhouette als Teil des Ensembles Altstadt

Für die im Bebauungsplanverfahren vorzunehmende Abwägung sind die denkmalschutzrechtlichen Belange von essentieller Bedeutung. Für die Auseinandersetzung mit dem Projekt Sarnberger Bahnhof ist es aus bürgerschaftlicher Sicht unabdingbar, die diversen Stellungnahmen und Äußerungen des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, des Bayerischen Landesdenkmalrats und des Heimatpflegers der Landeshauptstadt unmittelbar und vollständig zu kennen. Derartige Äußerungen liegen zum Projekt Sarnberger Bahnhof sicher vor, auch wenn diese nicht unmittelbar im Akt „Bebauungsplan Nr. 2002 a“ abgelegt sind.

Gestützt auf die Informationsfreiheitsgesetzgebung der Landeshauptstadt München wurden diese Unterlagen beim Planungsreferat am 2. November 2018 mit dem Hinweis auf den Ablauf der Äußerungsfrist am 15. November 2018 angefordert (Mail vom 2. November 2018). Die angeforderten Unterlagen wurden vom Planungsreferat nicht übermittelt. Es wurde mitgeteilt, derartige Stellungnahmen und Äußerungen lägen nicht vor.

Das Planungsreferat vertritt die Auffassung, Fragen des Denkmalschutzes seien nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens und deshalb für die Abwägung im Rahmen der städtischen Planungshoheit ohne Belang. Denkmalschutzrechtliche Belange würden ausschließlich im eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahren geprüft, das vom Eisenbahnbundesamt in eigener Zuständigkeit durchgeführt und entschieden werde.

Diese Rechtsauffassung wird nicht geteilt.

Für die Abwägung nach § 1 Abs. 6, 7 BauGB im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens können die wesentlichen Fragen des Denkmalschutzes, gerade mit Blick auf den nachteiligen Einfluss der städtebaulichen Dominante auf das Altstadt-Ensemble, nicht ausgeklammert werden. Die städtebauliche Komponente erfasst die Auswirkung der Dominante auf die Silhouette des Altstadt-Ensembles.

Wir nehmen voll inhaltlich auf die detaillierte Stellungnahme des Denkmalnetzes Bayern vom 8. November 2018 Bezug und schließen uns den darin erhobenen Einwendungen ausdrücklich an (s. Anlage 2).

4. Kein Sonderstatus öffentlicher Bauherren beim Denkmalschutz: Kein Vertrauensschutz für das Wettbewerbsergebnis Auer & Weber; Fehlerhafte Weichenstellung für die Abwägung nach § 1 BauGB

Im Rahmen der offiziellen Denkmalpflege besteht die Tendenz, bei Projekten der Öffentlichen Hand einen großzügigeren Maßstab hinsichtlich der Eingriffe in die Substanz von Baudenkmalern zuzulassen. So

überzeugend: Walter Georg Leisner, Denkmalschutz und „Staatsbauten“ – Privilegierung einer Staatsaufgabe oder „Gleichstellung mit dem Bürger“? in: Bayerische Verwaltungsblätter 2003, S. 385-393. Auch im Umgang mit dem Starnberger Bahnhof ist diese Tendenz offensichtlich. Es ist aber geboten, das Bayerische Denkmalschutzgesetz in aller Konsequenz zu Gunsten der Erhaltung dieses Baudenkmals anzuwenden. Das Bebauungsplanverfahren Nr. 2002 a wird von der Stadt München durchgeführt, um für den prämierten Entwurf von Auer & Weber die planungsrechtliche Grundlage zu schaffen. Mit Beschluss des Planungsausschusses vom 15.04.2015 Nr. 14-20 / V 02553, bestätigt durch Beschluss der Vollversammlung vom 29.04.2015, stimmte der Stadtrat dem überarbeiteten Konzept von Auer & Weber zu und gab damit den Weg frei für die weiteren Planungsschritte.

Die Zustimmung zur Realisierung des Projekts Auer & Weber basiert auf der grundlegenden – aber fehlerhaften – Annahme, dass für das Wettbewerbsergebnis Vertrauensschutz zum Nachteil des nachträglich in die Denkmalliste aufgenommenen Starnberger Bahnhofs bestehe.

Unter Nr. 2.2.3 des Beschlusses vom 15.04.2015 ist wörtlich ausgeführt: „*Der Landeshauptstadt München (LHSt) wurde mit Schreiben vom 07.07.2010 des Landesamts mitgeteilt, dass es sich bei der Gleishalle des Hauptbahnhofs (...) beim gesamten Starnberger Flügelbahnhof um Baudenkmäler handelt. Mit Schreiben der LHSt vom 29.07.2010 wurde das Benehmen zum Listeneintrag hergestellt. Die Feststellung der Denkmaleigenschaft erfolgte nach der Wettbewerbsentscheidung, so dass dem Wettbewerbsergebnis und seiner Weiterentwicklung Vorrang vor dem Erhalt des Gebäudes einzuräumen ist. (...) Im Falle der Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses wird demzufolge der Starnberger Flügelbahnhof als Denkmal nicht erhalten bleiben können. Aufgrund der vorgenannten Chronologie der Unterschutzstellung besteht Vertrauensschutz für das Wettbewerbsergebnis von Auer & Weber.*“

Damit wird grundlegend verkannt, dass die dargestellte Abfolge der Unterschutzstellung keinen Vertrauensschutz für das Wettbewerbsergebnis begründet und damit der Erhaltung des denkmalgeschützten Bestands Vorrang einzuräumen ist.

Denn die Denkmaleigenschaft besteht nach der Rechtslage in Bayern kraft Gesetzes. Die Eintragung in die Denkmalliste hat lediglich deklaratorische Bedeutung. Dies ist sowohl in der ständigen Rechtsprechung zum Bayerischen Denkmalschutzgesetz als auch in der Kommentarliteratur fest und unstrittig verankert (vgl. Dieter J. Martin, München Hauptbahnhof. Studie zu den Denkmaleigenschaften des Gesamtkomplexes, Bamberg, Stand November 2018, S. 2, 24).

Es entzieht sich der bürgerschaftlichen Kenntnis, ob sich die höchsten Instanzen des Denkmalschutzes in Bayern, also das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege und der Landesdenkmalrat, mit diesem grundlegend fehlerhaften rechtlichen Ansatz von Seiten der Landeshauptstadt München befasst und eine Berichtigung gefordert haben.

Im Juni 2018 wurde das Bebauungsplanverfahren Nr. 2002 a eingeleitet. Der Aufstellungsbeschluss des Planungsausschusses vom 13.06.2018 mit dem Ziel der planungsrechtlichen Absicherung des Wettbewerbsergebnisses von Auer & Weber kann und darf nicht isoliert gesehen werden. Dieser Beschluss basiert grundlegend auf dem Stadtratsbeschluss vom 15./19.04.2015, mit dem die Verfahrensschritte zur Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses eingeleitet wurden.

Damit ist der dem Projekt Auer & Weber von der Stadt München zu Unrecht zugebilligte Vertrauensschutz kausal für den das Bebauungsplanverfahren Nr. 2002 a einleitenden Aufstellungsbeschluss vom 13.06.2018.

Die fehlerhafte Weichenstellung wird zu rechtlichen Konsequenzen von erheblichem Gewicht führen. Die Rechtmäßigkeit des Abwägungsergebnisses nach § 1 BauGB wird zu gegebener Zeit auf den Prüfstand kommen.

5. Vorrang des eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahrens nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz

Die Besonderheit des Projekts „Starnberger Bahnhof“ besteht darin, dass neben dem Bebauungsplanverfahren Nr. 2002 a zur Schaffung des planungsrechtlichen Baurechts durch die Stadt München das eisenbahnrechtliche Planfeststellungsverfahren vom Eisenbahnbundesamt durchzuführen ist, um das vorgesehene Bauareal von der bahnrechtlichen Widmung zu befreien.

Im eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahren sind speziell eisenbahnrechtliche Vorfragen zu klären. Keinesfalls kann davon ausgegangen werden, dass die Fragen von Erhaltung oder Abbruch des Baudenkmals „Starnberger Bahnhof“ ausschließlich im eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahren entschieden werden können. Im Rahmen der vorliegenden rechtlichen Komplexität ist weiter festzuhalten, dass das bahn-

rechtliche Planfeststellungsverfahren Vorrang gegenüber dem Bebauungsplanverfahren hat.

Nur wenn durch unanfechtbaren Planfeststellungsbescheid feststeht, dass das Grundstück des Starnberger Bahnhofs eisenbahnrechtlich entwidmet ist, macht es für die Stadt München Sinn, im Rahmen ihrer Planungshoheit durch Bebauungsplan Baurecht zu schaffen. Andernfalls droht die Gefahr einer „Luftplanung“, deren Kosten die Münchner Steuerzahler zu tragen haben.

Erst wenn die eisenbahnrechtliche Grundlagenentscheidung getroffen ist, macht es Sinn, über die städtebaulichen Parameter im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu diskutieren und zu entscheiden.

Wenn aber die Stadt München mit dem Bebauungsplanverfahren „vorprescht“, wird zugleich für das eisenbahnrechtliche Planfeststellungsverfahren der Umgang mit dem Baudenkmal „Starnberger Bahnhof“ faktisch und rechtlich präjudiziert.

Eine richtig verstandene Abwägung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist erst dann möglich, wenn die eisenbahnrechtlichen Vorfragen durch die hierfür gesetzlich vorgesehene Fachbehörde, das Eisenbahnbundesamt, einer Klärung zugeführt sind.

Die Notwendigkeit einer Gesamtplanung „Hauptbahnhof und Starnberger Bahnhof“ und die Abhängigkeit von der Lösung der wieder offenen Fragen ist in der Anlage 3 (Stellungnahme Arbeitskreis Schienenverkehr des Münchner Forums) dargestellt.

6. Aussetzung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 2002 a bis zum Abschluss des eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahrens

Auf Grund des dargestellten Vorrangs des eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahrens wird beantragt, das Bebauungsplanverfahren Nr. 2002 a auszusetzen und zunächst nicht weiter zu betreiben. Weitere Verfahrensschritte sind erst dann einzuleiten, wenn das eisenbahnrechtliche Planfeststellungsverfahren unanfechtbar abgeschlossen ist.

Diesem Einwendungsschreiben ist beigelegt die Stellungnahme des Arbeitskreises Schienenverkehr (AKS) des Münchner Forums (Prof. Dr. Wolfgang Hesse und Dr. Wolfgang Beyer) vom 13. November 2018 zur Gesamtplanung Hauptbahnhof und *Starnberger Bahnhof*. Auf diese wird Bezug genommen. Die darin dargestellten offenen Fragen und planerischen Abhängigkeiten (Modifikation von Tiefbahnhof, Zugangsbauwerk, Zufahrtsrampen der Zweiten Stammstrecke) verdeutlichen, dass die Stadt München das Bebauungsplanverfahren Nr. 2002 a auf einer ungeklärten Faktengrundlage durchführt (Anlage 3).

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Detlev Sträter, Klaus Bäuml, Vorsitzende des Programmausschusses

Anlagen zum Einwendungsschreiben des Münchner Forums vom 15. November 2018:

1. Münchner Forum, STANDPUNKTE 4.2016

Themenschwerpunkt: Alter und Neuer Bahnhof. Online unter: https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/Standpunkte_04_2016.pdf 

2. Denkmalnetz Bayern, Stellungnahme vom 8. November 2018. Online unter: <https://www.denkmalnetzbayern.de/uploads/f5dcca2c4d3233dd2c362a987ac8a7b0.pdf> 

3. Stellungnahme Arbeitskreis Schienenverkehr vom 13. November 2018 (siehe Beitrag Hesse S. 35).

Hauptbahnhof München

Der programmierte Totalschaden

oder: Mit Volldampf ins Planungs-Chaos

WOLFGANG HESSE

Es stimmt: Der Münchner Hauptbahnhof ist etwas in die Jahre gekommen und eine (behutsame, maßvolle!) Sanierung stünde ihm gut zu Gesicht. Die Deutsche Bahn AG plant allerdings, das Bahnhofsgebäude samt seinen Flügel-Bauwerken komplett abzureißen und durch einen monumentalen Neubau samt modernistischem Hochhaus an seiner Nordseite zu ersetzen. Wie kam es zu diesem Projekt, welche Probleme wirft es auf und welche Alternativen gibt es dazu?

Von „München 21“ zum „Nukleus“ einer „Zweiten Stammstrecke“

Die Idee, den Münchner Hauptbahnhof grundlegend zu verändern, stammt aus den 1990er Jahren, als man unter dem damaligen Bahnchef Heinz Dürr plante, deutsche Großbahnhöfe wie die von Frankfurt, Stuttgart und München weitgehend unter die Erde zu verlegen und damit Raum für große innerstädtische Immobilien-Projekte zu schaffen. So sollte im Zuge des Projekts „München 21“ der Fern- und Regionalverkehr in einem Tunnel unter die Innenstadt geführt und am Hauptbahnhof in einer unterirdischen Station unter der bestehenden Anlage abgefertigt werden.

Die geplanten Projekte wurden – nach teils kontroversen Diskussionen und heftigem Widerstand örtlicher Gruppen – in der Mehrzahl abgelehnt. Nur Stuttgart 21, das absurdeste und bahntechnisch widersinnigste Projekt konnte sich aufgrund z.T. undurchsichtiger Winkelzüge, erfolgreicher Desinformations-Kampagnen und verantwortungsloser politischer Weichenstellungen immer wieder wie Phönix aus der Asche erheben und ist dabei, als eines der größten, teuersten und gefährlichsten Projekte in die bundesdeutsche Technikgeschichte einzugehen.

Aber auch in München schaffte man es, Ende der 1990er Jahre den Phönix aus der Asche zu bergen und kurzerhand aus dem Fern- und Regionalbahn-Projekt ein S-Bahn-Tunnelprojekt zu machen: Die sogenannte „2. Stammstrecke“ war geboren. Eine zusätzliche, die seit 1972 bestehende („erste“) Stammstrecke unter der Münchner Innenstadt entlastende S-Bahn-Verbindung

macht durchaus Sinn. Für die naheliegende Idee, diese über den bestehenden Eisenbahn-Südring am Rande der Innenstadt zu führen, lagen schon seit langem ausgereifte Planungen vor.

Ähnlich wie in Stuttgart gab es darüber viel Streit, undurchsichtige politische Ränkespiele im Hintergrund und ein äußerst fragwürdiges vergleichendes „Gutachten“ von 2001, demzufolge beide Lösungen (Ring oder Tunnel) gleich teuer werden würden – ein absurdes Ergebnis angesichts einer bestehenden, lediglich auszubauenden und mit Zwischenhalten zu versehenen Linie einerseits und einem über 40 Meter tiefen, die gesamte Innenstadt unterquerenden Tunnel-Neubau auf der anderen Seite. Nach über 15-jährigem weiteren Streit wurde im Herbst 2016 in einer politischen Hauruck-Aktion die Tieftunnel-Lösung als „Zweite Stammstrecke“ beschlossen und der Bau im April 2017 offiziell begonnen. Die Kosten allein für diese Strecke sollen (nach 580 Mio. im Jahr 2001) nunmehr 3,84 Mrd. Euro betragen – mit nach oben offenem Ende wie aus ähnlichen Projekten (Stuttgart, Berliner Flughafen etc.) bekannt.



Abb. 1: „Nukleus“-Planung der Deutschen Bahn

GRAFIK © WIKIREAL

Für den Hauptbahnhof bedeutet dies einen gigantischen Eingriff: In der Mitte des Bahnhofsgebäudes soll ein „Nukleus“, d.h. ein über 40 Meter tiefes Bergwerk gegraben werden – ein Bauwerk, das einem 13-stöckigen Hochhaus entspricht (vgl. dazu http://wikireal.info/wiki/2._Stammstrecke_München ↗). Dafür will man gleich das gesamte Gebäude

Denkmal und Konzern oder: Wie generiert man Gewinne

HERBERT LUY

**Das Volk kann zornig sein wie's will,
die Macher halten sich ganz still
und knüpfen zu ihrem Erfolg
Entscheidungswege ohne Volk.**

**Man lässt die Bürger protestieren,
mögen's schrei'n, rennen auf Vieren,
nur Ameisen bringt man nicht um,
sie laufen auf sechs Beinen rum.**

**Frühzeitig fädelt man es ein,
dass jeder Einwand dann im Keim
erstickt und keine Chance hat,
der Großkonzern macht alles platt.**

**Was nicht in sein Konzept reinpaßt,
selbst Personal wird da geschasst,
wenn der Gewinn zu schmälern droht,
nur „Angepasste“ sind im Boot.**

**In Glanzbroschüren zeigt man an
ein herrlich Baugebilde dann,
kein Ansprechpartner ist zu finden,
nur Druckerei-Emblem ganz hinten.**

**Selbst der Gesetze hohe Schranke,
verfasst aus dem Gemein-Gedanke,
wird im Verfahrensweg umgangen,
um höchsten „Reibach“ zu erlangen.**

**Wen juckt es, ob das Kulturelle
gepflegt wird, wenn der schnelle
Gewinn gehortet ist im Lande,
vielfach der Bürger zahlt's, oh Schande!**

im Oktober 2018

Herbert Luy, Dipl.-Ing. Univ., Baudirektor a.D., ist Mitglied in der Bayerischen Ingenieurekammer. Er war Baudirektor im Baureferat der Landeshauptstadt München.

Lesehinweis: Mit spitzer Feder und spitzen Wort s. S. 44

(samt seiner historischen Teile aus dem alten Bürklein-Bau) abreißen und durch einen 32 Meter hohen Neubau mit einem gewaltigen, nach außen krängenden Wulst aus Glas ersetzen. Dazu soll an Stelle des bisherigen, sich dem Gesamtkomplex unterordnenden Starnberger Flügelbahnhof ein 69 Meter hohes, abgeschrägtes Hochhaus entstehen, Kostenpunkt: ca. 1 Mrd. Euro (lt. Abendzeitung vom 12.10.2017).

Aus Sicht des Arbeitskreises Schienenverkehr des Münchner Forums (AKS) gibt das Bauvorhaben über die denkmalrechtlichen Argumente hinaus Anlass zu grundsätzlichen Einwendungen, die wir termingerecht zum 15. November 2018 der zuständigen Behörde zugeleitet haben (s. Kasten).

Neue Nahrung haben diese Bedenken durch die Vorgänge des Sommers 2018 erhalten. Im vergangenen Juni stellte sich nämlich heraus, dass infolge von Fehlplanungen der Bahn der geplante S-Bahn-Tiefbahnhof nicht wie geplant realisiert werden kann, sondern um mindestens 80 Meter nach Westen verschoben werden muss. Außerdem sollen auf Wunsch der Stadt Vorkehrungen für eine mögliche spätere Kreuzung mit einer weiteren, in Nord-Süd-Richtung verlaufenden U-Bahnlinie („U9“) getroffen werden. (vgl. <https://www.tz.de/muenchen/stadt/2-stammstrecke-in-muenchen-so-schlimm-ist-fehlplanung-bahn-9938224.html> ↗).

Selbst wenn sich diese als nicht notwendig bzw. besser durch eine Tram-Lösung realisierbar erweisen sollte (vgl. dazu: „Schwabing-Wiesn-Tram und Nahverkehrs-Offensive statt U9“ <https://muenchnerforum.de/wp-content/uploads/2018/05/Standpunkte-5-2018.pdf> ↗), sind die Planänderungen derart gravierend, dass sie nach Ansicht von Fachleuten unbedingt ein neues Planfeststellungsverfahren erfordern. Dafür sprechen sowohl eisenbahnrechtliche Gründe wie die nun steileren Zufahrtsrampen auf der Westseite (Hackerbrücke) als auch die veränderte Situation für die Fahrgäste: Abkoppelung des Tiefbahnhofs vom „Nukleus“, Fortfall der Ausgänge zur Ost- (und Stadt-)seite, längere Zugangswege und einseitige Ausrichtung der Fahrgastströme auf die Tiefbahnhofs-Ostseite und Gefahren durch Überlastung, speziell im Brand- oder Katastrophenfall.

So ist z.B. unbedingt zu prüfen, ob der „Nukleus“ mitten unter dem Bahnhofsgebäude überhaupt noch Sinn macht – andernfalls würde ein wesentlicher Grund für den Abriss und Neubau entfallen. Die Deutsche Bahn lehnt dagegen ein neues Planfeststellungsverfahren ab und plant, den mittleren S-Bahn-Bauabschnitt, der den gesamten Bereich Hauptbahnhof umfasst, im „Schnellschuss“ bereits jetzt zu vergeben. Die unsichere, mit vielen Risiken beladene Planung würde Unternehmen, die den Zuschlag erhalten, die Möglichkeit geben, während des Baus



Abb. 2: Von der Arnulfstraße aus: der zukünftige Flügelbahnhof mit dem Hochhaus. Ansicht mit Nukleus

erhebliche Nachforderungen aufgrund von Planänderungen zu stellen und damit die gesamten Baukosten für die 2. Stammstrecke weiter in ungeahnte Höhen zu treiben. Auch der geplante Bahnhofs-Neubau würde dann mit einem erheblichen Planungs- und Kostenrisiko zusätzlich belastet.

Fazit: Nur ein Moratorium kann helfen

Laut jüngsten Aussagen von Bahnchef Lutz steht die Deutsche Bahn finanziell mit dem Rücken zur Wand. „Einschneidende Maßnahmen“ seien notwendig, um die „wirtschaftliche Stabilität“ der Bahn zu erhalten bzw. wiederherzustellen (Handelsblatt, 9.9.2018). Angesichts dieser Lage, zu deren Ursachen auch gigantische Fehl-Investitionen wie z.B. in das Katastrophenprojekt „Stuttgart 21“ gehören, ist das Festhalten an einem 5 Mrd. Euro-Projekt („2. Stammstrecke“ + Hbf.-Neubau in München), das ebenfalls zu den „grandi opere inutili“ (= unnützen

überfälligen Maßnahmen für die Münchner Bahn-Infrastruktur zugute kommen. Dazu gehören:

- Ausbau der auf München zuführenden Bahnstrecken für höhere Kapazitäten, z.B. durch 4-gleisigen Ausbau der bisher im Mischverkehr (von Fern-/Regional- und S-Bahn) betriebenen Strecken sowie Erweiterung auf 2 Gleise, wo heute noch eingleisig gefahren wird,
- Herstellung bzw. Sicherung des 10-Minuten-Takts auf allen wesentlichen S-Bahn-Außenstrecken,
- Öffnung der Bahn-Ringstrecken (Süd- und Nordring) für die Aufnahme der zusätzlichen S-Bahn-Züge und damit für Direktverbindungen zwischen dem Umland und den Gewerbe- und Wohngebieten im Süden und Norden der Stadt,
- Maßvolle Sanierung des Hauptbahnhofs – ohne gigantisches „Nukleus“-Bauwerk inmitten des Bahnhofsgebäudes.

Einen ansprechenden Entwurf zum Hauptbahnhof hat die Initiative Münchner Architektur und Kultur (AKU) vorgelegt (vgl. Abendzeitung München vom 14.11.2018). Was könnte die Weltoffenheit der Stadt München besser symbolisieren als ein begrünter Dachgarten?

Großprojekten) in Europa gehört und das – zumindest was den S-Bahntunnel betrifft – mehr Schaden als Nutzen anrichten wird, verantwortungslos.

Der Finanzminister und die damit befassten Bundespolitiker – d.h. im Klartext: wir alle als Steuerzahler – werden der Bahn wieder neue Gelder zuschießen müssen. Wenn das so ist (und es scheint wohl unvermeidlich), dann sollten diese Gelder endlich auch den wirklich dringenden und



Abb. 3: Sanierter Hauptbahnhof nach Vorschlag des AKU München

Durch die Fehlplanung der DB sind die bisherigen Planungen für die „2. Stammstrecke“ im Bereich Hauptbahnhof, für den „Nukleus“ und damit für den gesamten Bahnhofs-Neubau in eine Sackgasse geraten. Für eine eventuelle Verlegung des S-Bahn-Tiefbahnhofs ist

unbedingt ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich.

Der dafür benötigte Zeitraum bietet die einmalige Chance für ein Moratorium, in dem die Projektziele an die heutigen Bedürfnisse angepasst und die unfertigen Pläne in einen soliden Zustand überführt werden können. Ein neues „Stuttgart 21“ in München sollte unbedingt verhindert werden. Die gewonnene Zeit lässt sich optimal nutzen, um die oben genannten vordringlichen, aber nach der heutigen Planung alle auf die Zeit nach 2026 verschobenen Projekte sofort anzugreifen und damit schnellstmögliche Abhilfe für die brennenden Probleme des Münchner Öffentlichen Nahverkehrs zu schaffen.

Prof. Dr. Wolfgang Hesse hat am Fachbereich Mathematik und Informatik der Philipps-Universität Marburg gelehrt und hält weiter Vorlesungen an der LMU München. Er ist Bahn- und Fahrplanexperte und arbeitet im Arbeitskreis „Schienenverkehr“ des Münchner Forums mit.

Zum Weiterlesen:

Deutsche Bahn: Neubau Hauptbahnhof München: <https://www.hbf-muc.de/home.html> ↗

Münchner Forum, Online-Magazin STANDPUNKTE, Heft 2/3.2018: Bahnverkehrsknoten München, <http://muenchner-forum.de/2018/02/07/standpunkte-2-3-2018-bahnverkehrsknoten-muenchen/> ↗

WikiReal: Zweite Stammstrecke München. http://wiki-real.info/wiki/2._Stammstrecke_Muenchen ↗

Wolf, Winfried: abgrundtief + bodenlos. Stuttgart 21 und sein absehbares Scheitern. Köln: PapyRossa Verlag 2017, Neue Kleine Bibliothek 246, 319 Seiten, ISBN 978-3-89438-638-2

Einwendungen des AK Schienenverkehr des Münchner Forums zum Bauvorhaben Hauptbahnhof:

Zum Hauptbahnhof:

Der Hauptbahnhof soll ohne jeden Neubau-Bedarf abgerissen werden. Er erfüllt jedoch seine Funktion voll und ganz und könnte behutsam saniert werden – für ein Zehntel der Kosten oder weniger.

Der Neubau wird im Wesentlichen mit der Errichtung eines neuen Tiefbahnhofs für die sogenannte 2. Stammstrecke begründet, deren verkehrstechnischer Nutzen jedoch höchst umstritten ist und unbedingt von *unabhängigen Gutachtern* überprüft werden müsste.

Die betrieblichen und sicherheitstechnischen Probleme des Tief隧nells sind in den bisherigen Planungen für das Zugangsbauwerk („Nukleus“) nicht gelöst.

Die technische Realisierbarkeit des Tiefbahnhofs ist von den zu beauftragenden Firmen verneint worden. Daraufhin hat die DB erklärt, diesen nun 80 - 100 m weiter westlich bauen zu wollen. Diese Verlegung des geplanten Tiefbahnhofs macht den „Nukleus“ in der geplanten Form obsolet. Er würde dann ganz am (Ost-) Rande des neuen (Tief-) Bahnhofs zu liegen kommen. Ein Abriss des gesamten Hauptbahnhofs lässt sich unter diesen geänderten Umständen keinesfalls mehr rechtfertigen.

Durch die genannte Verlegung ist insgesamt eine völlig neue Lage entstanden, die auf jeden Fall ein neues Planfeststellungsverfahren für den Bauabschnitt Laim-Hauptbahnhof erfordert. Dies ist u.a. allein deshalb notwendig, da sich die Neigungswinkel der Zufahrtsrampen erheblich verändern werden und weil sich die Zuwege zur Stadtebene und zu den U-Bahn-Geschossen drastisch verschlechtern werden. Vom Ergebnis der neuen Planfeststellung hängen die Lage des Nukleus und die Gestaltung der Empfangsgebäude ab.

Die für das Verfahren notwendige Zwischenzeit ist zu nutzen, um neue Gutachten einzuholen und alternative Pläne zum Erhalt und zur schonenden Sanierung der bestehenden Anlagen zu entwickeln.

Für die betriebs- und verkehrssichere Gestaltung des Hauptbahnhofs ist das gesamte Bahnhofsgelände vom Bahnhofplatz im Osten zum Stadtkern bis zur Hackerbrücke und ZOB im Westen sowie zu den Bahnhofsvorplätzen im Norden und Süden zu betrachten, um die notwendigen Zugangswege für die Reisenden und ihre sichere Evakuierung bei Gefahr zu gewährleisten. Dabei bietet sich der Paul-Heyse-Tunnel für eine Verbindung der Bahnsteige im Westen, als zusätzlicher Ausgang und – zur mit Verknüpfung mit dem öffentlichen Verkehr – für eine Tramhaltestelle an.

Zum Starnberger Flügelbahnhof:

Eine Planung oder vorgezogene Bauausführung des Starnberger Flügelbahnhofs ohne Planungssicherheit für das Hauptgebäude (mit evtl. Zugang zum neuen S-Bahnhalt und Westkopf) ist unzulässig.

Der Flügelbahnhof muss zudem vorrangig Funktionen für den Bahnverkehr wie den Durchgang für die Reisenden, Abstellplätze für deren Fahrräder und Pkw sowie Service-Einrichtungen für die Züge an den Gleisen 27-36 anbieten.

Eine hauptsächliche Nutzung als Immobilie für bahnfremdes Gewerbe läuft der Bahnhofsfunktion zuwider und erst recht ein 70 Meter hoher Baukörper in der ansonsten hochhausfreien Innenstadtlage.

Beeinträchtigungen und Umweltschäden

Die Belästigungen für die Bevölkerung (vor allem für die Fahrgäste der Bahn) und für die Umwelt während der Bauzeit von ca. 8 Jahren (oder länger) sind unverantwortlich hoch.

Die Umweltbelastungen für den Bau des Tieftunnels durch die Münchner Innenstadt und speziell im Bereich des Hauptbahnhofs (u.a. durch Dreck und Staub beim Abriss und Neubau, zusätzlichen LKW-Verkehr, Abgase, Lärm) übertreffen die z.Zt. heiß diskutierte Umweltschädigungen durch den (Diesel-) PKW-Verkehr bei weitem und sind angesichts des zweifelhaften Nutzens des ganzen Projekts nicht hinnehmbar.

Das Vorgehen der DB, durch vorgezogene Baumaßnahmen wie z.B. die Abnahme der Bahnhofsuhr „vollendete Tatsachen“ zu schaffen, verurteilen wir nachdrücklich. Ähnlich wie beim rechtswidrigen Abriss des „Uhrmacherhäusls“ in München-Giesing sollte der Bauherr (hier die DB) zur Rechenschaft gezogen und zur sofortigen Wiederherstellung des vorherigen Zustands verurteilt werden.

München, 13. November 2018

gez. Prof. Dr. Wolfgang Hesse, Dr. Wolfgang Beyer

Gastronomie im Maxwerk und in den Maximiliansanlagen: „Maxwerk: Maximal gescheitert“

KLAUS BÄUMLER

Unter diesem Aufmacher berichteten wir in den STANDPUNKTEN 5.2018 (<https://muenchner-forum.de/2018/05/16/http-muenchner-forum-de-wp-content-uploads-2018-05-standpunkte-5-2018-pdf>)^[7] darüber, dass die Augustinerbrauerei ihr Projekt zur gastronomischen Nutzung des Maxwerks in den Maximiliansanlagen aufgegeben hat. Auch die Stadtwerke München als Eigentümer haben verlautbart, dass bis auf weiteres keine gastronomische Nutzung des Maxwerks geplant sei. Offen bleibt, ob und wann die unsägliche „Fassadenbemalung“ des Baudenkmals in herausragender städtebaulicher Situation auf Veranlassung der zuständigen Denkmalbehörden beseitigt werden. Nunmehr hat sich das Planungsreferat – quasi im Nachhinein – mit zwei Stadtratsanträgen befasst und seine Rechtsauffassung in der Rathaus-Umschau veröffentlicht. Nachzulesen in: Rathaus-Umschau Nr. 216/2018, veröffentlicht am 13.11.2018 (<https://ru.muenchen.de/pdf/2018/ru-2018-11-13.pdf>)^[7] zu den Anträgen der Fraktion Die Grünen-Rosa Liste vom 21.04.2016 und der Fraktion FDP-HUT vom 22.02.2017.

Die LBK erkennt, dass die Nutzungsbeschränkung des Maxwerks bis heute rechtsverbindlich im Stadtgrundbuch gesichert ist. Zudem geht die LBK unzutreffend davon aus, dass die Schlösserverwaltung Rechtsnachfolgerin des Familienfideicommisses ist. Schwerpunkt der Ausführungen des Planungsreferats ist die Beurteilung der öffentlich-rechtlichen Genehmigungsfähigkeit der Umnutzung des Maxwerks, die mit Blick auf ähnlich gelagerte Fälle über den Einzelfall hinaus in einer rechtlichen Analyse kritisch zu würdigen sind. Dies soll zu gegebener Zeit erfolgen.

Von besonderem Interesse ist die Beurteilung der zivilrechtlichen Situation durch das Planungsreferat. Der Arbeitskreis Öffentliches Grün hat sich

mehrfach nicht nur mit der öffentlich-rechtlichen Genehmigungsfähigkeit, sondern auch mit den zivilrechtlichen Hürden befasst, die bei einer Umnutzung des bis heute in seiner ursprünglichen Zweckbestimmung als Kraftwerk genutzten Baudenkmals zu bewältigen sind.

Zur Rechtslage in zivilrechtlicher Hinsicht führt das Planungsreferat wörtlich (=kursiv) aus:

- „Eine grundbuchrechtliche Sicherung einer reinen Kraftwerksnutzung und somit ein grundbuchrechtlicher Ausschluß einer anderweitigen Nutzung zum Beispiel in Form einer Nutzungsbeschränkungsdienstbarkeit liegt nicht vor.“

Diese Rechtsauffassung des Planungsreferats trifft nicht zu. Es mag sein, dass im BGB-Grundbuch,

das im Grundbuchamt München geführt wird, eine solche die Nutzung beschränkende Dienstbarkeit nicht eingetragen sein mag. Aufgrund der Recherchen des AK Öffentliches Grün ist jedoch der Nachweis geführt, dass diese die Nutzung beschränkende Dienstbarkeit in das Münchner Stadtgrundbuch eingetragen wurde. Nach den Regelungen des bayerischen Landesrechts besteht diese Dienstbarkeit uneingeschränkt bis heute im vollen Umfang fort, auch wenn diese nicht ins BGB-Grundbuch übertragen wurde.

- „In einem Beschluss des Kulturausschusses vom 6.6.1989 wurde ausgeführt, dass im Kaufvertrag von 1894 mit dem Privat-Familien-Fidei-Commiß König Max II. die Verpflichtung enthalten sei, das Maschinenhaus nur zur Erzeugung elektrischer Energie mittels Wasserkraft zu benutzen und bei einer Zuwiderhandlung eine Vertragsrückabwicklung ohne Entschädigung vorgesehen sei. Damals wurde die Einschätzung vertreten, daß diese Verpflichtung weder verjährt noch verwirkt sei. Allerdings wurde das Maxwerk auch die letzten Jahrzehnte nicht nur zur Energieerzeugung genutzt, sondern eben auch als Künstlerwohnung bzw. -atelier, ohne dass eine Vertragsrückabwicklung von der Bayer. Schlösser- und Seenverwaltung als Rechtsnachfolger des Privat-Familien-Fidei-Commiß König Max II. verlangt worden wäre. Die Stadtwerke München sind der Auffassung, dass eine Vermietung ohne die Gefahr der Rückabwicklung des Kaufvertrags von 1894 möglich gewesen wäre.“

Die in der Rathaus-Umschau dargestellte Rechtsauffassung des Planungsreferats und der Stadtwerke München trifft in mehrfacher Hinsicht nicht zu. Die Juristen des Kulturreferats haben die zivilrechtliche Rechtslage zutreffend beurteilt. Unabhängig davon, dass der Ausschluss einer Nutzungsänderung dinglich im Stadtgrundbuch gesichert ist, besteht die vertragsrechtliche Bindung zwischen den Vertragsparteien fort. Verwirkung oder Verjährung ist auch bis zum Jahr 2018 nicht eingetreten. Bei der relevanten erachteten Frage der

Rechtsnachfolge unterläuft dem Planungsreferat eine fundamentale Fehleinschätzung. Die Bayerische Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen kommt als Rechtsnachfolger des Privat-Familien-Fidei-Commisses Max II. nicht in Betracht. Der Freistaat Bayern ist unter keinem denkbaren Gesichtspunkt Rechtsnachfolger der Familienstiftung, die Max II. für etwaige Nachkommen ins Leben gerufen hat. Die Familienstiftung bestand nur bis zum Tod von König Otto. Mit dessen Tod sind die Wahrnehmungsrechte aus dem Kaufvertrag von 1894 in seinen Nachlass übergegangen. Bei der Auseinandersetzung des Nachlasses von König Otto wurden detaillierte Regelungen in Bezug auf den Wittelsbacher Ausgleichsfond, den Freistaat Bayern und die Wittelsbacher Stiftungen getroffen, welche aber die dem ehemaligen Fidei-Commiss Max II. zustehenden Wahrnehmungsrechte nicht erfassten. Insoweit besteht bis heute eine nicht aufgelöste Erbengemeinschaft nach König Otto fort. Mit Blick auf die unzutreffende Beurteilung der Rechtsnachfolge durch die Stadtwerke München und das Planungsreferat ist für die Zukunft eine Gefährdung der Rechtsposition der Erbengemeinschaft nicht auszuschließen.

Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen sind zu diskutieren.

Klaus Bäumler ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“ und Richter (rt.d.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.



Abb. 1: Die Westfassade des Baudenkmals Maxwerk mit Klaus Bäumler im Vordergrund

Noch nicht eingelocht. Der Münchner Golfclub dringt auf eine Verlängerung des im Jahr 2024 auslaufenden Erbbaurechtsvertrags mit der Stadt

KLAUS BÄUMLER

Unter diesem Aufmacher berichtet die Süddeutsche Zeitung (Nr. 278, 03.12.2018) über die Bemühungen des Münchner Golf Clubs (MGC), seinen stadtnah gelegenen Neun-Loch-Platz in Thalkirchen/ Hinterbrühl über das Jahr 2024 hinaus zu sichern. Der Pachtvertrag für die im Landschaftsschutz gelegenen städtischen Grundstücke, der im Jahr 2024 ausläuft, soll verlängert werden.

Klarzustellen ist, dass nach den uns vorliegenden Unterlagen – anders als die Süddeutsche Zeitung titelt – bislang kein Erbbaurecht bestellt ist, sondern der MGC die städtischen Grundstücke FINr. 489/11 und FINr. 407 mit einer Fläche von insgesamt 14 Hektar lediglich auf Grund eines Pachtvertrags nutzt.

Das Grundstück FINr. 489/11 mit ca. 5 ha liegt östlich der Zentralländstraße zwischen Floßkanal und Werkkanal, das Grundstück FINr. 407 mit ca. 9 ha westlich der Zentralländstraße und der Trasse der ehemaligen Isartalbahn.

Die vorzeitige und langfristige Verlängerung des bestehenden Pachtvertrags sowie die Details der baulichen Pläne und der Nutzung der städtischen Grundstücke sind Gegenstand mehrerer Stadtratsanträge:

- CSU-Stadtratsantrag vom 03.01.2017:
Langfristiger Erbpachtvertrag für den Golfplatz in Thalkirchen; Wegfall des Kündigungsvorbehalts bezüglich der Nutzung für den Campingplatz Thalkirchen.
In: Rathaus-Umschau vom 04.01.2017 Nr. 003; Bericht in SZ v. 09.01.2017
- SPD-Stadtratsantrag vom 19.10.2017 Nr. 14-20 / A 03494:
Golfplatz Thalkirchen; 25-jähriger Pacht- oder Erbbaurechtsvertrag.
In: Rathaus-Umschau vom 19.10.2017 Nr. 199.
- SPD-Stadtratsantrag vom 29.10.2018:
Golfplatz Thalkirchen: Erneute Verhandlungen mit dem MGC, Prüfung des Investitionsvolumens, mittel- bis langfristige Verlängerung des Erbbaurechtsvertrags (!); Schaffung ausreichender Planungssicherheit; Erörterung der Öffnung der Fläche für die Allgemeinheit.
In: Rathaus-Umschau vom 29.10.2018 Nr. 206
- Stadtratsanfrage (Die Grünen-Rosa Liste) vom 03.02.2017:
Offenlegung der Baupläne des MGC des Münchner Golfclubs e.V.; Klärung der Frage, ob die Allgemeinheit den Golfplatz als Erholungsfläche nutzen kann.

- In: Rathaus-Umschau vom 03.02.2017 Nr. 024
- SPD-Stadtratsantrag vom 19.10.2017:
Nutzung des Geländes des Golfplatzes in Thalkirchen auch im Winter.
In: Rathaus-Umschau vom 19.10.2017 Nr. 199

Referat für Bildung und Sport (RBS), Baureferat/Gartenbau – und Planungsreferat /Untere Naturschutzbehörde – votieren gegen eine langfristige Verlängerung

Das Referat für Bildung und Sport (RBS) hat zum SPD-Antrag vom 19.10.2017 auf Verlängerung des Pachtvertrags bereits eine negative Stellungnahme abgegeben (Schreiben vom 19.06.2018): Die gepachteten städtischen Grundstücke werden nicht vom RBS oder dem Kommunalreferat verwaltet, sondern vom Baureferat/Gartenbau (Unterabschnitt 8800, Alleen und Anlagen). Das Sportamt im RBS ist daher bei Abschluss von Verträgen auf die Zustimmung des Baureferats angewiesen. Das Sportamt sieht daher keine Möglichkeit, eine vertragliche Vereinbarung mit längerer Laufzeit abzuschließen.

Das Baureferat/Gartenbau hatte sich bereits im März 2017 gegen eine langfristige Verlängerung des Pachtvertrags mit dem MGC aus fachlichen Gründen



Abb. 1: Einfahrt zum Münchener Golfclub

FOTO © DETLEV STÄTTER

ausgesprochen. Die anhaltende bauliche Verdichtung des Stadtgebiets und der damit verbundene Bevölkerungszuwachs führe zu einer vermehrten Inanspruchnahme der Freiflächen entlang der Isar bis zur Übernutzung. Mittelfristig könne sich deshalb die Notwendigkeit ergeben, Flächen, die bislang für die Allgemeinheit nicht nutzbar seien, zu öffnen und auf diese Weise etwas Druck von anderen Bereichen zu nehmen. Die Möglichkeit, die städtischen Grundstücke, die der MSC gegenwärtig nutzt, in diese Überlegungen einzubeziehen, solle nicht dadurch aufgegeben werden, dass die Nutzung als Golfplatz auf lange Sicht festgeschrieben würde.

Auch die Untere Naturschutzbehörde hat sich unter dem 28.03.2017 gegen eine Verlängerung des Pachtvertrags über die bestehende Laufzeit hinaus ausgesprochen.

Nutzung der städtischen Grundstücke im Bereich „Hinterbrühler Park“ für die Allgemeinheit ist seit 1907 rechtsverbindlich festgeschrieben

Das Baureferat argumentiert zu Recht, dass das Golfplatzgelände des MGC auf den beiden 14 ha großen städtischen Grundstücken derzeit nicht für die Allgemeinheit nutzbar ist. Es spricht viel dafür, dass damit die Nutzung als Golfplatz mit den heute noch rechtsverbindlichen Auflagen des Bescheids vom 10.07.1907 zur Genehmigung der Isarwerke I und II in Widerspruch steht.

Im immer noch rechtswirksamen Bescheid für die Isarwerke I und II vom 10.07.1907 ist in weit vorausschauender Weise festgelegt, dass zur Sicherung der Erholungsfunktion der Bevölkerung „in der Nähe des Isarufers gelegene Grundstücke“ der Stadt München als Parkanlagen zu gestalten und der öffentlichen Nutzung zu übergeben sind. Es ist davon auszugehen, dass entsprechend diesen Auflagen die im Eigentum der Stadt München befindlichen Grundstücke in diesem Bereich ab 1908 vom damaligen Stadtgärtendirektor Jakob Heiler zu den naturparkartig angelegten Grünanlagen des „Hinterbrühler Parks“ gestaltet wurden.

Der Arbeitskreis Öffentliches Grün des Münchner Forums bemüht sich seit Januar 2017 in mehreren Interventionen beim Referat für Gesundheit und Umwelt, der federführenden Wasserrechtsbehörde, eine konkrete grundstücksbezogene Klärung herbeizuführen. In den Schreiben des AK Öffentliches Grün vom 26.01.2017 und 18.01.2018 unter dem Betreff „Freiraumkonzept München 2030: Schutz des Öffentlichen Grüns“ sind die notwendigen Recherchen im Detail erläutert.

Das RGU hat nunmehr Ende Oktober 2018, nach Abschluss seiner Recherche im Stadtarchiv und den

betroffenen städtischen Referaten, mitgeteilt, dass sich für das RGU in Bezug auf den Vollzug des Bescheides von 1907 aus wasserrechtlicher Sicht aktuell kein Handlungsbedarf ergibt. Die Nachforschung des RGU im Stadtarchiv zum Bescheid von 1907 habe ergeben, dass die dort vorhandenen Pläne „lediglich Umriss einer Gestaltung im Bereich des Werkkanals bis zur Isarhangkante skizzieren, ohne jedoch parzellenscharf eine genaue Flächengestaltung festzulegen.“ Das RGU verweist den Arbeitskreis, „was die Details der angesprochenen Grünflächen und insoweit den Golfplatz Thalkirchen angeht“, unmittelbar an das zuständige Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Ausblick

- Die ablehnende Haltung des Baureferats/Gartenbaus ist überzeugend begründet.
- Der Bescheid von 1907 statuiert ein öffentlich-rechtliches Bauverbot für die in Betracht kommenden städtischen Grundstücke (Auflage Nr. 48 b). Ein solches Bauverbot würde den Bauwünschen des Golfclubs zwingend entgegenstehen.
- Über eine Verlängerung des Pachtvertrags des MGC kann wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Angelegenheit keinesfalls im Büroweg und erst nach einer zwingend gebotenen, von Amts wegen durchzuführenden Klärung der Rechtsverhältnisse der beiden städtischen Grundstücke FINrn. 489/11 und 407 entschieden werden.
- Der Arbeitskreis Öffentliches Grün wird seine Recherchen eigenständig in der gebotenen Weise fortsetzen.

Klaus Bäumler ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“ und Richter (rtd.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

Hinweis

Das Statistische Amt der Landeshauptstadt München hat sich entschlossen, alle in der hauseigenen Schriftenreihe „Münchner Statistik“ von 1965 bis 1999 erschienenen Artikel zu digitalisieren. Nach Themenbereichen geordnet stehen die Fachbeiträge im Kapitel „Historische Berichte“ erstmals im PDF-Format zum Download zur Verfügung <http://t1p.de/historischeStatistik> 

Die Bandbreite der statistischen Berichterstattung, der sich das Statistische Amt München seit seiner Gründung im Jahr 1875 unter anderem widmet, erstreckt sich über alle wichtigen Lebensbereiche der Landeshauptstadt. Ein besonderer Schwerpunkt lag schon immer auf einer facettenreichen Darstellung der demographischen Gegebenheiten und künftiger Entwicklungen in München.

Franz von Pocci und die Einführung öffentlicher Pissoirs in München. Ein amüsanter Detail zur Geschichte des historischen Grüns

MICHAEL STEPHAN

Die Einführung öffentlicher Pissoirs in München wurde bereits seit 1827 diskutiert, doch erst im Jahr 1853 kam es zur systematischen Aufstellung von öffentlichen Pissoirs aus Holz oder Stein im ganzen Stadtgebiet (vgl. zum Folgenden den Akt „Bedürfnisanstalten I“ im Stadtarchiv München). Ein Stadtplan von 1853 zeigt die 40 vorgesehenen Standorte.

Auch ein berühmter Münchner Bürger war von dieser neuen städtischen Maßnahme betroffen: Franz Graf von Pocci. Pocci war ein hoher königlicher Hofbeamter, der sich aber mehr durch sein umfangreiches künstlerisches Werk als Komponist, Dichter, Zeichner und Karikaturist unsterblich gemacht hat. Vor allem wegen seiner über 40 Ko-

mödien um den Kasperl Larifari, die er für das 1858 gegründete Münchner Marionettentheater des Papa Schmid geschrieben hat, ist er bis heute als „Kasperlgraf“ berühmt.

Pocci wohnte in einem Haus zwischen dem Maximiliansplatz (dem damaligen Dultplatz) und der Ottostraße. Auch ihm wurde unmittelbar am Gar-

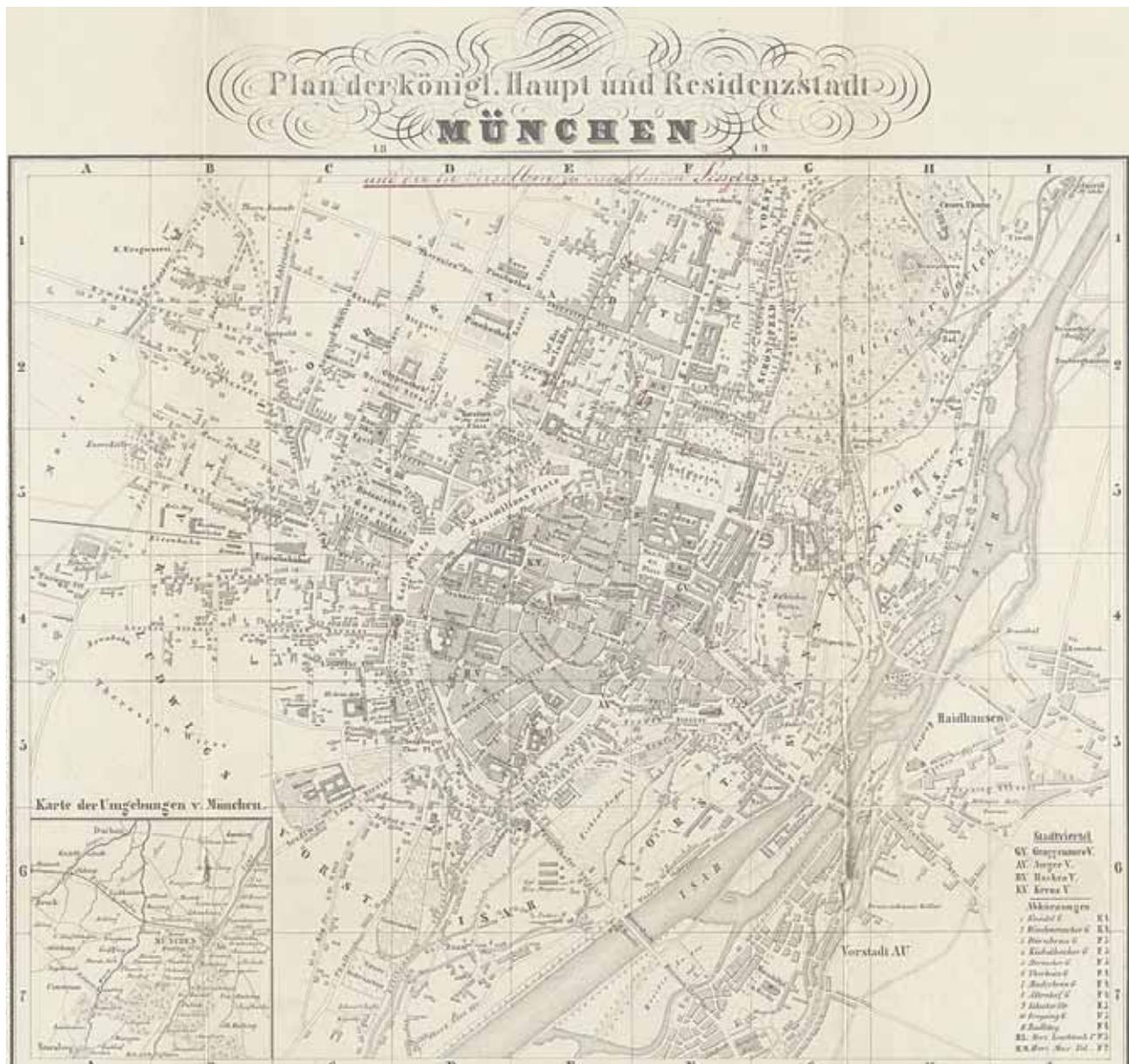


Abb. 1: Stadtplan von München (1853) mit 40 eingezeichneten Standorten für neue Pissoirs

BILD © STADTARCHIV MÜNCHEN, BEDÜRFTANSTALTEN I (BED-001-003)



Abb. 2: Detail aus dem Stadtplan von 1853 (mit Pissoir Nr. 23 an Poccis Haus am Dultplatz)

tenzaun seines Wohnhauses, das an die so genannte „obere Anlage“ grenzte (also die heutige Grünanlage um das Goethedenkmal beim Nachtcafé) ein neues Pissoir aus Holz sprichwörtlich vor die Nase gesetzt (Nr. 23 im Stadtplan).

Pocci reagierte – zunächst noch arglos – auf seine Weise: mit der von ihm erfundenen und gezeichneten Figur des „Staatshämorrhoidarius“, der neben dem Kasperl Larifari zu Poccis bekanntester Schöpfung geworden ist. Seine Bildergeschichten um diese Karikatur eines Staatsbeamten erschienen von 1845 bis 1863 in den Münchner „Fliegenden Blättern“, der ersten humoristischen Zeitschrift Deutschlands, in 26 losen Fortsetzungen, in denen er immer wieder auf aktuelles Tagesgeschehen reagierte.

Und so zeigt eine Karikatur aus dem Jahr 1853, unmittelbar nach der Aufstellung des Pissoirs, den Staatshämorrhoidarius, auf dem Heimweg zum Mittagessen, vor dieser neuen „Erfindung“.

Vor allem aufgrund mangelnder Wasserspülung und Kanalisation erwiesen sich diese Vorrichtungen, die eigentlich zur Reinhaltung der Stadt und damit im Interesse ihrer Bewohner konzipiert war, als Objekt ständigen Ärgernisses. Das war auch bei dem Pissoir an Poccis Grundstück nicht anders, und so führte Pocci einen jahrelangen Kampf mit der Münchner Stadtverwaltung.

Das erste überlieferte Beschwerdeschreiben Poccis (seit 1847 war er Hofmusikintendant) datiert vom 1. Juli 1857 und ist zunächst an das städtische Baubüro gerichtet:

„Dem verehrlichsten Städtischen Baubureau bringe ich zur Anzeige, dass seit einiger Zeit das an den Garten zum Hause (Dultplatz Nro. 5) – meiner Gemahlin [Albertine, geb. Reichsgräfin von Marschall] gehörig – angebrachte Pissoir einen dergestalt üblen Geruch verbreitet, dass es vermuthlich an gehörigem Ablaufe fehlen dürfte oder die nothwendige Reini-

gung nicht statt findet, weshalb um baldgefällige Abhülfe ergebenst ersucht wird.“

Auf eine baldige Abhilfe musste Pocci noch lange warten, denn auch für die Jahre 1858, 1860 und 1863 sind weitere – ergebnislose – Eingaben Poccis überliefert, übrigens immer im Juni oder Juli, also zur Zeit der Dult, denn da herrschte auch in dem Pissoir am Dultplatz Hochbetrieb.

Schließlich platzte Pocci (er war mittlerweile Oberzeremonienmeister) der Kragen und

bat in seinem Schreiben vom 8. Juni 1863 (diesmal schon direkt an den „Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München“ gerichtet) um Entfernung des Pissoirs, weil er die Fenster seines Hauses mittlerweile nicht mehr öffnen könne und das Wasser aus seinem Brunnen sich als „Folge der Versickerung des Pissoirfluidums“ merklich verschlechtert habe. Diesmal reagiert die Stadtverwaltung umgehend und

Handlungswissen für Bürger:

Mit spitzer Feder und spitzen Worten

Die Auseinandersetzung zwischen Bürgern und Administration ist nicht auf den Schriftverkehr beschränkt. Die Entwicklung der digitalen Kommunikation bietet vielfältige Möglichkeiten des Austausches mit den Sachwaltern der Bürgerschaft und den Mandatsträgern. Die Geschäftsordnungen der Administration aller Ebenen treffen insoweit keine einengenden Regelungen. Wie dürfen, müssen oder sollen aber beim Sachbearbeiter eingehende Zeichnungen, Karikaturen und Gedichte im „ordentlichen Geschäftsgang“ behandelt werden? Wurden die Karikaturen und Gedichte des Grafen Pocci ernst genommen? Oder als Autographen und Kunstwerke von den Bediensteten des Magistrats nur als archivwürdig erkannt? Helmut Hanko erläutert in seinem autobiographischen Erlebnisbericht „Der Stadtdirektor oder Der Untergang der Verwaltung in Anekdoten“ die feinen Unterschiede zwischen den Verfügungen „Zur Ablage“ und dem einfachen „Weglegen“. Soweit ersichtlich gibt es derzeit keine wissenschaftlich fundierten Untersuchungen hinsichtlich zeichnerischer oder literarischer Kunstwerke, mit denen Bürger versuchen, im „behördlichen Geschäftsgang“ ihre Belange durchzusetzen oder Entscheidungen zu beeinflussen. Die Redaktion dankt Michael Stephan für seinen Beitrag zu Franz von Pocci s. S. 43, Herbert Luy für sein Gedicht s. S. 36 und Dieter Hanitzsch für seinen Cartoon s. S. 53.

KLAUS BÄUMLER



Abb. 3: Zeichnung und Gedicht Poccis, 1859

fünf Tage später ist das Häusl entfernt.

Pocci rächte sich in dieser Zeit auch auf seine Art – mit einer weiteren Karikatur, die auf das Jahr 1859 (also mitten im Streit) datiert ist.

Neben dem Pissoir, in das viele „Staatshämorrhoidarii“ eintreten, steht folgendes Gedicht:

„In dieses Häus'lein tretet ein
Und pisset jetzt nicht mehr im Frei'n,
Verbietet's ja Moralität,
Daß man so an den Häusern steht,
Wie's leider ist bisher gescheh'n.
Hier könnt ihr polizeilich lassen
Das Wasser nieder auf die Gassen,
Dafür hat gesorgt der Magistrat,
Der Sittlichkeit stets im Auge hat.“

Die Initialie I hält eine Karikatur des damaligen 1. Bürgermeisters Kaspar von Steinsdorf (1854–1870).

Somit ist diese kleine Geschichte auch ein schönes Beispiel für ein erfolgreiches, wenn auch nicht uneigenützes Bürgerengagement in München schon im 19. Jahrhundert. Und sie regt weiter dazu an, sich Gedanken um eine neue Benennung der Grünanlage zu machen, die zu Poccis Zeiten „obere Anlage“ hieß und heute mißverständlich oft als „Eschenanlage“ bezeichnet wird.

Dr. Michael Stephan, Stadtdirektor, Leiter des Stadtarchivs München; Vorsitzender des Historischen Vereins von Oberbayern; 2. Vorsitzender der Franz-Graf-von-Pocci-Gesellschaft.

Hinweis: Aktuell bis 27.01. 2019 ist eine Ausstellung in der Pinakothek der Moderne zu sehen: Im Blick: Franz von Pocci – Phantasie und Spott. Dazu ein SZ-Artikel vom 15.01.2019 : <https://www.sueddeutsche.de/kultur/ausstellung-vergnuegliches-intermezzo-1.4288497>

Das Pettenkofer-Denkmal wird beleuchtet. München ehrt Max von Pettenkofer aus Anlass seines 200. Geburtstags

KLAUS BÄUMLER

Am 3. Dezember 2018 jährte sich der Geburtstag des berühmten bayerischen Chemikers und ersten Hygienikers Deutschlands, Max von Pettenkofer, zum 200. Mal. München verdankt dieser herausragenden Persönlichkeit nicht nur die Schaffung einer funktionierenden Kanalisation, sondern auch eine bis heute optimale und vorbildliche Trinkwasserversorgung.

Zum Geburtstagsjubiläum erinnerten in München viele Institutionen mit wissenschaftlichen Symposien, Vorträgen, Ausstellungen und Exkursionen an die Verdienste Pettenkofers.

So die Bayerische Akademie der Wissenschaften, Kulturreferat, Baureferat – Stadtentwässerung –, Münchner Stadtmuseum, Stadtarchiv, Stadtwerke, Referat für Gesundheit und Umwelt, Stiftungsver-

waltung und die Ludwig-Maximilians-Universität. Auf dem offiziellen Stadtportal „muenchen.de“ gibt es unter dem Suchwort „Max von Pettenkofer“ rund 400 Treffer in 0,17 Sekunden.

In der städtischen Grünanlage (Arbeitstitel „Effnerpark“) auf dem Maximiliansplatz an der Max-Joseph-Straße erinnert seit 1909 das Pettenkofer-Denkmal an die großen Verdienste Pettenkofers, der auch als Ehrenbürger Münchens geehrt wurde. Der Arbeitskreis Öffentliches Grün des Münchner Forums wandte sich aus Anlass des Geburtstagsjubiläums an Oberbürgermeister Dieter Reiter mit der Anregung, das Pettenkofer-Denkmal zu beleuchten:

„Mit der Beleuchtung des Pettenkofer-Denkmal und des Liebig-Denkmal würden die beiden Ehrenbürger Münchens ‚ins Licht gesetzt‘. Es wäre auch eine besondere Aufwertung der von Carl von Effner gestalteten Grünanlage und auch des Bereichs der Max-Joseph-Straße als Bindeglied der Achse zwischen Prannerstraße und Karolinenplatz“.

OB Dieter Reiter hat diese Anregung bereits zeitnah befürwortend an das Baureferat weitergeleitet. In seinem Antwortschreiben vom 30.11.2018 an das Münchner Forum e.V. führt Dieter Reiter aus:

„Es werden bereits andere, herausragende Denkmäler in der Innenstadt angestrahlt. Das Baureferat hält nach einer ersten Einschätzung eine Anstrahlung für grundsätzlich möglich und begrüßt das Vorhaben zur Aufwertung des Bereichs um die Denkmäler auch im Sinne einer erhöhten Sicherheit bei Dunkelheit. Da die technische Infrastruktur für die Anstrahlung der Denkmäler erst eingerichtet werden muß, kann die Realisierung erst nach den Erinnerungsveranstaltungen abgeschlossen werden. Sie können der Öffentlichkeit aber bereits am Geburtstag Max von Pettenkofers die zukünftige Anstrahlung in Aussicht stellen.“

Ein vom Arbeitskreis Öffentliches Grün seit Jahren verfolgtes Anliegen ist es, den „Effner-Park“, so unser Arbeitstitel für die Grünanlage auf dem Maximiliansplatz, funktionell und gestalterisch stärker zu verknüpfen. Im Zusammenhang mit der Beleuchtung der beiden Denkmäler sollten daher Vorschläge zur Aufwertung der Grünanlagen auf dem Maximiliansplatz „über die trennende Max-Joseph-Straße hinweg“ entwickelt werden. Im Jahr 2018 war die Max-Joseph-Straße im Bereich der Grünanlage wegen der Arbeiten der Stadtwerke München für die Fernkälteversorgung völlig gesperrt. In dieser Zeit gab es keinerlei nachteilige Auswirkungen auf den Verkehrsfluss. Mit diesem „Praxisversuch“ könnte es machbar sein, die beiden 1890 geschaffenen Treppen-Rampen-Anlagen, die den beiden Denkmälern vorgelagert sind, zu reaktivieren und aufzuwerten.

Auch dieses Anliegen wird durch OB Dieter Reiter

positiv aufgegriffen. Er teilt dem Münchner Forum offiziell mit, dass das Baureferat zu einem Ortstermin einladen wird. Damit ergibt sich auch Gelegenheit, die künftige Namensgebung für die durch Carl von Effner gestaltete Grünanlage zu erörtern. Denn hartnäckig wird diese Grünanlage immer noch irreführend als „Maximiliansanlage“ bezeichnet. Die Verwechslungsgefahr mit den wirklichen „Maximi-

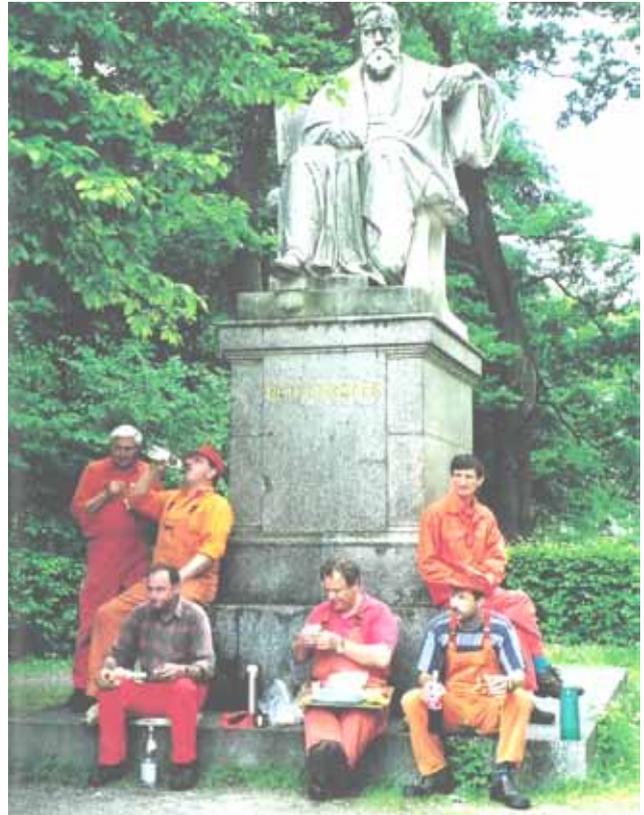


Abb. 1: Brotzeit in bester Gesellschaft

liansanlagen“ am Hochufer der Isar im Bereich des Maximilianeums wird offiziell durch die Stadt München selbst begründet. In den städtischen Standardwerken zu den Straßennamen Münchens findet sich in den Erläuterungen der 1902 benannten Pettenkoferstraße der Hinweis, das Pettenkofer-Denkmal sei „in den Maximiliansanlagen“ aufgestellt (Hrsg. Baureferat: Münchens Straßennamen mit Vorwort von OB Hans-Jochen Vogel, München 1965; Münchens Straßennamen, München 1983 mit Geleitwort OB Erich Kiesel; Hans Dollinger: Die Münchner Straßennamen, München 1994 mit Geleitwort OB Christian Ude.)

Dies sollte für die Stadt München Anlass sein, offiziell die Grünanlage auf dem Maximiliansplatz nach Carl von Effner zu benennen, dem sie auch hier ein Denkmal gesetzt hat.

Klaus Bäumler ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“ und Richter (rtd.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

BIOTOPIA: Neues bayerisches Naturkunde-Museum will Nachhaltigkeit vermitteln – **verstößt aber eklatant gegen deren Prinzipien**

ELKE WENDRICH

2014 gab es einen Wettbewerb zur Erweiterung des Museums Mensch und Natur. Verharmlosend spricht man von einer Erweiterung oder einem Anbau. Dabei soll die Fläche verdreifacht werden, im Schlossensemble Nymphenburg wird abgerissen und neu gebaut werden.

Und nun muss man geschichtlich etwas ausholen: Dieser – vom Abriss bedrohte – 1960er Jahre-Bau für das Genetische Institut der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) ist ein Wiederaufbau des sogenannten Kapuzinerbaus, den die Nationalsozialisten für ihr größtenwahnsinniges Deutsches Jagdmuseum 1939 ohne Genehmigung zerstört hatten. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand ab 1964 auf dieser Fläche das Institutsgebäude für Genetik, geplant vom Universitätsbauamt unter Gerhard Rothenfußer, später unter Albin Steininger. Döllgast-Schüler Steininger, ein durchaus mutiger und moderner Architekt, verstand es, sich dem Architekturkonzept von Schloss Nymphenburg anzupassen, das ab 1715 von Joseph Effner entworfen und bis zur Wettbewerbsauslobung 2013 (!) akzeptiert wurde.

Der heutige Umgang mit diesem Gebäude ist geschichtsvergessen. Vielleicht liegt das auch daran, dass den Architekten die Geschichte des Gebäudes in der Auslobung komplett vorenthalten wurde. Dort findet sich folgende Beschreibung: „Das Baugrundstück für den Neubau mit einer Fläche von ca. 6.000 m² liegt im 9. Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg, in der Maria-Ward-Straße 1a. Das Grundstück befin-

det sich im Eigentum des Freistaats Bayern. Derzeit befinden sich auf dem Baugrundstück ehemalige Labor- und Seminargebäude der LMU aus dem Baujahr 1970. Die Gebäude werden derzeit nicht genutzt und stehen leer. Hier und im Museumshof kann die geplante Museumserweiterung realisiert werden, wobei der Abbruch der ehemaligen Institutsgebäude möglich ist.“

In der nachfolgenden Beschreibung des Denkmalensembles Schloss Nymphenburg fehlt das Bestandsgebäude komplett. Dabei gehört es – selbst nach Streichung als Einzeldenkmal aus der Denkmalliste im Dezember 2016 – zum Denkmalensemble Schloss Nymphenburg. Dieses Gebäude mit seiner Fassadengliederung, Materialität und Farbgebung bildet das symmetrische Pendant zum südlich gelegenen Schwaigebau. Es ist nicht zufällig weiß und ocker gefasst, und es besitzt auch nicht angedeutete Rauputzfaschen, ein Gesimsband, Biberschwanzziegel und Schleppgauben, weil das 1964 en vogue gewesen wäre, sondern weil die damalige Schlösser- und Seenverwaltung sehr genaue Vorgaben machte und das Schlossensemble entsprechend verteidigte – selbst der Fensterabstand wurde festgelegt. Das würde man sich heute wünschen!

Der Auslober verschweigt diese Zusammenhänge großzügig, um sich frei zu machen von diesen Zwängen. Er denkt dabei nicht wie ein Denkmalpfleger, der sich um nachhaltige (!) Nutzungskonzepte bemüht, die maximalen Bestandserhalt ermöglichen, sondern wie ein „moderner“ Architekt: „Seit Anfang der Moderne macht der Architekt erst einmal Tabula rasa, und setzt dann seine neuen Gebäude aufs Grundstück. Mit diesem falschen Bild im Kopf leben wir noch. Den Architekten muss wieder bewusst werden,

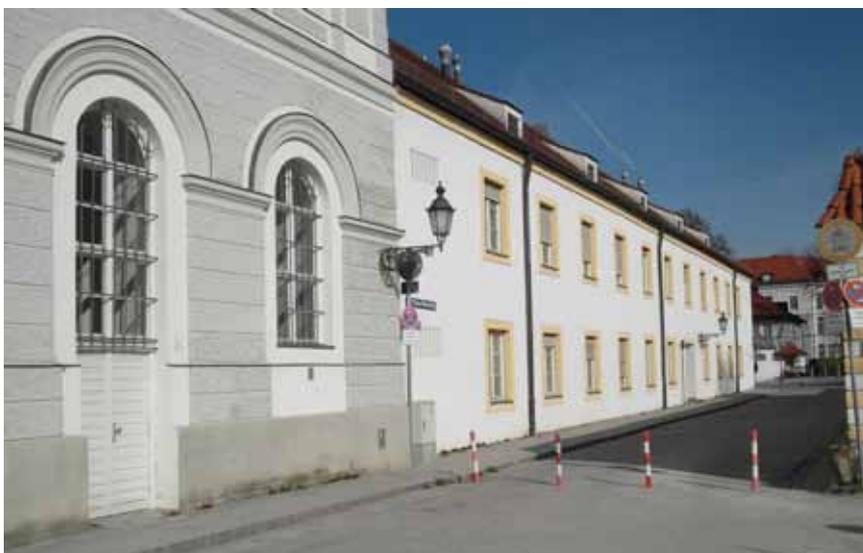


FOTO © ELKE WENDRICH

Abb. 1: Bestandsbau aus den 60er Jahren

dass in jedem Bestandsbau schon Energien da sind und es darum geht, sie aufzunehmen. In gewissen Punkten muss sich ein Architekt auch mit einem Vorgängerwerk identifizieren, um damit auch wieder sehr frei arbeiten zu können.“ (Muck Petzet in <http://www.detail.de/artikel/wir-wollen-keine-kunst-und-kein-designmuck-petzet-erklart-sein-ausstellungskonzept-9471/> [↗](#))

Die Wettbewerbsjury prämiert den Entwurf von Staab Architekten GmbH Berlin und beschreibt ihn folgendermaßen: „Der

Bruch mit der bis heute tradierten homogenen Fassadengestaltung der Schlossanlage wird bewusst inszeniert.“ (<http://www.competitionline.com/de/beitraege/81866> [↗](#))

Das wurde richtig erkannt, aber warum findet das eine Architektenjury gut? Dieser Bruch wird das symmetrische Schlossensemble nachhaltig beschädigen!

Nun ist Nachhaltigkeit bei BIOTOPIA ein großes Thema, und die ist natürlich anders gemeint. Auguste von Bayern, älteste Tochter von Beatrix und Luitpold Prinz von Bayern, Wittelsbacher-Nachfahrin und treibende Kraft für das neue Museum, geht es um ein Umdenken der Gesellschaft. Sie erhofft sich eine neue Generation, die für die Zukunft ihrer natürlichen Umwelt wirklich Verantwortung übernimmt.

Aber das sollte sie selbst dann auch. Kinder können wir nur durch konsequentes Vorleben erziehen. Alles andere wird spätestens zu Pubertätszeiten in Frage gestellt. „Energetisch betrachtet besitzt jede bestehende Architektur eine ‚eingebaute‘ Existenzberechtigung – alleine dadurch, dass sie vorhanden ist. Vor Jahren oder Jahrzehnten hat jemand eine Menge Energie in die Herstellung und Errichtung dieser aufwändigen und materialintensiven Konstruktionen gesteckt. Ebenso wie die verwendeten Ressourcen ist diese Herstellungsenergie in den vorhandenen Gebäuden ‚gespeichert‘ - und wird – bildlich gesprochen – bei einem Abbruch ‚freigesetzt‘. Die Ressourcen, aus denen das Gebäude besteht, werden ‚entsorgt‘. Wie alle Kulturgüter, die Ressourcen und Energie enthalten – sollte auch Architektur so effizient wie möglich – aber auch so lange wie möglich in Gebrauch bleiben – um ihre negativen Gesamtauswirkungen auf unsere Umwelt so gering wie möglich zu halten.“ – „Das bei der Herstellung eines Bestandsgebäudes in die Atmosphäre freigesetzte CO₂ kann nicht mehr zurückgeholt werden.“ – „Unserer Atmosphäre ist es aber egal, woher das freigesetzte

CO₂ stammt, ob aus der Herstellung oder aus dem Betrieb eines Gebäudes.“ (Zitate aus: <https://www.change.org/o/grauenenergie> [↗](#))

Gebäude sind keine Wegwerfprodukte, deren man sich entledigt, weil ihre Räume für ein Museumskonzept mit großem Dinosaurier zu klein oder überhaupt für das Neuartige des Konzepts unpassend sind. (Neuartig ist dabei vor allem, dass es mit dem neuen Gründungsdirektor nach zwei Jahren keine Dinosaurierskelette mehr geben soll!)

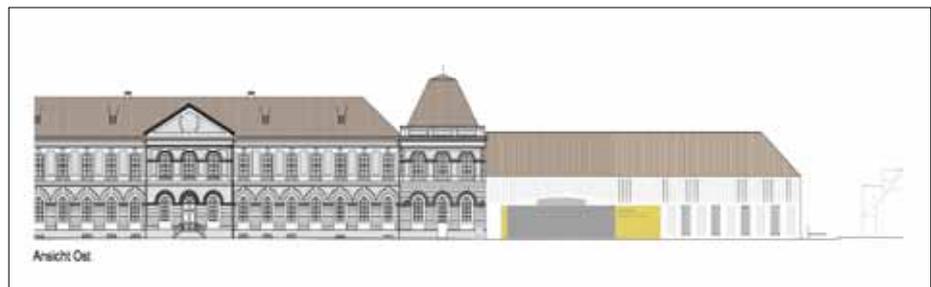


Abb. 2: Entwurf der Ostfassade der Architekten Staab

Der Bund Deutscher Architekten (BDA), der lange eher um ästhetische Grundsatzfragen kreiselte, hat im Juni 2018 in einem Manifest folgendes verabschiedet: „Jeder Neubau muss seine unabdingbare Notwendigkeit unter Beweis stellen.“ Das bedeutet, dass bestehende Gebäude unter allen Umständen saniert gehören, bevor über Neubauten diskutiert werden darf. Es bedeutet auch: Jedes Gebäude ist prinzipiell erhaltenswert, weil in ihm große Mengen Grauer Energie gespeichert sind.

„Unter der Leitung des Gründungsdirektors Prof. Dr. Michael John Gorman wird eine neue Vision für das BIOTOPIA – Naturkundemuseum Bayern definiert, um heutige und zukünftige Besucher anzusprechen. Es soll ein weltweit führendes Museum für das Verständnis und die Wertschätzung der Natur, die Wissenschaftskommunikation sowie den Dialog zwischen Wissenschaft und Kunst entstehen, welches das klassische Naturkundemuseum in die Zukunft führt.“ (https://www.biotopia.net/images/download/VisionDoc_3.Aufl_DT_Web2.pdf#page=4 [↗](#))

Dieser Dialog zwischen Wissenschaft und Kunst soll offenbar – genau wie das nachhaltige Handeln – erst mit dem neuen visionären BIOTOPIA-Museum möglich sein. Aber wie wir bereits heute nachhaltig umbauen statt abreißen können, können wir auch heute schon einen Dialog darüber führen, was an einem so homogenen, einzigartigen, nach strengen Symmetrieregeln komponierten Schlossensemble aus Sicht der Kunst und Denkmalpflege möglich ist und was nicht, was Wissenschaft in diesem wichtigen Denkmal der Kunst, der Architektur und der Landschaftsarchitektur darf und was nicht. Eines darf sie



Abb. 3: Ostansicht des Nymphenburger Schlosses

sicher nicht: Mit dieser Schönheit und Einzigartigkeit für ihr Projekt werben und es gleichzeitig mit ihrem Ansinnen und ihrer Respektlosigkeit zerstören.

Man will Wissen vermitteln, deshalb sollte man sich zuallererst Wissen darüber verschaffen, wo man sich befindet und dieser Anlage Joseph Effners keine „modernen“ Entwurfskriterien überstülpen. Damit kann man nur scheitern:

- Scheitern wird man, wenn man aus einem Gebäudetrakt, der ursprünglich die Schlossanlage abschloss, zwischen dem Hauptschloss und dem Rondell vermittelte und mit festgelegten Stilmiteln den niedrigsten Rang seiner Bewohner ausdrückte, ein Gebäude machen möchte, das einem „bayerischen Leuchtturmprojekt“ Platz bieten soll. Deshalb braucht es diese verzweifelte große Eingangsgeste. Sie ist Ausdruck dafür, dass das Museum mit seinem Wunsch nach Sichtbarkeit am falschen Platz ist.
- Scheitern wird man mit überzogenen Ansprüchen an Ausstellungsfläche. Sie führen im Siegerentwurf dazu, dass der Schlossflügel an der Nordseite viel tiefer sein wird, der verbleibende Hof viel zu schmal. Insofern hält man noch nicht einmal die Kubatur ein, auch wenn das behauptet wird.
- Scheitern wird man mit einem „modernen“ Entwurfsansatz, der einen speziellen architektonischen Auftritt vorsieht, um den „innovativen Charakter“ des Museums nach außen zu verdeutlichen. Denn es geht dort um das Schloss Nymphenburg, also allein um dessen Auftritt

Welche Lösung gibt es mit diesen engen Vorgaben?

- Ein erster Schritt müsste sein, diese Vorgaben oder Zwänge überhaupt wahrzunehmen.
- Ein zweiter Schritt wäre, eine Planung, die diese Zwänge ausblendet, sofort einzustellen.
- Und ein dritter Schritt wäre, über nachhaltige (!) und damit zum BIOTOPIA-Konzept passende Alternativen nachzudenken.

Eine solche Alternative könnte ein Flächentausch sein: Die staatliche Maria-Ward-Grundschule zieht in die – zu renovierenden – Bestandsbauten aus den 1960er Jahren. Sie hätte dann erstmals einen drin-

gend benötigten abgeschlossenen eigenen Schulhof.

Und das Museum BIOTOPIA hätte einen repräsentativen Eingang an einer gut sichtbaren Stelle im Schlossensemble und einen großen ungeteilten Innenhof mit zentralem Wasserbecken.

Wenn das nicht zu realisieren ist, gäbe es noch Alternativen, eine davon: Das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht – ein Gebäudekomplex des Freistaats aus den 1920er Jahren in der Nähe des Schlosses und des Botanischen Gartens. Das Landesamt wird umziehen. Der Gebäudekomplex wird bald leer stehen, ist denkmalgeschützt und wäre wie geschaffen für eine derartige Nachnutzung.

Elke Wendrich ist Dipl.- Ing. Innenarchitektin, Mitglied im Denkmalnetz Bayern und engagiert sich seit 2016 in der Bürgerinitiative „Gemeinsam für Schloss Nymphenburg“.

Zum Weiterlesen

Muck Petzet in <http://www.detail.de/artikel/wir-wollen-keine-kunst-und-kein-designmuck-petzet-erklart-sein-ausstellungskonzept-94711>

Museum BIOTOPIA: https://www.biotopia.net/images/download/VisionDoc_3.Aufl_DT_Web2.pdf#page=4

Erweiterung und Umbau des Museums Mensch und Natur zum Naturkundemuseum Bayern:

<http://www.competitionline.com/de/beitraege/81866>

Schloss Nymphenburg: Bauen im historischen Kontext. Moderne oder Denkmalschutz?: *Schloss Nymphenburg: Die Sommerresidenz der bayerischen Herrscher entwickelte sich ab 1715 zum größten Schlosskomplex Europas. Das Konzept des Architekten Joseph Effner blieb stets unangetastet. 1937/38 richtete Christian Weber, einer der wenigen Duzfreunde Hitlers, im Nordflügel das Deutsche Jagdmuseum ein. Auf „vollständige Ellbogenfreiheit“ bedacht, ließ er 1939 den Kapuzinerbau im äußersten Teil des Schlosses abbrechen. Der Wiederaufbau orientierte sich in den 1960er Jahren am historischen Vorbild. Nun soll hier ein moderner Betonbau entstehen, dessen*

derzeitige Fassadengestaltung auf das übrige Schloss keine Rücksicht nimmt und erstmals die strenge Symmetrie der Schlossfassaden unterbricht. <https://www.youtube.com/watch?v=d78vy80SDoo> 

Biotope: Die Metamorphose des Museums Mensch und Natur. Bayerisches Fernsehen – Sendereihe *Capriccio*. Erstaussstrahlung des Magazinbeitrags am 27. November 2018, Online in der Mediathek des BR bis 27.11.2019 abrufbar. – Ein fünfeinhalb minütiger Beitrag, der die unterschiedlichen, widerstreitenden Ansichten zum Neubau des Museums BIOTOPIA (früher Mensch und Natur) im Prospekt des Nymphenburger Schlosses relativ abgewogen darstellt – bis auf den Schlusssequenz, mit der Partei ergriffen wird und der Beitrag eine Unwucht erhält: „Seit 300 Jahren soll die barocke Schlossanlage in Nymphenburg eines: ihre Betrachter überwältigen. Das darf sie weiterhin. Ein für alle offenes Museum am äußersten Rand

wird sie verkraften“. Ein verbaler Appendix, der die weiteren Entscheidungen als unausweichlich hinnimmt und hofft, dass die Schlossanlage diese schon „verkraften“ wird – und zugleich ein Tritt vors Schienene bei der bürgerschaftlich engagierten Denkmalschützer, die die Inkonsequenzen der verfehlten Standortentscheidung für ein notwendiges Museum aufzeigen und für bessere Alternativen eintreten.

<https://www.br.de/mediathek/video/biotope-die-metamorphose-des-museums-mensch-und-natur-av:5bfd7d25f7f6840018b8c54e> 

Das „Denkmalnetz Bayern“ (DNB) stellt fest: „Leider trägt der *Capriccio*-Film vom 27.11.2018 nicht zum besseren Verständnis der Schlossanlage Nymphenburg bei und stellt die Problematik des Museumsneubaus unzureichend dar. Das DNB hilft da gerne: ...“

Weiterlesen unter https://www.denkmalnetzbayern.de/index.php/menueeintrag/indexlid/17/seite_id/2515 

Wieviel Auto braucht die Stadt?

ANNE PLEUSER UND CORNELIA JACOBSEN

Der Arbeitskreis „Nachhaltige Quartiersentwicklung“ des Münchner Forum e.V. organisierte im Rahmen des Klimaherbstes am Abend des 16. Oktober 2018 im „Impact Hub“ an der Gotzingerstraße in Unterschleißheim mit dem Titel *Zeitgemäß mobil – Wieviel Auto braucht die Stadt?* Fünf Expertinnen und Experten referierten in Impulsvorträgen über verschiedene Aspekte und Ansichten des Themas. Moderiert wurde der Abend von Dr. Michaela Schier, Geschäftsführerin des Münchner Forums.

Cornelia Jacobsen stellte zu Beginn verschiedene Modelle des Bike-, Car- und Ridesharings vor. Sharing kann dazu beitragen, dass man auch ohne eigenes Auto mobil ist. Wer kein eigenes Auto hat, braucht keinen Parkplatz und fährt auch öfter mal mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV. Daher ist Sharing ein wesentlicher Baustein einer Mobilitätswende. Sharing ist aber auch ein großes neues Geschäftsfeld für Mobilitätsanbieter. Cornelia Jacobsen betonte, dass bei einer Transformation des Transportsystems nicht die Interessen der Wirtschaftsunternehmen im Vordergrund stehen dürften, sondern es um das Wohl der Bürger gehen müsse.

Ein weiterer wichtiger Aspekt wurde von *Paul Bickelbacher*, Stadtrat der Fraktion Die Grünen und Stadtplaner, vorgestellt: die Steuerbarkeit der Mobilität. Die Untersuchung „Mobilität in Deutschland“ aus dem Jahr 2008 zeigt, dass in urbanen Stadtvierteln wie z.B. der Maxvorstadt 39 Prozent der Wege zu Fuß und 24 Prozent der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Nur für 23 Prozent, also knapp

einem Viertel der Fahrten wird das Auto verwendet. Hingegen werden am Stadtrand, in Trudering/Riem 55 Prozent der Fahrten mit dem Auto zurückgelegt. Das bedeutet, dass die Stadtplanung eine wesentliche Grundlage für das Mobilitätsverhalten der Bürger legt. Gute Beispiele, die zeigen, wie es auch anders gehen kann, hebt der Verkehrsplanungspreis 2018 der SRL (*Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung*) hervor. Anhand dieser Beispielsiedlungen in verschiedenen Städten in Deutschland stellte Paul Bickelbacher alternative Mobilitätskonzepte vor, mit denen man den in München geltenden Stellplatzschlüssel reduzieren könne. Sammelgaragen am Rande der Quartiere sowie Angebote an Leihrädern und Elektroautos sieht er als innovative Ideen, um Stadtviertel autoärmer zu gestalten.

Autoarm war auch das Stichwort für *Gunhild Preuß-Bayer* – sie plädierte nicht nur für autoarme, sondern gar für autofreie Stadtviertel. Aus fast 20 Jahren Erfahrung kann sie bestätigen, dass solche Quartiere funktionieren und die Wohnnachfrage nach



Abb. 1: Veranstaltungsteilnehmende im „Impact Hub“

ihnen enorm sei. Ihre Initiative „Wohnen ohne Auto in München“ konnte schon verschiedene Aktivitäten für autofreie Viertel ins Leben rufen. Hier leben Menschen gemeinsam ohne Auto, wodurch lebendiger Straßenraum sowie insgesamt mehr Wohnraum entstehen, da man hier dichter bauen kann. Der nach wie vor hohe, unflexible Stellplatzschlüssel und die fehlende Unterstützung seitens der Politik stellen bei der Umsetzung neuer Projekte jedoch Hürden dar.

Patric Meier und *Constantin Bös*, Architekten bei agmm Stadtplanung, stellten ihre Idee von einer Straße als Lebensraum dar. Dabei zeigten sie Positivebeispiele aus Europa auf, in denen durch kreative Gestaltung und Planung neue Begegnungsräume mit hoher Lebensqualität entstanden sind. Auch hier konnten Beschränkungen mithilfe von Bebauungsplänen und der Gesetzgebung umgesetzt werden.

Sie präsentierten sehr anschaulich ihre Ideen, wie der Straßenraum im neu entstehenden Viertel am Kreativfeld auch aussehen könnte.

Diese vier Vorträge bildeten die sehr gute Grundlage für eine konstruktive Diskussion. In ihr ging es unter anderem um die teilweise zu niedrigen Parkgebühren, fehlende Sanktionen für Parksünder. Es wurde der Wunsch formuliert, mehr Gehör bei der Politik für neue, fortschrittliche Ideen für eine zukunftsfähige Mobilität in der Stadt zu

finden. Insgesamt war es ein abwechslungsreicher, informativer und spannender Abend mit einem sehr interessierten Publikum.

Alle Referenten und Referentinnen engagieren sich im Arbeitskreis „Nachhaltige Quartiersentwicklung“ des Münchner Forums. Möchten auch Sie sich für eine hohe Aufenthaltsqualität, öffentliches Grün, alternative Mobilitätskonzepte, gemeinschaftliche Nutzung von Flächen und Gütern, soziale Durchmischung und lebendige Erdgeschosszonen einsetzen? Dann schreiben Sie einfach eine Nachricht an info@muenchner-forum.de und kommen Sie zu einem der nächsten Arbeitskreistreffen.

Cornelia Jacobsen, Dipl. Ing., Beraterin für integrative Stadt-/ Landentwicklung. Anne Pleuser, Geographie B.Sc. war bis Ende 2018 Praktikantin im Münchner Forum.

„Bellevue di Monaco“ Müllerstraße 2-6: Frühes SPA des 19. Jahrhunderts und Geburtsort der Naturheilkunde – **gelungenes Integrationsmodell in traditionsreichem Bürgerhaus**

KLAUS BÄUMLER

„Bellevue di Monaco“ ist ein neu gegründetes Wohn- und Kulturzentrum für unbegleitete Geflüchtete, das in den Wohnhäusern Müllerstraße 2-6 durch bürgerschaftliches Engagement, unterstützt durch die Stadt München, realisiert wurde.

Kaum vorstellbar: Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats hat zum Ende der Amtsperiode 2008-2014 am 14. Februar 2014 mehrheitlich – gegen die Stimmen der CSU-Stadtratsfraktion – den Abbruch des Wohnkomplexes Müllerstraße 2-6 beschlossen. Ein Stadtratsbeschluss ersetzt jedoch keine Abbruchgenehmigung und auch nicht die

beim Abbruch von Wohnhäusern erforderliche Genehmigung nach der Zweckentfremdungssatzung. Planungsreferat und Sozialreferat haben in den für jedermann geltenden Verwaltungsverfahren die für alle geltenden Prüfungsparameter anzuwenden. Dieses bürgerschaftlich eingeforderte Procedere führte am Ende zum Erhalt der Gebäude Müllerstraße 2-6.



Abb. 1: Die Müllerstraße 2-6 aktuell

Die widersprüchliche Haltung des Landesamts für Denkmalpflege

Besonders bemerkenswert ist dieser Erfolg deshalb, weil die Erhaltung des Bürgerhauses Müllerstraße 2 durchgesetzt werden konnte, obwohl das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege in seinem Gutachten vom 24. Juni 2013 mit fragwürdiger Begründung die Denkmaleigenschaft verneint hatte. Es hatte weder erkannt noch gewürdigt, dass es sich um einen authentischen Ort des Gesundheits- und Badewesens des 19. Jahrhunderts in München handelt.

Die Widersprüchlichkeit der Stellungnahme des Landesamts vom 24. Juni 2013 ergibt sich aus den nachfolgenden Überlegungen: In seinem Gutachten konstatiert das Landesamt für Denkmalpflege zwar, dass das Gebäude Müllerstraße 4 für das Ensemble Altstadt einen „zusätzlichen Denkmalwert“ bildet und führt aus: „Mit seiner in großen Teilen erhaltenen Kubatur ist es bis jetzt – trotz des südlich unmittelbar angebauten Gebäudes Müllerstraße 6 – ein Zeugnis für die Bebauung außerhalb der Altstadt nach Niederlegung der Stadtmauern im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts mit späterer Aufstockung und Erweiterung.“ Dennoch verneinte das Landesamt die Voraussetzungen des Art. 1 Abs. 1 und 2 Denkmalschutzgesetz (DSchG) für die Einstufung als Baudenkmal, auf Grund der starken baulichen Veränderungen im Inneren des Gebäudes: „Im Inneren sind mit Treppengeländer und einigen Innentüren sowie Bodenbelägen Ausbauelemente aus dem 19. Jahrhundert überliefert. In der Zeit nach 1945 hat man das Dach in großen Teilen neu errichtet, wenngleich die Abwalmung nach Süden immer noch ablesbar ist. Auch viele Ausbauelemente stammen aus einer Zeit nach 1945 und die meisten Oberflächen sind hier-nach erneuert worden.“

Es stellt sich die Frage, welchen Stellenwert bei einem nahezu 200 Jahre alten Wohnhaus Modifikationen im Gebäudeinneren in Bezug auf seine Denkmaleigenschaft haben. Dass bei einem bürgerlichen

Wohnhaus „Oberflächen erneuert“ werden und „Ausbauelemente aus der Zeit nach 1945 stammen“, ergibt sich zwangsläufig aus den Veränderungen der Wohnbedürfnisse. Die im vorliegenden Fall eingeführten k.o.-Kriterien des Landesamts stellen damit die Schutzwürdigkeit vieler Objekte, die in der Denkmalliste aufgeführt sind, in Frage und geben diese zum Abbruch frei. Der hier angelegte Maßstab bedarf daher einer detaillierten Überprüfung, da er eine äußerst negative Signal-

wirkung beim Vollzug des Denkmalschutzgesetzes in München auslöst.

Die vom Landesamt im Jahr 2013 vorgenommene Wertung des Gebäudeinneren für die Einstufung als Baudenkmal steht im krassen Gegensatz zur langjährigen Verwaltungspraxis des Landesamts, nach der es weniger auf die innere Substanz, als vielmehr auf die Erhaltung der Fassade ankam und Denkmalschutz im Sinne von Fassadenschutz verstanden wurde. Münchner Beispiele der Totalentkernung, des Totalabbruchs unter Erhaltung der Fassaden können in großer Anzahl genannt werden.

Müllerstraße 2-4: Authentischer Ort des Gesundheits- und Badewesens im 19. Jahrhundert

Angesichts des vom Landesamt eingeräumten „besonderen Aussagewerts“ und des „zusätzlichen Denkmalwerts“ des Anwesens Müllerstraße 2 im Ensemble Altstadt ist es unverzichtbar, die Erhaltungswürdigkeit des Anwesens in Bezug auf seine baugeschichtliche, städtebauliche, kulturgeschichtliche und volkskundliche Bedeutung vertieft zu würdigen.

Bei dem Anwesen Müllerstraße 2 und 4 handelt es

Veranstaltungen des AK Gesunde, lebenswerte Stadt

der Arbeitskreis Gesunde, lebenswerte Stadt des Münchner Forums hat in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsring Lärm der Deutschen Gesellschaft für Akustik e.V. am 31.10.2018 zur Veranstaltung „Lärmarme Innenstadtlogistik“ eingeladen. Mehr hierzu unter http://www.gl-m.de/fileadmin/Rundbriefe_pdfs/%20RB2-2018-3web.pdf#page=12

Zudem hat der AK einen Hörspaziergang durch die Isarvorstadt unter der Leitung von Gunhild Preuß-Bayer durchgeführt. Einen Bericht dazu können Sie nachlesen unter http://www.gl-m.de/fileadmin/Rundbriefe_pdfs/%20RB2-2018-3web.pdf#page=13

sich um einen authentischen Ort des Gesundheits- und Badewesens des 19. Jahrhunderts in München. Diese bisher unerkannte kulturgeschichtliche Dimension begründet die Eigenschaft als Baudenkmal und zugleich das Interesse der Allgemeinheit an der Erhaltung.

Die kulturgeschichtliche Entwicklung der „Wellness-Oasen“ des 19. Jahrhunderts und damit die Entwicklung der Wasser- und Naturheilstätten in München lassen sich am Beispiel des Anwesens Müllerstraße 2 und 4 im Detail nachvollziehen.

Beginnend im Jahr 1825 mit dem Lohschwitzbad des Philipp Mändl im Haus Nr. 657 (jetzt Müllerstraße 2-4), der im Jahr 1828 durch den Baumeister Josef Höchl das erste – jetzt noch existierende – Gebäude errichten ließ. Quirin Promoli führte das renommierte Bade-Etablissement weiter.

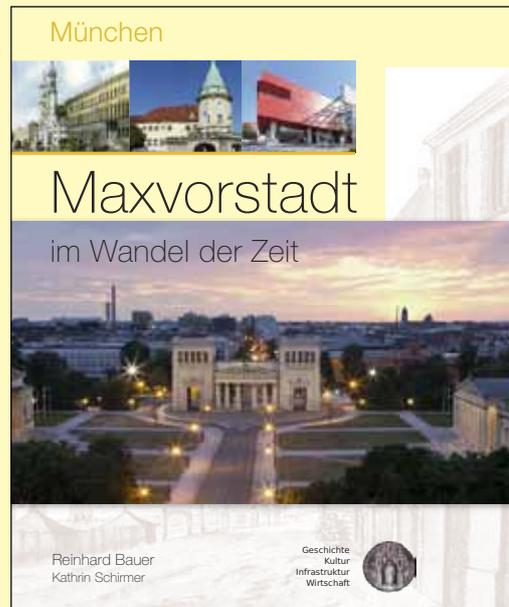
Begründung der Naturheilkunde durch Lorenz Gleich

Der ehemalige Militärarzt Dr. Lorenz Gleich (1798-1865) begründete im Anwesen Müllerstraße 29 (jetzt Müllerstraße 2-4) den Ruf der Einrichtung als „Naturheilstätte“ und schuf als Erster den Begriff der „Naturheilkunde“.

Lorenz Gleich weitete die damalige Wasserheilkunde zum Konzept der Ganzheitsmedizin auf der Basis biologischer Heilweisen aus. Durch die Dissertation von Sabine Ludyga aus dem Jahr 2004 wurde erstmals diese große Bandbreite der Münchner „Bade-Kultur“ und deren Bedeutung über München hinaus wissenschaftlich aufbereitet.

Die frühen Anfänge des SPA („*Sanitas per aquam*“) in München bis zur Begründung der modernen „Naturheilkunde“ und die Bedeutung des Wassers für das Wohlbefinden des Menschen sind

Neu erschienen:



Die Maxvorstadt ist mit ihren Hochschulen, Museen, Ministerien und Betrieben das geistige, kulturelle, politische und wirtschaftliche Zentrum Bayerns.

Im vorliegenden Buch wird in einem farbigen Gang durch die Geschichte bis zur Gegenwart die Bedeutung dieses Stadtviertels für die Welt vor Augen geführt.

Autoren: Reinhard Bauer und Kathrin Schirmer

ISBN: 978-3-98193-404-5, gebunden, 176 Seiten, 19,90€

unmittelbar mit dem im Jahr 1828 errichteten Anwesen Müllerstraße 2-4 verknüpft und ablesbar.

Während andere legendäre Münchner Badeanstalten des 19. Jahrhunderts wie Bad Brunthal in Bogenhausen, Dianabad im Englischen Garten untergegangen sind, hat sich die Badekultur im Anwesen Müllerstraße 2-4 unter dem Namen „Giselabad“ als

medizinisches Wannenbad bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts erhalten.

Auch wenn das Anwesen Müllerstraße 2-4 aktuell gerettet wurde, ist im Rahmen der sog. Nachqualifizierung die Aufnahme des Baudenkmals in die Denkmalliste gegenüber dem Landesamt für Denkmalpflege durchzusetzen.

Klaus Bäumler ist Zweiter Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“ und Richter (rtd.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.



CARTOON © DIETER HANITZSCH, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Cartoon von Dieter Hanitzsch zu „Mit spitzer Feder und spitzen Worten“ siehe S. 44

Die Ausstellung „Wir alle sind München“ geht auf Wanderschaft

Auftakt in der U-Bahngalerie Universität

Die Ausstellung „Wir alle sind München“, die für die 50-Jahr-Feierlichkeiten des Münchner Forums entstanden ist, geht in 2019 auf Wanderschaft! Wer nicht die Möglichkeit hatte, diese im November im Münchner Stadtmuseum zu sehen, kann noch bis Donnerstag, 31. Januar 2019 einen Ausschnitt davon in der U-Bahngalerie Universität (U-Bahnhof „Universität“ Eingang Nord/Siegstor Zwischengeschoß) besuchen. Der Ausschnitt der Ausstellung befasst sich thematisch u.a. mit der Gründung des Münchner Forums, dem Arbeitskreis Münchner Bürger für Verkehrsberuhigung und seinen frühen Ideen und Forderungen zu Wohnstraßen und mehr Raum für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen, mit dem Thema Bürger retten den Finanzgarten, der Aktion Maxvorstadt, der Stadtrepatur am Altstadttring NW sowie mit dem Bürgergutachten Kunstareal 2013.



Arkadenspaziergang des Münchner Forums 19. Juni 2018
„Die Arkaden der Alten Akademie sind unantastbar“
Foto: Franz Schindlauer Verlag München



Einladung zur Ausstellungseröffnung

Wir alle sind München

Jubiläumsdokumentation 1968 – 2018
des Münchner Forum

am Dienstag, 8. Januar 2019, 18.00 Uhr.

Eröffnung durch Christian Krimpmann
(Vorsitzender BA 3, Maxvorstadt)
und Klaus Bäuml (Münchner Forum).

Ort: U-Bahnhof U3/6 „Universität“
Eingang Nord/Siegstor Zwischengeschoß

Eine Ausstellung des Münchner Forum
in Kooperation mit dem
Bezirksausschuss 3, Maxvorstadt

Kontakt Münchner Forum e.V.:
Schellingstraße 65, 80799 München

Telefon: +49 89 282076

Fax: +49 89 2805532

Mail: info@muenchner-forum.de

Internet: muenchner-forum.de

Jahresausstellung 2019 des Planungsreferats: **Hingeschaut: Baukultur in München** Rathausgalerie, bis 6. März 2019

KLAUS BÄUMLER

Die Jahresausstellungen des Planungsreferats gehören seit 1999 zum festen Programm der Münchner Bau- und Planungskultur. Viel beachtete und diskutierte Themen waren in den letzten Jahren: „Innenstadt weiterdenken“ im Jahr 2015, „Freiraum 2030“ im Jahr 2016 und „München weiterdenken: 125 Jahre Stadtentwicklung“ in 2018. Die „Baukultur in München“ selbst ist 2019 das zentrale Thema der Jahresausstellung. Die Ausstellung „Hingeschaut“ will die öffentliche Wahrnehmung für die räumliche und gestalterische Qualitäten der Stadt schärfen. Es sollen an konkreten Beispielen Rahmenbedingungen, Strategien und Instrumente sowie die Möglichkeiten und Grenzen des politisch-administrativen Einflusses dargestellt werden.

Stadtplanung war auch schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein schwieriges Geschäft. Bei der Eröffnung der Ausstellung am 09.01.2019 zitierte Stadtbaurätin Prof. Dr. Elisabeth Merk zum Beleg den Münchner Bürgermeister Jakob von Bauer, der von 1838 bis 1854 als Stadtoberhaupt die Stadtentwicklung verantwortete, aus unten angegebener Schrift. 1852 zieht Jakob von Bauer in seiner „Ästhetischen Rundschau über die Stadt München“ eine kritische Bilanz der Münchner Stadterweiterung unter Max I. Joseph und Ludwig I.:

„Als sich die Stadt München in diesem Jahrhundert unter ihren edlen Fürsten zu erweitern begann, vergaß man über dieser Erweiterungs-Sucht deren Grenzen, oder aber, wenn man auch diese im Sinne hatte, so gab man den Wünschen der Baulustigen nach, entschuldigte die Grenzüberschreitungen oder Veränderungen mit den individuellen und lokalen Bedürfnissen.

Es fehlte an der Einigkeit der Durchführung eines festen Planes und zwar von den untersten bis zu den obersten Stellen, und so wuchs die Stadt wie ein ungezogenes Kind heran, welches an dem schmutzigsten Gewande oft die kostbarsten Stickereien bemerken lässt.

Man überließ die Stadt der Zeit in der Hoffnung, dass sie sich in ihrem reiferen Alter von selbst wandeln werde. Noch ist diese Zeit nicht gekommen, denn noch immer wird an ihrer formellen Ausdehnung gearbeitet; ihr Wachstum ist nicht vollendet, noch kennt man eigentlich das Ende der Stadt.“

Parallelen zur Münchner Stadtentwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts drängen sich auf.

Jakob von Bauer hatte sich 1852 auch kritisch mit

der Münchner Architektenschaft auseinandergesetzt: „In München befindet sich in Bausachen eine Intelligenz, wie kaum in einer anderen Stadt, nur muss man den Ingenieuren nicht unbedingten Glauben schenken: denn gar gerne bringen diese dem Style



der Freude, der Schönheit einzelner Theile die Bequemlichkeit und Zweckmäßigkeit des Ganzen zum Opfer, ja sie übersehen in ihrer idealen Schwangerschaft das Allerunentbehrlichste.“ Insoweit ist sicher eine positive Veränderung zu konstatieren. Stadtbaurätin Prof. Merk hat jedenfalls insoweit Jakob von Bauer nicht zitiert.

Zur Ausstellung: <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Veranstaltungen/Zukunft-findet-Stadt/2019.html> 

Zum Weiterlesen:

Henri de Vaublanc: Vorschläge für König Maximilian II. 1851/52. Jakob von Bauer: Ästhetische Rundschau über die Stadt München. 1852. Materialien zur Kulturgeschichte der Stadt München, Hrsg. Klaus Bäuml, Franz Schiermeier Verlag, München 2012.

Forum Aktuell auf Radio Lora 92,4 UKW

Sendung verpasst? Demnächst zum Nachhören!
Montag, 14. Januar 2019, 19:00 bis 20:00 Uhr

Bürgerbeteiligung und Bürgerforen

Bürgerinnen und Bürger überlassen die Zukunft ihrer Stadt und Gemeinde nicht länger der Politik, Verwaltung und den Investoren. Sie reden mit.

Sie korrigieren Entscheidungen durch Bürgerbegehren. Im Gespräch mit Beteiligungsexperten aus Wien, Vertretern der Bürgerforen Dresden, Stuttgart und Passau wollen wir wissen:

Vor welchen Herausforderungen stehen die Städte? Wie werden die Bürger beteiligt? Wie gelingen allseits zufriedenstellende Lösungen? Was können Bürgerforen hier leisten?

In dieser Sendung blicken wir außerdem auf die Jubiläumswoche des Münchner Forums zurück.

Moderation: Ulla Ammermann und Michael Schneider

<http://muenchner-forum.de/im-radio/> 

Arbeitskreise im Januar/Februar

Sie haben Lust, etwas für München zu tun? Unsere Arbeitskreise stehen Ihnen offen. Eine E-Mail an info@muenchner-forum.de  genügt.

Arbeitskreis Stadt: Gestalt und Lebensraum

Leitung: Wolfgang Czisch

nächstes Treffen: Di. 22. Januar 2019, 18:00 Uhr

Arbeitskreis ,Nachhaltige Quartiere‘

Leitung: Patric Meier, Cornelia Jacobsen

nächstes Treffen: Mo. 28. Januar 2019, 18:00 Uhr

zusammen mit

Arbeitskreis ,Wer beherrscht die Stadt?‘

Leitung: Bernadette Felsch

nächstes Treffen: Mo. 28. Januar 2019, 18:00 Uhr

Arbeitskreis ,Attraktiver Nahverkehr‘

Leitung: Berthold Maier, Matthias Hintzen

nächstes Treffen: Do. 31. Januar 2019, 18:30 Uhr

Arbeitskreis ,Maxvorstadt/Kunstareal‘

Leitung: Martin Fürstenberg

nächstes Treffen: Do. 07. Februar 2019, 18:00 Uhr

Arbeitskreis ,Öffentliches Grün‘

Leitung: Klaus Bäumler, Martin Fochler

nächstes Treffen: Mi. 13. Februar 2019, 17:00 Uhr

Arbeitskreis ,Schienenverkehr‘

Leitung: Dr. Wolfgang Beyer, Prof. Wolfgang Hesse

nächstes Treffen: Do. 14. Februar 2019, 18:00 Uhr

IMPRESSUM

STANDPUNKTE ISSN 1861-3004

Münchner Forum – Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.

Schellingstr. 65, 80799 München

fon 089/282076, fax 089/2805532

email: info@muenchner-forum.de,

www.muenchner-forum.de 

www.facebook.com/muenchnerforum 

Vi.S.d.P.: Dr. Michaela Schier

Redaktionsschluss: 14.12.2018

Redaktion: Klaus Bäumler, Caroline Klotz, Dr. Georg Kronawitter, Dr. Michaela Schier, Dr. Detlev Sträter

Layout: Caroline Klotz

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Sollten Sie unsere STANDPUNKTE jemandem zukommen lassen oder nicht mehr erhalten wollen, genügt eine Mail an: info@muenchner-forum.de 